

f.B. Nr. 22.3

WR

PRESSESCHAU
REVUE de PRESSE
RIVISTA della STAMPA

AFRIKAREISE VON BUNDESRAT AUBERT

VOYAGE EN AFRIQUE DU CONSEILLER
FEDERAL AUBERT

VIAGGIO IN AFRICA DEL CONSIGLIERE
FEDERALE AUBERT

133

Stand am - Etat au - Stato al :

1.2.1979

Dokumentationsdienst der Bundesversammlung
Service de documentation de l'Assemblée fédérale
Servizio di documentazione dell'Assemblea federale





DOKUMENTATIONSDIENST DER BUNDESVERSAMMLUNG
 SERVICE DE DOCUMENTATION DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
 SERVIZIO DI DOCUMENTAZIONE DELL'ASSEMBLEA FEDERALE

Inhaltsverzeichnis

	<u>Farben</u>	<u>Seiten</u>
1. Interview mit Bundesrat Aubert in der Appenzeller Zeitung, 9.12.1978	rot	1 - 12
2. Nigerianisch-schweizerisches Communiqué	weiss	13 - 20
3. Pressekommentare	blau	21 - 32
4. Interview mit Botschafter Jolles in der Appenzeller Zeitung, 21.1.1979	grau	33 - 36
5. Pressekommentare	grün	37 - 50
6. Pressekonferenz vom 31.1.1979	gelb	51 - 72

Table des matières

	<u>Couleurs</u>	<u>Pages</u>
1. Interview avec le conseiller fédéral Aubert dans l'Appenzeller Zeitung, 9.12.1978	rouge	1 - 12
2. Communiqué commun Nigéria/Suisse	blanc	13 - 20
3. Commentaires de presse	bleu	21 - 32
4. Interview avec l'ambassadeur Jolles dans l'Appenzeller Zeitung, 21.1.1979	gris	33 - 36
5. Commentaires de presse	vert	37 - 50
6. Conférence de presse du 31.1.1979	jaune	51 - 72

1.2.1979 Jä/MD

1. Interview mit Bundesrat Aubert in der Appenzeller Zeitung

Interview avec le conseiller fédéral Aubert dans l'Appenzeller Zeitung

9.12.1978

Appenzeller Zeitung, 9.12.1978

Im Januar wird der Vorsteher des EPD fünf schwarzafrikanische Staaten besuchen

Aubert: «Wenn ich vor die Wahl gestellt wäre, würde ich Schwarzafrika wählen!»

In der zweiten Januarhälfte 1979 wird der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Pierre Aubert, nacheinander fünf afrikanischen Ländern einen Besuch abstatten: Je zwei Tage wird sich Aubert in Lagos (Nigeria), Yaoundé (Kamerun) und Ouagadougou (Ober-Volta) aufhalten; anschliessend wird der Chef des EPD je drei Tage in Abidjan (Elfenbeinküste) und Dakar (Senegal) verbringen, bevor er am 29. Januar seine Heimreise in die Schweiz antritt.

Im Hinblick auf diese erste Visite eines amtierenden schweizerischen Aussenministers in Schwarzafrika hat E. N. L. Jean-Baptiste aus Herisau, Mitarbeiter verschiedener nigerianischer Zeitungen und Zeitschriften, Gelegenheit zu einem Interview erhalten, das er der Appenzeller Zeitung zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt hat. Aubert wendet sich mit seinen Ausführungen an afrikanische Leser; nichtsdestoweniger dürfte auch hierzulande von Interesse sein, was der Vorsteher des EPD zu einigen wesentlichen Problemen im Verhältnis zwischen der Schweiz und den schwarzafrikanischen Staaten zu sagen hat. (Üebersetzung aus dem Englischen und Kürzungen: wb.)

J-B. Wie sehen Sie, Herr Bundesrat, die Probleme eigentliche Aussenpolitik, lediglich Aussenhandelsbeziehungen. Wäre in diesem Sinne Herr Jolles (Direktor der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, Anm. Red.) nicht besser geeignet gewesen, diese Reise zu unternehmen?

Aubert: Wenn es nur um die Pflege schweizerischer Handelsbeziehungen gehen würde, hätte die Landesregierung zweifellos den Direktor der Handelsabteilung geschickt (...). Meine Reise verfolgt jedoch eine politische Zielsetzung. Sie hat überhaupt nichts zu tun mit der Ausweitung oder Schaffung neuer Absatzmärkte für schweizerische Produkte. Vergessen Sie nicht, dass die Schweiz nie Kolonien gehabt hat. Wir fühlen uns dem Gedanken der Demokratie sowohl zu Hause als auch im internationalen Rahmen zutiefst verpflichtet. Und wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass man uns dunkler Pläne oder selbststüchtiger Interessen bezichtigt.

Ich wiederhole deshalb, dass es sich bei dieser Besuchsreise um eine reine Geste der Freundschaft handelt, bei der die nicht-materiellen Aspekte unserer Aussenpolitik im Vordergrund stehen. Solidarität und Disponibilität, die Schlüsselemente unserer Aussenbeziehungen, sollen nicht nur leere Worte darstellen.

J-B. Kann man denn überhaupt zwischen schweizerischer Aussenpolitik und schweizerischem Aussenhandel differenzieren?

Aubert: Diese beiden Bereiche liegen auf grundsätzlich verschiedenen Ebenen, obwohl letztlich beide die selben Zielsetzungen verfolgen, nämlich die Unabhängigkeit unseres Landes zu behaupten und unsere Interessen im Ausland zu wahren. Das Politische Departement nimmt sich vorab der rein politischen Angelegenheiten an, beispielsweise der Aufrechterhaltung unserer Neutralität oder der Verbesserung unseres Images in der Welt. Es bietet auch die guten Dienste unseres Landes an, wo dies im Sinne der Solidarität und Disponibilität notwendig erscheint (...). Demgegenüber versucht die Handelsabteilung, ein Gleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und andern Ländern herzustellen und zu bewahren. Sie nimmt die konkreten Bedürfnisse und Interessen eines Landes wahr, dessen Aktivitäten zu einem guten Drittel auf den internationalen Warenaustausch ausgerichtet sind. Natürlich können dabei Zielkonflikte auftauchen, je nachdem, wieviel Gewicht man politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen beimisst. In solchen Fällen hat die Landesregierung zu entscheiden, welche Interessen den Vorrang haben sollen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Bundesrat -- nicht dieses oder jenes Departement -- bestimmt, welche Aussenpolitik unser Land verfolgt.

J-B. (Der deutsche Bundeskanzler) Helmut Schmidt hat im Juni an einer Pressekonferenz in Lagos angedeutet, dass die Bundesrepublik unter keinen Umständen den Handel mit Südafrika einstellen würde, weil dadurch zahlreiche Arbeitsplätze von Deutschen gefährdet würden. Würde sich die Schweiz ähnlich äussern, wenn Nigeria allenfalls eine stärkere schweizerische Hilfe im Kampf gegen (die Apartheid in) Südafrika verlangen sollte?

Aubert: Sie haben damit die Frage nach allfälligen Wirtschaftssanktionen angeschnitten. Es handelt sich dabei um ein delikates Problem -- für die westlichen Nationen ebenso wie für die afrikanischen Länder. Ich glaube nicht, dass einzelne Staaten allein Sanktionen, wie Sie sie angetönt haben, ergreifen und erzwingen können. Eine Wirkung könnte lediglich von einer Resolution des Sicherheitsrates aus-

gehen. Obwohl die Schweiz der UNO nicht angehört, könnte sie deren Beschlüsse nicht einfach missachten. Nehmen Sie das Beispiel Rhodesien: Als die UNO Sanktionen gegen dieses Land verfügte, erliess auch die schweizerische Landesregierung entsprechende Handelseinschränkungen. Dies, um es jenen schwerer zu machen, die das UNO-Embargo umgehen wollten. Was Südafrika betrifft, so wird der Bundesrat gegebenenfalls zu entscheiden haben, welche Massnahmen zu ergreifen sind. Aber ich möchte Sie an etwas anderes erinnern: Die einzige Sanktion, die gegen Südafrika in Kraft ist, betrifft den Waffenexport. Nachdem diese Sanktion im letzten Jahr beschlossen worden war, trat der UNO-Generalsekretär mit der Bitte an uns heran, diese ebenfalls einzuhalten. Wir waren damals in der glücklichen Lage, dass wir ihm mitteilen konnten, die Schweiz habe bereits 1963 ein Waffenausfuhrverbot gegen Südafrika erlassen. (...)

J-B. Würden Sie — das ist nun eine persönliche Frage — eine Reduktion des schweizerischen Aussenhandels mit Südafrika zugunsten verstärkter Handelsbeziehungen mit schwarzafrikanischen Ländern befürworten?

Aubert: Ich glaube, es ist wichtig zu verstehen, dass unsere Wirtschaft nicht verstaatlicht ist. Obschon die Regierung gewisse Möglichkeiten zum Eingreifen hat, sind es private Unternehmen, welche mit Südafrika Handel treiben. (...) Aber wenn ich mir eine persönliche Meinung erlauben darf: Es ist sicher richtig, dem Umstand eine gewisse Bedeutung beizumessen, dass zum ersten Mal ein schweizerischer Aussenminister Schwarzafrika einen Besuch abstattet. Persönlich empfinde ich eine starke Sympathie für das schwarze Afrika. Und falls ich vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt wäre — in bezug auf die Art und Weise, wie am jeweiligen Ort Politik betrieben wird («with regard to the different ways in which they manage their affairs») — würde ich Schwarzafrika wählen.

Aber das ist eine Ansicht, welche ich wegen unserer Neutralität nicht offiziell äussern darf. Aber auch wenn sie nicht-offiziellen Charakter hat, soll meine bevorstehende Reise nach Afrika mehr sein als eine blosser Alibiübung.

J-B. Wie sehen Sie, Herr Bundesrat, die Probleme, im südlichen Afrika, welche sich bekanntlich seit längerem zuspitzen? Wie kann sich die Schweiz hier hilfreich einschalten, und welcher Seite würden Sie mit ihrer Hilfe gegebenenfalls unter die Arme greifen?

Aubert: (...) Ich glaube, wir müssen hier einfach feststellen, dass wir ein demokratisch regiertes Land sind und demokratische Lösungen hochhalten. Wenn in irgendeinem Land die Wahlen die Mehrheit einer bestimmten Partei zuerkennen, müssen wir diese Partei unterstützen. (...) Wir sind mit diesem Problem zurzeit in Namibia konfrontiert. Auch wenn wir der UNO nicht angehören, sind wir zu Hilfeleistungen bereit. Unsere Hilfe könnte typisch schweizerischer Natur sein: z. B. Wahlstationen einzurichten, Busse zur Verfügung zu stellen, die die Leute zu den Urnen bringen etc. Aber wir würden keinerlei Hilfe bei Wahlen anbieten, die einseitig von Südafrika organisiert sind.

J-B. Das tönt alles sehr schön, Herr Bundesrat, wenn Sie von hier aus über die Idee der schweizerischen Demokratie sprechen. Aber ich frage mich, ob Ihr Land ebenso ruhig hinnehmen würde, wenn Ihre Interessen in Namibia im Namen der Demokratie geopfert werden müssten; denn wenn in Namibia die Swapo und in Rhodesien Robert Mugabe an die Macht kämen, würden doch wohl zweifellos schweizerische Interessen tangiert?

Aubert: Demokratie bedeutet für uns etwas Heiliges. Falls Swapo, falls Mugabe — wer immer es sei — die Mehrheit der Stimmen in freien Wahlen gewinnen, die ordnungsgemäss durchgeführt und überwacht sind — nicht vor geladenen Gewehrläufen —, so wird es unsere Pflicht sein, diesen Mann oder diese Bewegung zu unterstützen.

ddp, 2.1.1979

Bundesrat Aubert zu seiner Afrikareise

Herisau, 8. Jan. (ddp) Vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt, würde er sich persönlich für das Schwarze Afrika entscheiden, erklärte Bundesrat Aubert in einem dieser Tage in der nigerianischen englischsprachigen Wochenzeitschrift «Afriscope» veröffentlichten Interview, das die «Appenzeller Zeitung» im Vorabdruck publiziert hat. Bundesrat Aubert wird am kommenden Sonntag zu einer zweiwöchigen Afrikareise aufbrechen, um die fünf westafrikanischen Länder Nigeria, Kamerun, Obervolta, Elfenbeinküste und Senegal zu besuchen.

Auf die Frage des Vertreters von «Afriscope» nach dem Zweck der Reise erwiderte Bundesrat Aubert, diese habe keine «politische Zielsetzung», es gehe um «eine reine Geste der Freundschaft». Die Reise habe «überhaupt nichts zu tun mit der Ausweitung oder Schaffung neuer Absatzmärkte für schweizerische Produkte». Auf die weitere Frage der nigerianischen Zeitschrift, ob Bundesrat Aubert persönlich eine Reduktion des schweizerischen Aussenhandels mit Südafrika zugunsten verstärkter Handelsbeziehungen mit schwarzafrikanischen Ländern befürworten würde, antwortete der Chef des EPD wie folgt: «Ich glaube, es ist wichtig, zu verstehen, dass unsere Wirtschaft nicht verstaatlicht ist. Obschon die Regierung gewisse Möglichkeiten zum Eingreifen hat, sind es private Unternehmen, welche mit Südafrika Handel treiben (...). Aber wenn ich mir eine

persönliche Meinung erlauben darf: Es ist sicher richtig, dem Umstand eine gewisse Bedeutung beizumessen, dass zum ersten Male ein schweizerischer Aussenminister Schwarzafrika einen Besuch abstattet. Persönlich empfinde ich eine starke Sympathie für das Schwarze Afrika. Und falls ich vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt wäre — in bezug auf die Art und Weise, wie am jeweiligen Ort Politik betrieben wird („With regard to the different ways in which they manage their affairs“) —, würde ich Schwarzafrika wählen. Aber das ist eine Ansicht, welche ich wegen unserer Neutralität nicht offiziell äussern darf. Aber auch wenn sie nichtoffiziellen Charakter hat, soll meine bevorstehende Reise nach Afrika mehr sein als eine blosser Alibiübung.»

«Afriscope» kam schliesslich auf das Namibia-Problem und Rhodesien-Zimbabwe zu sprechen und fragte den Chef des EPD, wie die Schweiz reagieren würde, falls in Namibia die Swapo und in Rhodesien-Zimbabwe die Patriotic Front unter Robert Mugabe an die Macht kämen und schweizerische Interessen tangiert würden. Dazu erklärte Bundesrat Aubert: «Demokratie bedeutet für uns etwas Heiliges. Falls Swapo, falls Mugabe — wer immer es sei — die Mehrheit der Stimmen in freien Wahlen gewinnen, die ordnungsgemäss durchgeführt und überwacht sind (nicht vor geladenen Gewehrläufen), so wird es unsere Pflicht sein, diesen Mann oder diese Bewegung zu unterstützen.»

(Neue Zürcher Zeitung)

Neue Zürcher Zeitung, 12.1.1979

Politische und wirtschaftliche Ziele der Afrikareise Bundesrat Auberts

Distanzierung von einem Presseinterview

Zy. Bern, 11. Januar

Bundesrat Auberts Begleiter auf der bevorstehenden Reise in fünf Länder Westafrikas (Nigeria, Kamerun, Obervolta, Elfenbeinküste und Senegal), Botschafter Jürg Iselin, Chef der politischen Abteilung II, Botschafter Marcel Heimo, Direktor für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, und Botschafter Emilio Moser, Vizedirektor der Eidgenössischen Handelsabteilung, haben vor der Presse im Bundeshaus Motive und Ziele dieses Unternehmens umrissen. Sie waren bemüht, den Eindruck einer Besuchstournee «von beinahe amerikanischen Dimensionen» mit fünf Stationen in vierzehn Tagen auf helvetisches Mass zu trimmen. Hervorgehoben wurde zumal die vergleichsweise bescheidene personelle Bestückung der Delegation; neben den drei erwähnten hohen Beamten aus dem Politischen Departement und dem Volkswirtschaftsdepartement gehört der Abordnung einzig noch der Sekretär des Departementschefs an. Der publizistische Begleitross von Fernsehen, Radio und Presse soll

um einiges bedeutendere Grössenordnungen aufweisen.

Pflege engerer Kontakte mit afrikanischen Staaten erscheint im Politischen Departement aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen angezeigt, auch wenn der europäische Schwerpunkt schweizerischer Aussenpolitik durch die geographische Lage unseres Landes vorgezeichnet ist und in periodischen Begegnungen des Vorstehers des Politischen Departements mit den Aussenministern von Ländern West- und Osteuropas Ausdruck findet. Die Gespräche in Westafrika sollen Gelegenheit bieten, die Grundzüge schweizerischer Aussenpolitik darzulegen, das Interesse der Schweiz an den Problemen Afrikas zu bekunden und Entwicklungspolitik unter dem weitgespannten Titel des Nord-Süd-Dialogs zu erörtern. In handfestere Bereiche führten Probleme der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit einzelnen der besuchten Staaten und die Besprechung konkreter Fragen bilateraler Wirtschaftsbeziehungen. So stehen in Nigeria die Fragen der Kontingen-

tierung der Uhrenimporte, die Doppelbesteuerung und der Abschluss eines Handelsabkommens an. Im übrigen wird die Zentrale für Handelsförderung demnächst eine exploratorische Mission in Lagos unternehmen. Neben den Arbeitsgesprächen mit den Aussenministern der besuchten Länder dürften Erörterungen der einzelnen Delegationsmitglieder in ihren Sachbereichen stehen. Bundesrat Aubert wird den Staatspräsidenten, in Senegal dem Regierungschef, Höflichkeitsbesuche abstatten. Die Reise beginnt am 14. Januar mit dem Flug nach Lagos; der Rückflug in die Schweiz ist für den 28. Januar vorgesehen.

Ein fragwürdiges Interview

Gut gemeint und als freundliche Geste vor der Afrikareise gedacht, mag ein Interview gewesen sein, das Bundesrat Aubert einem ausländischen Journalisten für die in Lagos erscheinende Wochenzeitschrift «Afriscope» gewährte. Weniger gut kam heraus, was davon als Vorabdruck in die Schweizer Presse gelangte. Danach soll Bundesrat Aubert, auf Südafrika angesprochen, unumwunden seiner Sympathie für das

Schwarze Afrika Ausdruck gegeben haben. Von dieser ihm unterstellten Äusserung hat sich der Vorsteher des Politischen Departements durch eine Erklärung seines Informationschefs ausdrücklich distanziert; sie sei, wie andere Teile des Interviews, in entstellter Form wiedergegeben worden. Bundesrat Aubert will lediglich die vom Bundesrat vertretene Haltung gegenüber der Apartheid zum Ausdruck gebracht haben; dieses System wird als den Prinzipien der Menschenrechte wie den Traditionen und Idealen des Schweizervolkes widersprechend moralisch verurteilt.

Der Wortlaut der Erklärung Auberts gegenüber dem Interviewer ist im Politischen Departement nicht festgehalten worden. Es muss daher mit der offiziellen Distanzierung sein Bewenden haben. Diese neueste peinliche Erfahrung im Umgang mit Massenmedien kommt immerhin noch zeitig genug vor einer Auslandsreise, die einige Vorsicht bei derartigen Statements verlangt und auch daran zu denken gemahnt, dass ein Aussenminister nicht nachträglich gewisse Erklärungen als nur persönlich gedacht relativieren kann.

Basler Zeitung, 12.1.1979

Oeffnung

Wenn Pierre Aubert auf diplomatische Reisen geht und ausländische Staatsrepräsentanten zu uns bittet, dann treibt ihn nicht der Hang zu persönlicher Profilierung, sondern die politische Einsicht an, dass einem schweizerischen Vereinsamungsprozess entgegen gewirkt werden muss. Und der Neuenburger im Bundesrat setzt auch nur zeitgemäss fort, was vor ihm schon Fritz Wahlen, Willy Spühler und Pierre Graber an aussenpolitischer Oeffnung geleistet hatten. Er könnte sich überdies, wenn seine Aktivitäten angefochten werden, auf den berühmten Neuenburger im Bundesrat, Numa Droz, berufen, der sich gegen Ende des letzten Jahrhunderts so erfolgreich um unsere auswärtigen Angelegenheiten kümmerte, dass er nach seinem Rücktritt zuerst Gouverneur von Kreta und dann sogar siamesischer Premierminister hätte werden können.

So weit kann die Reputation eines schweizerischen Aussenministers heute allein schon deshalb nicht mehr reichen, weil wir, im krassen Kontrast zu unseren weltweiten Handelsbeziehungen, politisch verkapselt leben. Wenn sich Aubert, wie diese Woche in einem Referat an der Universität Zürich, für den Ausbruch aus dieser Verkapselung einsetzt, genügt er nichts weiter als einer immer dringender werdenden Amtspflicht. Auf sämtlichen diplomatischen Aussenposten der Schweiz stimmt man darin überein, dass unsere Aussenseiterrolle nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in den Industriestaaten des Westens zunehmend auf eine Mischung von Unbehagen und Verständnislosigkeit stösst. Bisher haben

sich daraus kaum unmittelbare Nachteile ergeben. Aber sie werden sich unvermeidlich einstellen, wenn wir in einer aussenpolitischen Inselexistenz mit opportunistischem Kerngehalt verharren.

Pierre Aubert ist auch darin recht zu geben, dass es keineswegs allein und ausschliesslich um den schweizerischen UNO-Beitritt geht. Dieser Schritt hätte vielmehr die Folge einer vielfältigen Oeffnung zu sein: Politischer Umweltkontakt aus einer gewachsenen und noch immer wachsenden Einsicht in das faktische Ausmass unserer internationalen Verflechtungen. Eine solche Einsicht muss von jener anderen begleitet sein, dass es in der internationalen Politik so wenig wie in unserer nationalen nur die perfekten Lösungen oder gar keine gibt. Es ist vollkommen unsinnig, auf unsere bisher äusserst dürftigen Erfolge an der Europäischen Sicherheitskonferenz zu verweisen und daraus abzuleiten, dass sich ein derartiges Engagement überhaupt nicht lohne. Behaupten wir denn nicht sonst so gern, in und mit einer Staatsform der Geduld zu leben, die das beharrliche Erdauern halber und bisweilen sogar ganzer Lösungen erst eigentlich ermögliche? Dieses aktive Miterdauern aber kann auf dem Kontinent und weltweit nicht immer nur die politische Sorge der andern sein. Dafür gibt es — mit Blick auf Oesterreich, Schweden und Finnland — seit geraumer Zeit auch keine neutralitätspolitische Rechtfertigung mehr.

Doch zu beachten ist derzeit nicht nur, was Pierre Aubert, sondern überdies, was ein anderer Welscher vorzubringen hat: der frühere Raumplanungsdelegierte Jean-Pierre Vouga. Dieser hervorragende Kenner des Bundesstaates und seiner Mechanismen signalisiert in einem Buch mit dem Titel «Romands, Alémani-

ques, Tessinois» eine innere Gefahr, die just im Zusammenhang mit unserem Zwang zur aussenpolitischen Oeffnung nicht länger verkannt werden darf. Vouga meint die breite Kluft entlang unserer Sprachgrenzen. Verständigung im Gespräch wäre deshalb so bitter vonnöten, weil in unserer direkten Demokratie das Volk in die aussenpolitische Verantwortung einbezogen ist, sich jedoch zugleich nicht bestreiten lässt, dass vor allem in der Westschweiz, aber auch im Tessin, die Bereitschaft zur internationa-

len Oeffnung diejenige der grossen alemannischen Mehrheit weit übertrifft. Das ist, wie wir wissen können, keine Erscheinung von heute. Aber sie muss uns mehr als bisher beunruhigen. In den eigentlichen Landesfragen, die sich zunehmend auch aussenpolitisch stellen werden, können wir uns das Auseinanderbrechen in Sprach- und Kulturteile nicht leisten. Sonst erweisen wir uns dann in aller Schwäche und Zerbrechlichkeit als das, wofür Roland Béguelin uns hält: eine Schweiz AG, als Politikum ohne Belang.

Schaffhauser Nachrichten 12.1.1979

Umstrittene Aussenpolitik oder umstrittener Aussenminister?

In den meisten westlichen Ländern erhält ein neuer Präsident oder Minister eine Schonzeit von «hundert Tagen», in denen man ihn beobachtet, gewähren lässt und mit Kritik zurückhält. In unserm Lande dauert diese Schonfrist in generöser Weise länger, nämlich ein Jahr. Jetzt mehren sich die Anzeichen, dass für unsern Aussenminister Aubert diese einjährige Schonzeit abgelaufen ist. In zunehmendem Masse werden im Blätterwald Stimmen laut, die sich mit seiner «glaubwürdigen Aussenpolitik» kritisch auseinandersetzen oder sich dazu beunruhigt äussern.

Von der besorgten Frage, ob Herr Aubert eigentlich unabhängig vom Bundesrat eine private Aussenpolitik betreibt bis zum Zweifel an unserer unveränderten Neutralitätspolitik reicht das Spektrum des Unbehagens. Vielen Zeitgenossen scheint auch die kostspielige Reisediplomatie mehr oder weniger überflüssig zu sein, da wir ja in all diesen Ländern vorzügliche Botschaften unterhalten. Auch die Meldung einer Zeitung, Herr Aubert habe Staatsbesuche von König Juan Carlos, Giscard d'Estaing, den Staatspräsidenten Pertini und Kirchschräger eingeleitet, wurde erstaunt aufgenommen. Diese hohen Besuche würden uns noch im laufenden Jahr zuteil. Es gibt gar nicht sowenig Leute, die diese Häufung von Staatsbesuchen als eine Art «Grössenwahn des Kleinstaates» nur mit Unbehagen betrachten.

Anlass zum neuesten Wirbel und zu einer halb aus Erklärungen und halb aus Dementis bestehenden Pressekonferenz des EPD gaben zwei Dinge: Einmal die bevorstehende Afrikareise von Aubert in fünf afrikanische Länder und ein Interview, das Bundesrat

Aubert im November dem Korrespondenten einer afrikanischen Zeitschrift gewährte und das auszugsweise in der «Appenzeller Zeitung» abgedruckt wurde. Das Departement versucht nun, sowohl die Bedeutung des Korrespondenten wie der «Appenzeller Zeitung» zu bagatellisieren, aber diese Bemühungen passen natürlich schlecht zur Tatsache, dass man sich heftig bemüht, die Aeusserungen Auberts zu Problemen der innerafrikanischen Politik, z. B. bezüglich der Spannungen zwischen Schwarzafrika und Südafrika zu verharmlosen. Auch beklagen sich die Sprecher des Departements heftig darüber, der betreffende Korrespondent habe sich nicht an die Abmachungen bzw. den zensurierten Text gehalten, sondern das Interview in seiner ursprünglichen Form wiedergegeben. Auch habe es sprachliche Schwierigkeiten gegeben, weil der Korrespondent nicht genügend französisch konnte, und daraus seien dann Missverständnisse entstanden.

Man kann sich ja in diesem Falle nur wundern, dass das EPD unter solchen Umständen überhaupt auf ein Interview einging und nicht einmal eine Bandaufnahme machte. Sicher dürfte auch sein, dass die hinreissende Eloquenz unseres Aussenministers, weil allzuoft der Vorsicht ermangelnd, Missverständnissen Vorschub leistet. Herr Aubert hat, und menschlich ist das schon, sein Herz immer auf der Zunge, aber dort gehört es, politisch betrachtet, nicht hin. Namentlich nicht bei einem Aussenminister eines Kleinstaates, welcher die Devise der Neutralität hochhält.

Vor die Wahl gestellt, zwischen Schwarzafrika und Südafrika zu ent-

scheiden, erklärte Aubert, sich auf die Seite Schwarzafrikas zu stellen. An sich ist dies nichts Neues — die Schweiz hat immer wieder, wenn auch in wesentlich diplomatischerer Form, erklärt, dass sie die Apartheidspolitik ablehne. Aber im aufgewühlten Afrika werden solche Aeusserungen heute ganz anders interpretiert. Jedenfalls nicht mehr im Sinne einer strikten Neutralität, sondern eher in demjenigen einer parteinehmennden Solidarität. Es ist immer gefährlich, mit Begriffen zu jonglieren — viel gefährlicher, als wir Unschuldslämmer es uns träumen lassen.

Dieselbe unterschiedliche Gewichtung gilt auch für den Besuch eines Mitglieds der Landesregierung in Entwicklungsländern. Ganz richtig erklärten Aubert und seine Diplomaten, ein solch persönlicher Besuch bedeute für die meist jungen Machthaber in diesen Ländern weit mehr als der Besuch von Beamten oder einer Wirtschaftsmission, auch wenn diese faktisch dieselben Resultate auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen, der Finanzhilfe und der technischen Zusammenarbeit erzielen. Aber dann müsste diesen Ländern auch deutlich erklärt werden, dass es sich vorwiegend um eine freundliche Geste handelt, und dass ein Minister in einer Referendumsdemokratie bei weitem nicht die Bedeutung hat wie in den meisten andern Ländern. Herr Aubert kann weder unsern Uno-Beitritt versprechen, noch eine Stellungnahme zur Politik anderer Länder abgeben. Bei uns ist der Souverän die letzte Instanz. Das sollte gewisse Herren in Bern zur Vorsicht mahnen.

Beatrice Steinmann

6
Tages-Anzeiger, 12.1.1979

Kontroverse um ein Interview des schweizerischen Aussenministers

Was sagte Pierre Aubert wirklich?

kd. Bern, 11. Jan. Streit um Worte unseres Aussenministers: Hat Pierre Aubert gesagt «Falls ich vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt wäre, würde ich Schwarzafrika wählen», wie dies ein Journalist in der «Appenzeller Zeitung» geschrieben hat, oder ist seine Antwort auf die entsprechende Frage «in völlig entstellter Form wiedergegeben worden», wie der Pressesprecher Hansjörg Renk am Donnerstag in Bern erklärte?

Aufmerksamkeit erregt dieser Satz einzig deswegen, weil er in einem ausführlichen Interview steht, das Aubert offiziell, in seiner Funktion als schweizerischer Aussenminister, einem Journalisten für die in Lagos (Nigeria) in Englisch erscheinende Zeitschrift «Afriscope» gegeben hat. Danach soll Aubert gesagt haben: «Persönlich empfinde ich eine starke Sympathie für das schwarze Afrika. Und falls ich vor die Wahl zwischen Südafrika und Schwarzafrika gestellt wäre – in bezug auf die Art und Weise, wie am jeweiligen Ort Politik betrieben wird –, würde ich Schwarzafrika wählen. Aber das ist eine Ansicht, welche ich wegen unserer Neutralität nicht offiziell äussern darf.»

Von diesem Teil des Interviews distanzieren sich Bundesrat Aubert in aller Form, hat am Donnerstag Pressesprecher Renk erklärt. Aubert habe dem Interviewer gegenüber die bekannte schweizerische Haltung gegenüber der südafrikanischen Apartheid-Politik – seit Jahren verurteilt die Schweiz diese Rassenpolitik – erläutert. Dies habe der Journalist dann mit freundlichen Äusserungen Auberts über die schwarzafrikanischen Staaten, die er besuchen wird, zu einer eigenen Interpretation verknüpft. Eine eigene Meinungsäusserung habe Aubert nicht abgegeben. Der Journalist habe die mit dem EPD getroffene Vereinbarung verletzt: Wohl unterbreitete er dem politischen Departement (EPD) die englische Fassung des Textes – das Gespräch war auf französisch geführt worden –, doch veröffentlichte er diese dann ohne die vom EPD angebrachten Korrekturen und Streichungen und zudem noch auf deutsch übersetzt in der «Appenzeller Zeitung».

Auf Anfrage bestätigte der Journa-

list gegenüber dem TA, dass er den umstrittenen Passus nicht, wie verlangt, gestrichen habe, weil er ihn gerade für die nigerianischen Leser interessant fand. Bundesrat Aubert habe diesen Satz aber klar gesagt, und der Zusammenhang sei nicht entstellt worden. Dies unterstrich auch der zuständige Redaktor der «Appenzeller Zeitung».

★

pst. Die beiden vom EPD zurechtgewiesenen Journalisten haben dem TA ein Tonband zugestellt, das nach ihrer Angabe das Aubert-Interview enthält. Pierre Aubert ist darauf mit seiner ganzen Eloquenz zu hören. Abgesehen von winzigen stilistischen Änderungen (der Text wurde aus dem Französischen ins Englische und Deutsche übersetzt) gab die «Appenzeller Zeitung» die heikle Passage über Südafrika fast wörtlich wieder: Sinn und Zusammenhang stimmen. Von einer «völlig entstellten Form» oder gar vom Unterschieben einer Meinung, die Aubert nie geäußert habe, kann keine Rede sein.

Es ist immer unfair, ja für den ganzen Berufsstand schädlich, wenn sich ein Journalist nicht an Vereinbarungen mit dem Interviewpartner hält und Textstellen weisungswidrig abdrucken lässt. Dagegen darf sich das EPD mit aller Schärfe verwahren.

Andererseits leuchtet nicht ein, weshalb gesagte Worte als ungesagt deklariert werden – zumal die «persönliche» Meinung des Aussenministeriums kaum um Haaresbreite neben der seit über zehn Jahren bekräftigten offiziellen Schweizer Doktrin liegt.

Berner Zeitung, 12.1.1979

Aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen will die Schweiz künftig engere Kontakte mit afrikanischen Ländern pflegen. Unter diesem Aspekt steht auch die bevorstehende Afrika-Reise von Bundesrat Pierre Aubert. (Bericht Seite 3.)

Die Meinung

Wenn der schweizerische Volkswirtschaftsminister oder seine Chefbeamten auf Reisen gehen, hat kaum jemand etwas dagegen einzuwenden. Schliesslich sind das gewissermassen offizielle «Handelsrei-

sende», welche den Vertretern unserer privaten Wirtschaft behilflich sind, bei den Behörden fremder Länder die Eingangstüren zu öffnen. Solche staatliche Dienstleistung kann nur gewinnbringend sein. Anders verhält es sich, wenn der Aussenminister ins Flugzeug steigt: schon wieder unterwegs, um sich in Pose zu werfen und hohe Politik zu spielen? So etwa lauten da und dort missbilligende Bemerkungen. Die Skepsis steigt noch um einige Grade, wenn Aussenminister Aubert nun den grossen Sprung ins ferne Afrika wagt.

Skeptisch darf man immer sein – aber diese Reise ist durchaus ge-

rechtfertigt. Die offizielle Schweiz hat den afrikanischen Kontinent, der in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt der Weltpolitik rückte und dessen einzelne Staaten aus eigener Hilflosigkeit teils sehr anlehnungsbedürftig und deshalb auch abhängig von grossen Machtblöcken sind, noch kaum entdeckt. Die am Neujahrsempfang von Nuntius Marchioni und Bundespräsident Hürliemann abgegebenen Appelle, die Menschen und Völker möchten sich näherkommen, sind kaum verhallt. Was liegt also näher, dass der Aussenminister unseres reichen Landes in die armen, ja mausarmen Staaten reist, um dort, wie es ein Zweck der Reise ist, «das Interesse der Schweiz an den Problemen Afrikas» zu bekunden? Im Konzert der Völker spielt die Schweiz zwar gewiss eine ganz bescheidene Geige — aber

trotzdem mag es nichts schaden, wenn sie ihrerseits diesen von mancher Grossmacht umsorgten Ländern die Grundzüge auch ihrer Aussenpolitik darlegt, die bekanntlich auf den Begriffen der Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität beruht — eine Aussenpolitik, die nichts anderes als eine ehrlich gemeinte Friedenspolitik ist.

Natürlich, so ganz aus der Haut vermag der geschäftstüchtige Schweizer ja nie zu schlüpfen. Deshalb wird auch, namentlich in Nigeria, «Geschäftliches» besprochen. «Für Auberts Reisegepäck» — so titelte denn auch gestern die «Schweizerische Handelszeitung» eine einträgliche Aufforderung an die Reiselegation, sich dort für den Abbau der lästigen Importrestriktionen einzusetzen.

Jürg Schoch

Dargauer Tagblatt, 12.1.1979

Hinreissender Aubert...

In den meisten westlichen Ländern erhält ein neuer Präsident oder Minister eine Schonzeit von «hundert Tagen», in denen man ihn gewähren lässt und mit Kritik zurückhält. In unserem Lande dauert diese Schonfrist generöserweise länger, etwa ein Jahr. Jetzt mehren sich die Anzeichen, dass für unsern Aussenminister Aubert diese Schonzeit abgelaufen ist. In zunehmendem Masse werden Stimmen laut, die sich mit seiner «dynamischen» oder — wie er es neuerdings lieber hört — «glaubwürdigen Aussenpolitik» kritisch auseinandersetzen, ja Beunruhigung äussern.

Das geht von der besorgten Frage, ob Aubert eigentlich unabhängig vom Bundesrat eine private Aussenpolitik betreibe, bis zum Zweifel an unserer unveränderen Neutralitätspolitik. Vielen Zeitgenossen scheint auch die kostspielige Reisediplomatie mehr oder weniger überflüssig zu sein, da wir ja in all diesen Ländern vorzügliche Botschaften unterhalten. Auch die Meldung, Aubert habe Staatsbesuche von König Juan Carlos und den Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, Pertini und Kirchschräger eingeleitet, wurde erstaunt aufgenommen. Diese hohen Besuche würden uns alle noch im laufenden Jahr zuteil. Es gibt Leute, die diese Häufung von Staatsbesuchen als eine Art «Grössenwahn des Kleinstaates» mit Unbehagen betrachten.

Anlass zum neuesten Wirbel und zu einer halb aus Erklärungen und halb aus Dementis bestehenden Pressekonferenz des EPD gaben zwei Dinge. Einmal die bevorstehende Afrika-reise von Aubert in fünf afrikanische Länder einerseits und ein Interview andererseits, das Bundesrat Aubert im November dem Korrespondenten einer afrikanischen Zeitschrift gewährte und das dieser Tage auszugsweise in der «Appenzeller Zeitung» abgedruckt wurde. Das Departement bemüht sich heftig, die Aeusse-

rungen Auberts zu Problemen der innerafrikanischen Politik und vor allem bezüglich der Spannungen zwischen Schwarzafrika und Südafrika zu verharmlosen. Dem Korrespondent wird vorgeworfen, sich nicht an die autorisierte Fassung des Interviews gehalten zu haben. Schliesslich seien Missverständnisse entstanden, weil der Korrespondent nicht genügend Französisch konnte ...

Da kann man sich nur wundern, dass das EPD unter solchen Umständen überhaupt auf ein Interview einging und nicht einmal eine Bandaufnahme machte. Sicher dürfte auch sein, dass die hinreissende Eloquenz unseres Aussenministers, weil allzu oft der Vorsicht ermangelnd, Missverständnissen Vorschub leistet. Aubert hat, und menschlich ist das schön, sein Herz immer auf der Zunge; aber dort gehört es politisch betrachtet nicht immer hin. Namentlich nicht bei einem Aussenminister eines Kleinstaates, welcher die Devise der Neutralität hochhält.

Was die Afrika-Expedition Auberts betrifft: Ganz richtig erklärten Aubert und seine Diplomaten, ein solch persönlicher Besuch bedeute für die meist jungen Machthaber in diesen Ländern weit mehr als der Besuch von Beamten oder einer Wirtschaftsmission, auch wenn diese faktisch dieselben Resultate auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen, der Finanzhilfe und der technischen Zusammenarbeit erzielen. Aber dann müsste diesen Ländern auch deutlich erklärt werden, dass es sich vorwiegend um eine freundliche Geste handelt und dass ein Minister in einer Referendumsdemokratie bei weitem nicht die Bedeutung hat wie in den meisten andern Ländern. Aubert kann nicht unsern Uno-Beitritt versprechen und nicht einmal immer Finanzhilfe — siehe IDA-Kredit. Bei uns ist der Souverän die letzte Instanz. Das sollte gewisse Herren zur Vorsicht mahnen. (+)

Zu Pierre Auberts Reise nach Westafrika

Glaubwürdige Neutralität . . .

Knapp ein Jahr nach seinem Amtsantritt unternimmt Aussenminister Pierre Aubert eine Reise «fast amerikanischer Dimension», wie sich der auch für Afrika zuständige Chef der politischen Abteilung II ausdrückte. Der Aufbruch

Von Rudolf Gerber

zum Schwarzen Kontinent und zu den Regierungspalästen fünf schwarzafrikanischer Staaten wirkt schon in seinem Ausmass wie ein Fanal für einen neuen Stil in der schweizerischen Aussenpolitik. Kurze Probelaufe während der Schonzeit, die bei uns einem neuen Bundesrat eingeräumt wird, nach Strassburg, Wien, Rom und Budapest liessen bereits erkennen, dass Pierre Auberts sprudelnde Naturell und nur mit Mühe einzufangende geistige Beweglichkeit die engen Grenzen der bisherigen Aussenpolitik sprengen müssen, um nicht zu verkümmern. Seine jederzeit erhältlichen persönlichen Stellungnahmen zum Weltgeschehen und vor allem zur europäischen Entwicklung verursachten gleichzeitig jenes Knistern in den schweren Vorhängen der traditionalistischen Diplomatie, das Neues ahnen liess. Das Neue in seiner Aussenpolitik darzustellen, fällt Pierre Aubert allerdings schwer. Die Augen nach aussen, auf die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten gerichtet, verheddert er sich bei allzu grossen Schritten in den Stolperdrähten der Neutralität. Zusammen mit der Unabhängigkeit bildet sie die Grundlage für unsere nationale Identität. Der Lauf der Geschichte hat sie jedoch nicht unberührt gelassen. Sie ist relativiert und interpretiert worden und bedarf auch weiterhin immer wieder der Ueberprüfung.

Die Maxime der Disponibilität unseres Kleinstaates verkündete der Völkergemeinschaft die Bereitschaft der Schweiz, ihre guten Dienste allen zur Verfügung zu halten, die sie benötigen. Die Solidarität öffnete den Weg zur Entwicklungshilfe zugunsten der ärmsten unter den armen Ländern, bedeutet aber nie die Solidarität mit der politischen Haltung der entsprechenden Regierungen. Mit der Universalität wurden die Bande zu allen Ländern des Ostens und des Westens verstärkt und mit der Partizipation fügte Bundesrat Pierre Graber schliesslich die bisher letzte Maxime im Sinn einer intensiveren Beteiligung der Schweiz an der internationalen Regelung gemeinsamer Probleme an. Die sogenannte Oeffnung nach aussen, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg anbahnte, ist noch längst nicht abgeschlossen. Je stärker die innenpolitisch untermauerte Unabhängigkeit zwischen allen reichen und armen, entwickelten und unterentwickelten Staaten kontrastiert, desto grösser werden die Schwierigkeiten jedoch für einen schweizerischen Aussenminister.

Pierre Aubert setzt sich im Interesse unseres Landes für dessen Mitsprache und Mitentscheidung im internationalen Chor ein. Deshalb plädiert er auch ener-

gisch für einen baldigen Beitritt der Schweiz zur UNO. Pierre Aubert reist und empfängt mehr als seine Vorgänger. Er passt sich damit den modernen Formen der Diplomatie an. Nach innen wirkt seine Betriebsamkeit jedoch wie eine rasche und leichtfüssige Entfernung vom Bild, das sich das Volk von unserer Aussenpolitik macht. Was der Souverän für sich in Anspruch nimmt — die freie Meinungsäusserung auch zu aussenpolitischen Vorgängen — verwehrt er dem Aussenminister mit dem Verweis auf die Neutralität. Bis zu einem gewissen Punkt hat diese Haltung auch ihre Berechtigung, denn die offizielle Schweiz darf sich von keiner Seite binden lassen. Andererseits wird unser Land auf dem internationalen Parkett nur dann ernst genommen, wenn es eine klare Haltung einnimmt. Die neutrale ist eine, aber nur, wenn sie nicht als unglaubwürdiges Ausweichmanöver entlarvt wird, mit dem sich die Schweiz Vorteile ergattert, ohne dafür eine politische Gegenleistung erbringen zu müssen. Mit andern Worten: Die Neutralität muss glaubwürdig sein. Darum geht es Pierre Aubert, wenn er sie nun in Afrika zu erklären versucht, ohne dem aussenpolitischen Eunuchentum zu erliegen.

Eine glaubwürdige neutrale Aussenpolitik stellt wiederum Ansprüche an einen Aussenminister, die nicht leicht zu erfüllen sind. Persönliche Meinungen, wie er sie jüngst zum Thema Apartheidpolitik zum besten gab, helfen Pierre Aubert kaum. Wenn er aus seinem Herzen keine Mördergrube machen will, kann er es dem Gesamtbundesrat, dem Parlament und dem Volk öffnen. Lassen sie sich für seine gescheiterten Ideen gewinnen, erhält seine Aussenpolitik das notwendige Gewicht und die innenpolitische Absicherung. Leutseliges Vorprellen jedoch schadet der gutgemeinten Sache ebenso sehr wie zu wenig konkrete, vom Wind des Idealismus bunt durcheinandergewirbelte Ziele unserer Aussenpolitik. Sie sind eine leichte Beute der Isolationisten, die von der absoluten Neutralität und Unabhängigkeit trotz der Verstrickung in immer grössere — vor allem wirtschaftliche — Abhängigkeiten um kein Jota abrücken wollen.

Pierre Aubert liebt die Aussenpolitik wie wohl kaum einer seiner Vorgänger. Er lebt für sie und kennt ihre Eigenheiten. Aber er erklärt sie zu wenig, setzt Wissen voraus, das nur er besitzt, reist mit, ohne dass die Mitgerissenen genau wissen, wohin die Reise führt. Das gilt selbst für seine unmittelbaren Mitarbeiter, die perfiden Fragen oft nur unbeholfen begegnen können. Den munteren Gedankensprüngen des Aussenministers lässt sich auch nur schwer folgen. Sie sind während seines ersten Jahres im Politischen Departement so zahlreich geworden, dass nun der Moment für das übersichtliche Ordnen in Ruhe gekommen ist. Vielleicht bietet die Zäsur der Afrika-reise Gelegenheit dazu.

L'Impartid 12.1.1979

Un démenti

« Personnellement, j'éprouve une forte sympathie pour l'Afrique noire. Si je devais choisir entre l'Afrique du Sud et l'Afrique noire — pour ce qui est de la manière dont on y gère ses affaires — je choiserais l'Afrique noire.

Mais c'est un avis que je ne peux pas exprimer officiellement, en raison de notre neutralité ».

Oui ou non M. Aubert a-t-il prononcé ces phrases, dans l'interview qu'il a accordée en novembre dernier à un journaliste noir résidant en Suisse, interview destinée à la revue nigérienne « Afriscope », parue en avant-première dans un journal appenzellois au mois de décembre et exhumée cette semaine par l'agence de presse DDP ?

M. Aubert a chargé hier son chef de presse, M. Hans-Joerg Renk, de démentir la chose en toute forme. « Le passage en question ne corres-

pond pas au texte autorisé », a déclaré M. Renk, qui a reproché au journaliste de ne pas avoir soumis son texte au chef du département avant publication, comme convenu. M. Aubert se serait borné à rappeler la position de la Suisse à l'égard de l'apartheid, arrêlée il y a plusieurs années déjà. Le journaliste aurait mis cette déclaration en relation avec d'autres passages de l'interview où M. Aubert exprimait sa sympathie pour l'Afrique noire.

Pourquoi le chef du Département politique a-t-il tenu à démentir une affirmation qui, dans le fond, reflète fidèlement la position de la Suisse ? Parce qu'en Suisse alémanique, on réagit épidermiquement à tout ce qui concerne l'Afrique du Sud. La « Nouvelle Gazette de Zurich », proche des milieux d'affaires, aurait pu être tentée, comme en d'autres circonstances, de faire beaucoup de bruit...

D. B.

Zürichsee - Zeitung, 12.1.1979

Zwischen Schwarz- und Weissafrika

Zwangsläufig wirft die Reise in mehrere Länder eines vom Rassenkonflikt beherrschten Kontinents die Frage auf, inwieweit hierbei die Neutralität der Schweiz tangiert werden kann, da dieser von den jungen Staaten ohnehin mit wenig Verständnis begegnet und es nicht an Ansinnen fehlen wird, zu diesem wichtigsten afrikanischen Problem eindeutige Stellung zu beziehen. Einen Vorgeschmack davon hat Bundesrat Aubert bereits aufgrund eines von ihm zuhanden der nigerianischen Wochenzeitung « Afriscope » gewährten Interviews erhalten. Aubert soll geäußert haben, dass er persönlich das schwarze Afrika einem weissen vorziehe. Vorwürfen, er habe mit dieser Bemerkung die Neutralitätspflicht verletzt, liess Aubert zwar eine Erklärung folgen, wonach die inkriminierte Passage des Interviews als unrichtig und auf sprachliche Interpretationsschwierigkeiten zurückzuführen sei. Es kann indessen kein Zweifel darob bestehen, dass der in seinen Aeusserungen keineswegs stets zurückhaltende Neuenburger bei seinem Afrika-Besuch — zumal von den militanten Machthabern Nigerias — noch einige Male herausgefordert wird, insbesondere zum Namibia-Problem Stellung zu beziehen.

Damit sei auf die grundsätzliche Problematik hingewiesen, der sich jeder Aussenminister un-

seres neutralen Landes stellen muss und die sich verschärft, wenn sie durch diplomatische Reisetätigkeit « dynamisiert » werden soll. Bundesrat Aubert, dem dies offensichtlich vorschwebt, stösst dabei in besonderem Masse an die Grenzen der Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaats. Er, der unser Land als Teil einer weltumspannenden Völkergemeinschaft erkennt, in welche es sich einzugliedern gilt, und der als Ziel dieser Integration den schweizerischen Beitritt zur UNO erblickt, muss nach knapp einjähriger Amtstätigkeit die Erfahrung machen, die noch keinem seiner Vorgänger erspart geblieben ist: Eine neutrale Haltung verpflichtet zwar nicht das Volk, wohl aber die von ihm gewählten Politiker. Umarmungen in Ungarn ebenso wie allzu freimütige Aeusserungen zu afrikanischen Problemen sprengen bereits den Rahmen dessen, was der Schweizer seinem Aussenminister an Spielraum zuzugestehen gewillt ist.

Ohne Zweifel vermittelt das Amt eines Vorgesetzten des Politischen Departements besondere Einblicke in die gegenseitige internationale Abhängigkeit. Diese verpflichten zum stetigen Bestreben, die Schweiz in vermehrtem Masse in die internationale Politik einzubeziehen. Weil es dabei aber immer das nationale Selbstverständnis mit zu berücksichtigen gilt, befindet sich Pierre Aubert auf einer nicht ungefährlichen Gratwanderung.

Heinz Ruperecht

La Suisse, 12.1.1979

Le bon choix de l'Afrique noire

Il y a du Pierre Graber cuvée 1973 chez le Pierre Aubert cuvée 1979. Le voyage de celui-ci dans cinq pays d'Afrique noire ressemble au voyage de celui-là au cœur du monde arabe.

1973. Pierre Graber est ministre des Affaires étrangères. Les relations de la Suisse avec le Proche-Orient sont parfois jugées dangereusement favorables à l'Etat hébreu. Pierre Graber paie d'audace. Il fait le voyage du Caire. Des observateurs imprévoyants lui ont fait le reproche. Mais l'équilibre des rapports de notre pays avec Israël et le monde arabe est rétabli. Quelques mois plus tard, la quatrième guerre israélo-arabe et l'embargo sur les exportations de pétrole éclatent tour à tour. La Suisse en souffre moins que

d'autres. Pierre Graber couvert de louanges. Changement de tableau.

1979. Pierre Aubert a pris la tête de la diplomatie helvétique. L'Afrique noire — parfois à tort parfois avec quelque raison — soupçonne la Suisse de complaisances à l'égard des régimes racistes blancs de l'Afrique australe. Certains pays, comme le puissant Nigeria, manifestent à ce chapitre une susceptibilité à fleur de peau. Or ces pays — le Nigeria lui-même en tête — ont les moyens d'exercer sur leurs partenaires économiques dans le monde les pressions les plus palpables. Pierre Aubert a d'abord l'idée de leur expliquer les bonnes intentions de la Suisse.

Un scénario assez semblable à celui de 1973 se renouvelle. Cette fois, il

nous arrive de bien curieuse manière. Dans une interview destinée à la publication nigériane «Afriscope» et répercutée chez nous par l'Appenzeller Zeitung, Pierre Aubert fait franchement connaître son choix en faveur de l'Afrique noire. Emotion dans certains milieux conservateurs de Suisse alémanique! Le Département politique dément. Juge trop abrupte la formule mise dans la bouche de son chef.

A la vérité, la formule (vraie ou fausse) de Pierre Aubert est excellente. Elle colle parfaitement avec nos meilleures traditions humanitaires, ainsi qu'avec les nombreuses condamnations de la ségrégation raciale par le Conseil fédéral. Nous n'exigeons aucun démenti.

Georges PLOMB

Nouvelliste, 13.1.1979

Le voyage de M. Pierre Aubert

Classe tous risques!

J'emprunte le titre de cet article à un film célèbre, car il me paraît bien illustrer le voyage de M. Pierre Aubert en Afrique, du 14 au 28 janvier prochain. Pendant une quinzaine de jours, en effet, le ministre suisse des Affaires étrangères se rendra tour à tour dans cinq pays africains: le Nigeria, le Cameroun, la Côte-d'Ivoire, la Haute-Volta, et le Sénégal. Et, déjà, tous les observateurs politiques s'accordent pour estimer que la première escale, celle de Lagos au Nigeria, sera la plus difficile, voire la plus périlleuse...

Avant de m'arrêter sur ce point précis, risqué, je voudrais d'abord souligner combien l'initiative de M. Pierre Aubert me paraît heureuse, même si

elle reste aventureuse... tant je pense que la Suisse doit moins esquisser, mieux définir, le sens et le renforcement de ses relations internationales, par-delà ses échanges commerciaux. Bref, il est temps que la Suisse sorte un peu plus de Berne... surtout si elle envisage d'aller à l'ONU!

Et j'en arrive maintenant à cette escale de Lagos...

Pourquoi la visite de M. Pierre Aubert, au Nigeria, apparaît-elle d'emblée comme une sorte de pari impossible à tenir par la diplomatie helvétique?... parce que le Nigeria, outre ses 77 millions d'habitants, compte aussi suffisamment de pétrole pour lui permettre de financer son propre développement; parce que le Nigeria est également

devenu le plus important partenaire commercial de la Suisse en Afrique (il devance désormais l'Afrique du Sud); parce que le Nigeria passe enfin pour l'adversaire le plus résolu de la politique d'apartheid obstinément pratiquée par cette même Afrique du Sud. Dès lors, chacun devine que M. Pierre Aubert pourrait être singulièrement embarrassé par d'éventuelles exigences des responsables de Lagos. En clair, la question pourrait ainsi se poser: comment préserver de fructueux échanges économiques sans compromettre de toujours utiles relations politiques?... Si le Nigeria demandait soudainement à la Suisse d'afficher une attitude encore plus ferme à l'égard de l'Afrique du Sud, de

l'apartheid, suffira-t-il d'une référence à la neutralité pour se dérober face à cette probabilité ? J'en doute...

Selon les indiscretions journalistiques (démenties par le Département politique fédéral), M. Pierre Aubert aurait déclaré que, s'il avait à choisir entre l'Afrique du Sud et l'Afrique noire, il choisirait celle-ci au détriment de celle-là. Cette déclaration (contestée, sinon contestable) n'a pas manqué de susciter bientôt les inquiétudes de milieux industriels de Suisse alémaniques, soucieux de leurs investissements en Afrique du Sud.

Pour ma part, sans être diplomate de carrière (ni de caractère !), je ne me distance aucunement des propos « prêtés »

à M. Pierre Aubert, puisque je les approuve et les appuie.

Gouverner, c'est prévoir... Là-dessus, tout le monde s'entend. Or, en un sens et en l'occurrence, prévoir... c'est empêcher, c'est combattre l'expansion du communisme en terre africaine. Mais cette expansion, pour être efficacement contrée, suppose d'abord la réforme de certains régimes évidemment porteurs de germes révolutionnaires. En effet, je ne cesserai jamais de croire que l'expansion (ou la subversion) communiste réussirait moins en divers pays, si des dirigeants s'accrochaient moins à des privilèges anachroniques.

C'est pourquoi, et c'est tout simple, si j'avais à choisir entre l'Afrique du Sud et l'Afrique

noire, je n'hésiterais pas : je choisirais l'Afrique noire, avant qu'il ne soit trop tard... d'autant que je n'ai guère de goût pour la neutralité. Je n'ignore pas que le commerce a des raisons que la diplomatie gomme volontiers, mais je sais que les hommes ont une dignité qu'aucune raison ne peut ignorer. (Et je ne citerai pas ici Soljénitsyne qui met dans le même sac la foire du parti communiste et la foire du commerce occidental)...

L'escale de Lagos ?... qu'elle soit digne, et non seulement rentable, sous peine de condamner la Suisse à voyager constamment en classe tous risques et à crédit !

Roger Germanier

Solothurner Zeitung, 13.1.1979

Private Aussenpolitik

Es hat schon immer im schweizerischen Aussenministerium Chefs gegeben, die in offiziellen Dingen ihr Herz auf der Zunge und damit der offiziellen Neutralitätspolitik unseres Landes einen schlechten Dienst erwiesen hatten. Das neuste Beispiel für diese Feststellung lieferte soeben Bundesrat Aubert im Vorfeld seiner Vorbereitungen für eine ausgedehnte Afrikareise, die er gestern Sonntag angetreten hat.

In einem Interview mit einem afrikanischen Journalisten, der Aubert in seiner Eigenschaft als Chef des Politischen Departementes und nicht als Privatmann befragte, erklärte der Bundesrat, wenn er zwischen

Schwarzafrika und Südafrika zu wählen hätte, würde er sich entscheiden auf die Seite Schwarzafrikas stellen. Diese, die schweizerische Neutralitätspolitik verletzende Erklärung ist am 9. Dezember 1978 in der «Appenzeller Zeitung» veröffentlicht worden, und erst letzte Woche liess sich Bundesrat Aubert durch seinen Pressesprecher davon distanzieren, indem er beteuerte, das Interview sei in entstellter Form wiedergegeben worden.

Abgesehen davon, dass der Wortlaut des Interviews im Politischen Departement nicht festgehalten worden ist, was zu nicht gerade schmeichelhaften Überlegungen Anlass gibt, kann nun die «Appenzeller Zeitung» glaubhaft darstellen, dass Bundesrat Aubert die

fragliche Äusserung eben doch gemacht hat. Mit anderen Worten: das offizielle Dementi scheint kein Dementi zu sein.

Aubert war schon vor seinem Amtsantritt als Bundesrat mit Interviews unangenehm aufgefallen. Aus dem damaligen Zwischenfall hat er offensichtlich keine Lehren gezogen. Er pflegt weiterhin seine private Aussenpolitik. Er wäre deshalb zu begrüssen, wenn das Parlament diese jüngste Extratour zum Gegenstand einer Aussprache machen würde, damit unser Aussenminister wieder einmal mit der offiziellen Neutralitätspolitik unseres Landes konfrontiert wird.

Walter Brülisauer

Sda, 15.1.1979

Bundesrat Aubert zu seiner Afrikamission

Zürich, 14. Jan. (sda) Vor seiner Abreise nach Westafrika hat Bundesrat Pierre Aubert am Sonntag in Zürich Kloten eine Erklärung abgegeben, in der er seinen Afrikabesuch zunächst als eine Goodwill-Mission bezeichnete. Es gehe darum, die Beziehungen zu Afrika zu intensivieren und die gegenseitigen Kenntnisse zu verbessern. An zweiter Stelle stehe die Förderung unserer wirtschaftlichen Interessen. Grösstes Gewicht messe der Bundesrat ferner der Entwicklungszusammenarbeit bei. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

«Nachdem bereits viel über meine Afrikareise gesagt worden ist, und nicht immer in dem Sinne, wie ich es mir gewünscht hätte, liegt es mir daran, kurz die Gründe dieser Reise darzulegen.

Es handelt sich zunächst um eine Goodwill-Mission; es geht darum, unser Land bekannt zu machen und die Sympathie, ja sogar die Freundschaft von Staaten zu gewinnen, die die Besonderheiten unserer Politik nicht kennen. Andererseits geht es darum, die engen Beziehungen, die wir bereits mit einigen Regierungen westafrikanischer Staaten unterhalten, zu verstärken. Parallel dazu möchten wir natürlich auch die Gedanken, Probleme und Sorgen dieser Staaten besser kennenlernen, um unsere Analyse der Ereignisse zu verbessern, die sich auf dem afrikanischen Kontinent abspielen.

Afrika liegt der Schweiz geographisch nahe, und es nimmt heute in den internationalen Beziehungen und in der Weltpolitik eine immer wichtigere Stellung ein. Es ist daher nicht ohne Nutzen, wenn sich der Vorsteher des Politischen

Departements selbst an Ort und Stelle Rechenschaft abgibt über die Entwicklungen in diesem Teil der Welt, der uns nahe ist und dennoch oft verkannt wird.

An zweiter Stelle — und das ist ganz normal — dient diese Reise dazu, *unsere Interessen zu fördern*, insbesondere in den Bereichen der Wirtschaft und des Handels, und das in Ländern, die für uns interessante Märkte darstellen. Es gibt in dem für unsere Wirtschaft so wichtigen Bereich des Exports von Gütern und Dienstleistungen gewisse Probleme zu regeln. Ich werde mich bemühen, die Sache unserer Unternehmen zu unterstützen, die im einen oder anderen der von uns zu besuchenden Länder in der Entfaltung ihrer Tätigkeit gewissen Schwierigkeiten und manchmal gewissen Hindernissen begegnen.

Schliesslich stellt die *Entwicklungszusammenarbeit* für mich einen der *Pfeiler unserer Aussenpolitik* dar, dem der Bundesrat übrigens höchste Bedeutung beimisst. Es ist daher ganz natürlich, dass ich die Leistungen und die im Gang befindlichen Projekte in diesem Teil der Welt mit eigenen Augen besichtige, sowohl um die erfolgten Fortschritte zu prüfen als auch um die schweizerischen Entwicklungshelfer zu ermutigen, die unter oft sehr schwierigen Verhältnissen eine bewundernswerte Arbeit im Dienste des Landes leisten.

In diesem Geiste werde ich mich auf eine Mission begeben, die nicht zu den leichtesten gehört und der in den Augen meiner Kollegen im Bundesrat ein ganz besonderer Wert zukommt.»

(Neue Zürcher Zeitung)

2. Nigerianisch-schweizerisches Communiqué
Communiqué commun Nigéria/Suisse

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 17. Januar 1979

SPERRFRIST: Mittwoch, 17. Januar
1979, 12.00 Uhr

Pressemitteilung

Besuch von Bundesrat Aubert in Nigeria

Gemeinsames nigerianisch-schweizerisches Communiqué

1. Auf Einladung des Bundeskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Seiner Exzellenz Generalmajor H.E.O. Adefope, stattete Bundesrat Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Nigeria vom 14. bis 17. Januar 1979 einen offiziellen Besuch ab.
2. Während seines Besuchs wurde der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements von Seiner Exzellenz Generalleutnant Olusegun Obasanjo, Chef der Militärregierung und Oberkommandierender der bewaffneten Streitkräfte der Bundesrepublik Nigeria, in Audienz empfangen. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements erklärte sich über den nützlichen und sehr interessanten Meinungsaustausch, den er mit Seiner Exzellenz dem Chef der Militärregierung führte, tief befriedigt.
3. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements führte offizielle Gespräche mit dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Generalmajor H.E.O. Adefope. Diese Gespräche fanden in einem Klima der Offenheit und der Freundschaft und in einem Geist des vollkommenen Verständnisses und der gegenseitigen Achtung statt. Die beiden Minister unterrichteten sich gegenseitig über die grossen Linien der Aussenpolitik ihrer Länder. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements legte unter anderem die besonderen Probleme dar, denen sich ein neutrales Land wie die Schweiz in

Europa und in der Welt gegenübergestellt sieht. Seinerseits unterstrich der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten die Bedeutung Afrikas in der Aussenpolitik Nigerias und hob den Wunsch Nigerias hervor, im Interesse des Weltfriedens zusammen mit anderen Nationen an der Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) mitzuwirken. Die beiden Minister pflegten anschliessend einen breiten Meinungsaustausch über die Weltprobleme, die afrikanischen Probleme, die Abrüstung sowie über die Bewegung der blockfreien Länder.

4. Die beiden Minister verurteilten die Verletzung der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Apartheid im besonderen. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements erinnerte an die vom Vertreter der Schweiz an der Weltkonferenz zur Bekämpfung der Apartheid in Lagos (22. - 26. August 1977) abgegebene Erklärung, die festhielt, dass die Apartheid nicht nur den Traditionen und den Idealen des Schweizervolkes widerspricht, sondern auch den von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Menschenrechtsprinzipien. Der schweizerische Minister anerkannte den wichtigen Beitrag Nigerias im Kampfe für die Freiheit Afrikas wie auch seine konstruktive Rolle im Rahmen der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU). Die schweizerische Aussenpolitik gegenüber dem südlichen Afrika wurde dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten dargelegt, der insbesondere vom Waffenembargo Kenntnis nahm, welches die Schweiz Südafrika seit 1963 auferlegt. Die beiden Minister gaben dem Wunsch Ausdruck, dass eine gerechte, friedliche und international annehmbare Lösung, die sich auf die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit stützt, sowohl für das Problem von Zimbabwe als auch für dasjenige von Namibia gefunden werde. Jedoch wiederholte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten die Unterstützung ganz Nigerias für den gerechten Kampf für die Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit der heldenhaften Völker Zimbabwes und Namibias, unter der Führung der Patriotischen Front bzw. der SWAPO. Er betonte ebenfalls die Tatsache, dass die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes im Falle des Scheiterns einer friedlichen Lösung die einzige noch mögliche Option wäre.

5. Der Chef der schweizerischen Diplomatie erinnerte an die ständigen Bemühungen seiner Regierung im Hinblick auf das Zustandekommen eines Systems für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in Europa und stimmte mit dem Bundeskommissar für auswärtige Angelegenheiten in der Meinung überein, dass die innerafrikanischen Streitigkeiten und Konfliktsituationen durch afrikanische Vermittlungsbemühungen und durch regionale Schlichtungsmechanismen, insbesondere diejenigen der OAU, beigelegt werden sollten.

6. Der Vorsteher des Politischen Departements unterstrich die Bedeutung, welche der Bundesrat dem Problem der Abrüstung beimisst und drückte die Hoffnung aus, dass die internationalen Bemühungen im Hinblick auf dieses Ziel intensiviert werden. Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten anerkannte, dass die Abrüstung zur Minderung der internationalen Spannungen unerlässlich ist. Er fügte bei, dass jeder Fortschritt in diesem Bereich spürbare wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe, sowohl für die entwickelten als auch für die Entwicklungsländer.
7. Die beiden Minister besprachen die Probleme des Nord-Süd-Dialogs und den Einfluss seines Ausganges auf die Zukunft der internationalen Beziehungen. Sie bedauerten, dass die Verhandlungen über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit noch nicht in allen zur Diskussion stehenden Bereichen befriedigende Resultate erbracht haben. Weitere ebenso ernsthafte wie gewissenhafte Bemühungen sind nötig, um eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung zu errichten.
8. Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten und der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements stellten fest, dass der gegenwärtige Stand der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern befriedigend sei. Die beiden Minister hoben hervor, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein wesentliches Wachstum durchgemacht hätten und dass sich für ihre Entwicklung noch ein weit offenes Feld biete. Sie prüften gewisse Probleme mit dem Ziel, ihrer Zusammenarbeit weitere Fortschritte zu gestatten.
9. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements erklärte, dass sein Besuch -der erste eines schweizerischen Aussenministers in Nigeria - den Willen der schweizerischen Regierung unterstreiche, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Ländern zu verstärken und dass er ausserdem das Interesse zeige, welches seine Regierung Nigeria und ganz Afrika entgegenbringe. Die beiden Minister gaben der Hoffnung Ausdruck, dass es dieser Kontakt erlauben werde, die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verstärken und dass er die Grundlage für eine noch engere und für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit darstelle.
10. Der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements gab seiner Zufriedenheit sowohl über den Empfang, der ihm und den Mitgliedern der

16

Delegation bereitet wurde, als auch über das Gesamtergebnis seines Besu-
ches Ausdruck. Er hat den Bundeskommissar für auswärtige Angelegenheiten
eingeladen, der Schweiz einen Besuch abzustatten. Der Kommissar hat die
Einladung mit Dank entgegengenommen. Der Besuch wird an einem beiden Sei-
ten genehmen Zeitpunkt stattfinden, der später festgelegt wird.

11. Es nahmen an den Gesprächen an der Seite des Vorstehers des Eidgenös-
sischen Politischen Departements teil:

- Botschafter Marcel Heimo, Direktor für Entwicklungszusammenarbeit und
humanitäre Hilfe, Eidgenössisches Politisches Departement
- Botschafter Jürg Iselin, Stellvertr. Direktor der Politischen Direktion,
Chef der Politischen Abteilung II (Afrika, Asien, Naher Osten, Ozeanien
und Lateinamerika), Eidgenössisches Politisches Departement
- Botschafter Emilio Moser, Chef des Afrikadienstes der Handelsabteilung,
Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
- François Nordmann, Sekretär des Vorstehers des Eidgenössischen Politi-
schen Departements
- Botschafter Walter Rieser, ausserordentlicher und bevollmächtigter
Botschafter der Schweiz in der Bundesrepublik Nigeria
- Stephan Nellen, Sekretär der Schweizerischen Botschaft, Lagos

12. Der Bundeskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wurde begleitet von

- Botschafter E.O. Sanu, Direktor der Abteilung für internationale Organi-
sationen, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Lagos
- Botschafter G.O. Ijewere, Direktor für internationale wirtschaftliche
Zusammenarbeit, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Lagos
- Botschafter L.M.S. Osabase, Direktor, Afrika-Abteilung, Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten, Lagos
- Botschafter J.D.O. Sokoya, Direktor, Abteilung für Europäische Angelegen-
heiten, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Lagos
- Dr. Abioye Awopetu, Spezialberater des Bundeskommissars für Auswärtige
Angelegenheiten, Lagos

Geschehen in Lagos, am 17. Januar 1979, in zwei Ausführungen, in französi-
scher und englischer Sprache, die beide als Originaltexte gelten.

Seine Exzellenz Generalmajor
H.E.O. Adefope
Bundeskommissar für Auswärtige
Angelegenheiten
Bundesrepublik Nigeria

Seine Exzellenz Pierre Aubert
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departements

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL

EMPARGO : Mercredi 17 janvier
1979, 12.00 h.Communiqué de presseVisite du Conseiller fédéral Pierre Aubert au Nigéria -Communiqué commun Nigéria/Suisse

1. A l'invitation du Commissaire fédéral aux Affaires extérieures, Son Excellence le Major-Général H.E.O. Adefope, le Conseiller fédéral Pierre Aubert, Chef du Département politique fédéral, a fait une visite officielle au Nigéria du 14 au 17 janvier 1979.
2. Au cours de sa visite, le Chef du Département politique fédéral a été reçu en audience par Son Excellence le Lieutenant-Général Olusegun Obasanjo, Chef du Gouvernement militaire fédéral, Commandant en chef des Forces armées de la République fédérale du Nigéria. Le Chef du Département politique fédéral s'est déclaré profondément satisfait des échanges de vues, utiles et très intéressants, qu'il a eus avec Son Excellence le Chef du Gouvernement militaire fédéral.
3. Le Chef du Département politique fédéral a eu des entretiens officiels avec le Commissaire aux Affaires extérieures, le Major-Général H.E.O. Adefope. Ces entretiens se sont déroulés dans un climat de franchise et d'amitié et dans un esprit de parfaite compréhension et d'estime mutuelle. Les deux Ministres se sont informés mutuellement des grandes lignes de la politique étrangère de leurs pays. Le Chef du Département politique fédéral a exposé, entre autres choses, les problèmes particuliers auxquels se voit confronté un pays neutre comme la Suisse, en Europe et dans le monde. Pour sa part, le Commissaire aux Affaires extérieures a souligné l'importance de l'Afrique dans la politique étrangère du Nigéria et mis en relief le désir du Nigéria de travailler avec d'autres nations au renforcement de l'Organisation des Nations Unies (ONU) dans l'intérêt de la paix mondiale. Les deux Ministres ont eu ensuite un large échange de vues sur les problèmes mondiaux, les problèmes africains, le désarmement et le mouvement des pays non-alignés.

4. Les deux Ministres ont condamné la violation des droits de l'homme à travers le monde et l'apartheid en particulier. Le Chef du Département politique fédéral a rappelé la déclaration faite par le représentant suisse à la Conférence mondiale pour l'action contre l'apartheid réunie à Lagos (22-26 août 1977), affirmant que l'apartheid est contraire non seulement aux traditions et aux idéaux du peuple suisse, mais aussi aux principes reconnus en matière de droits de l'homme par la société internationale. Le Ministre suisse a reconnu l'importante contribution du Nigéria dans la lutte pour la liberté de l'Afrique de même que son rôle constructif au sein de l'Organisation de l'Unité Africaine (OUA). La politique étrangère suisse à l'endroit de l'Afrique australe a été exposée au Commissaire aux Affaires extérieures, qui a pris note en particulier de l'embargo sur les armes imposé par la Suisse à l'encontre de l'Afrique du Sud depuis 1963. Les deux Ministres ont exprimé le voeu qu'une solution équitable, pacifique et acceptable internationalement, reposant sur l'autodétermination et l'indépendance, soit trouvée tant au problème du Zimbabwe qu'à celui de la Namibie. Toutefois, le Commissaire aux Affaires extérieures a réitéré l'appui du Nigéria tout entier au juste combat pour l'autodétermination et l'indépendance des peuples héroïques du Zimbabwe et de Namibie, sous la conduite du Front Patriotique et de la SWAPO respectivement; il a également mis en évidence le fait que la poursuite de la lutte armée serait l'unique option encore possible dans l'hypothèse d'un échec de la solution pacifique.

5. Le Chef de la diplomatie suisse, rappelant les efforts constants de son Gouvernement en vue de promouvoir un système pour le règlement pacifique des différends en Europe, est tombé d'accord avec le Commissaire aux Affaires extérieures pour estimer que les différends et situations de conflit inter-africains devraient être réglés par des efforts de médiation africains et des mécanismes régionaux de règlement, en particulier celui de l'OUA.

6. Le Chef du Département politique a mis en relief l'importance que le Conseil fédéral attache au problème du désarmement et exprimé l'espoir que les efforts internationaux tendant à ce but soient intensifiés. Le Commissaire aux Affaires extérieures a reconnu que le désarmement était indispensable pour réduire les tensions internationales; il a ajouté que tout progrès dans ce domaine présente des avantages économiques notoires tant pour les pays développés que pour les pays en développement.

7. Les deux Ministres ont discuté des problèmes du dialogue Nord-Sud et de l'influence de son issue sur l'avenir des relations internationales. Ils ont regretté que les négociations sur la coopération économique internationale n'aient pas encore produit de résultats satisfaisants dans tous les domaines en discussion. D'autres efforts aussi sérieux et consciencieux sont encore nécessaires pour établir un ordre économique international équitable.
8. Le Commissaire aux Affaires extérieures et le Chef du Département politique fédéral ont constaté que l'état présent des relations bilatérales entre les deux pays était satisfaisant. Les deux Ministres ont relevé que les relations économiques entre les deux pays avaient connu une croissance substantielle et qu'un large champ était encore ouvert à leur développement; ils ont examiné certains problèmes aux fins de permettre à leur coopération de progresser.
9. Le Chef du Département politique fédéral a déclaré que sa visite - la première d'un Ministre des Affaires étrangères de Suisse au Nigéria - soulignait la volonté du Gouvernement suisse d'accroître la compréhension mutuelle entre les deux pays et qu'elle démontrait également l'intérêt que porte son Gouvernement au Nigéria ainsi qu'à l'Afrique entière. Les deux Ministres ont exprimé l'espoir que ce contact permettrait de resserrer encore les relations traditionnellement amicales entre les deux pays et jetterait les bases d'une coopération future encore plus étroite et bénéfique pour les uns et les autres.
10. Le Chef du Département politique fédéral a fait part de sa satisfaction, à la fois de l'accueil qui lui a été réservé, ainsi qu'aux membres de sa délégation, et du résultat d'ensemble de sa visite. Il a invité le Commissaire aux Affaires extérieures à faire une visite en Suisse. Le Commissaire a accepté l'invitation avec reconnaissance. La visite aura lieu à une date convenant aux deux parties et qui sera fixée ultérieurement.
11. Ont pris part aux discussions aux côtés du Chef du Département politique fédéral :
- M. Marcel Heimo, Ambassadeur, Directeur de la Coopération au développement et de l'Aide humanitaire, Département politique fédéral

- M. Jürg Iselin, Ambassadeur, Directeur-suppléant de la Direction politique, Chef de la Division politique II (Afrique, Asie, Moyen-Orient, Océanie et Amérique latine), Département politique fédéral
- M. Emilio Moser, Ambassadeur, Chef du Service Afrique de la Division du Commerce
- M. François Nordmann, Secrétaire du Chef du Département politique fédéral
- M. Walter Rieser, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de Suisse en République fédérale du Nigéria
- M. Stephan Nellen, Secrétaire, Ambassade de Suisse, Lagos.

2. Le Commissaire aux Affaires extérieures était accompagné de

- M. E.O. Sanu, Ambassadeur, Directeur, Division des Organisations internationales, Ministère des Affaires extérieures, Lagos
- M. G.O. Ijewere, Ambassadeur, Directeur, Division de la Coopération économique internationale, Ministère des Affaires extérieures, Lagos
- M. L.M.S. Osabase, Ambassadeur, Directeur, Division Afrique, Ministère des Affaires extérieures, Lagos
- M. J.D.O. Sokoya, Ambassadeur, Directeur, Division des Affaires européennes, Ministère des Affaires extérieures, Lagos
- Dr. Abioye Awopetu, Assistant spécial du Commissaire aux Affaires extérieures.

Fait à Lagos, le 17 janvier 1979, en deux exemplaires en langue française et anglaise, faisant tous deux également foi.

Son Excellence le Major-Général
H.E.O. Adefope, Commissaire
fédéral aux Affaires extérieures
République fédérale du Nigéria

Son Excellence M. Pierre Aubert
Chef du Département politique
fédéral de Suisse

3. Pressekommentare
 Commentaires de presse

Valais Demain 19.1.1999

En marge du voyage de M. Pierre Aubert AU CHOIX !

En raison du voyage de M. Pierre Aubert en Afrique occidentale, bien des questions et des critiques surgissent déjà en cette paisible Suisse, peu habituée aux déplacements spectaculaires d'un ministre des affaires étrangères. D'autant que M. Aubert a pris la curieuse initiative de visiter cinq pays africains: le Nigeria, le Cameroun, la Côte-d'Ivoire, la Haute-Volta, et le Sénégal... tous pays de couleur qui ne seraient guère dignes de l'intérêt helvétique, foi d'échanges commerciaux !

A ce propos, je rappellerai d'abord à celles et ceux qui n'ont de soucis que pour les sous que le Nigeria est désormais le plus important partenaire commercial de la Suisse en Afrique (il devance l'Afrique du Sud, n'en déplaise à de gros industriels qui ont surtout misé sur la politique de l'apartheid pour mieux calculer leurs chances de profit)... Mais je ne veux pas revenir sur ce chapitre qui me laisse volontiers amer.

Le voyage de M. Pierre Aubert m'intéresse à un autre point de vue: comment la Suisse, sous prétexte de neutralité, pourra-t-elle toujours éviter de préciser ses options politiques ?

A l'heure où j'écris ces lignes, j'ignore encore les résultats des entretiens de Lagos, au Nigeria... je me contente donc d'exprimer ici une opinion plus générale du problème.

J'avoue d'emblée que je me sens souvent agacé, sinon choqué, par toute une attitude helvétique qui se voudrait neutre à l'infini des astuces, pour assurer plus les avantages d'une balance commerciale. Bref, je m'accommode mal d'une diplomatie qui voudrait constamment concilier l'inconciliable, non pas pour travailler à l'installation

d'une paix mondiale, mais pour ne point compromettre des échanges économiques. Je me doute bien que ces propos n'ont rien de nuancé... mais je n'aime pas ces nuances qui souhaiteraient à la fois tirer bénéfice des relations avec l'Afrique du Sud et d'une discussion avec le Nigeria.

Le monde actuel s'affronte effroyablement aux mille coins de la terre, du Cambodge au Chili, et sur tous les océans (océan Pacifique y compris !). Sommairement dit, deux grandes idéologies ne cessent de se combattre par mers et par nations interposées: une idéologie d'inspiration «libérale» et une idéologie d'inspiration «marxiste». Et l'une l'emportera finalement sur l'autre, pour le bonheur ou pour le malheur de tous.

Dans ce contexte, je ne puis me satisfaire d'un statut de neutralité, qui me semble presque une volonté d'hypocrisie, un acharnement d'égoïsme. Je prends position et ne me réfère plus à une tradition dépassée par les événements...

En Afrique, je ne me range pas aux côtés de la Rhodésie ni aux côtés de l'Afrique du Sud. Pour empêcher que toute l'Afrique ne devienne un jour «satellite» de Pékin ou de Moscou, il faut commencer par ne plus soutenir des régimes dont les excès et l'anachronisme conduiront inévitablement à la révolution, au déclin de l'Occident. Aussi n'hésiterai-je point à commettre un esclandre à l'escale de Lagos, à dénoncer la politique d'apartheid... quitte à perdre un marché fructueux. Car il ne s'agit plus de marchander un contrat plus ou moins fabuleux, il s'agit de préparer des lendemains plus ou moins funestes (j'ouvre une parenthèse et j'invite une fois de plus le lecteur à lire *Le déclin du courage* de Soljénitsyne dont l'appel an-

goissé mérite d'être entendu)...

Le voyage de M. Pierre Aubert en Afrique me fait également songer à l'éventualité d'une adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies. Pour ma part, j'en suis partisan, car je demeure persuadé que l'ONU, malgré l'apparente inutilité de ses palabres, malgré ses décisions parfois déconcertantes, consternantes, demeure une institution qui peut différer, qui peut même éloigner bien des conflits.

La Suisse ne peut toujours se recroqueviller à l'écart du monde, protégée par ses montagnes, par sa réputation de sécurité sociale, de réussite économique, de stabilité politique... car elle ne pourra plus échapper à une guerre qui ne serait plus «localisée». Neutre ou pas neutre, elle sera forcément prise dans la tourmente, elle ne sera pas épargnée par quelque intervention quasi miraculeuse du sens de l'Histoire. Aujourd'hui, il n'y a de place à l'écart que pour les cimetières... C'est triste à le constater, mais c'est ainsi.

Si le voyage de M. Pierre Aubert, par son caractère surprenant (une quinzaine de jours en Afrique noire !), apprendait à la Suisse qu'il n'est plus possible de ne plus choisir, il serait véritablement porteur d'espérance. Car il est temps de s'apercevoir que plus personne ne peut encore se dispenser d'annoncer son choix entre deux camps gigantesques qui ne tolèrent aucune forme de non-alignement.

Toutes ces considérations me distancent fort du but relativement limité du voyage de M. Pierre Aubert... mais je voulais tant insister sur un fait: en ce dernier quart du vingtième siècle, il n'y a plus de postes d'observation, il n'y a que des champs de bataille. Et Berne, auprès de l'univers, n'est que fétu de paille !

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.1.1979

Die Schweiz zeigt Flagge in Afrika

Die aktivere Außenpolitik des Bundesrats Aubert ist zu Hause nicht unangefochten / Von Wolfram van den Wyenberg

ZÜRICH, im Januar Nicht nur von guten Wünschen, sondern auch von herber Kritik begleitet hat der Schweizer Außenminister, Bundesrat Pierre Aubert, eine zwei Wochen dauernde Reise in fünf Länder Westafrikas angetreten: Nigeria, Kamerun, Obervolta, Elfenbeinküste und Senegal. Der erste Besuch eines Schweizer Außenministers in Schwarzafrika ist für die einen eine längst fällige Demonstration, daß auch die Schweiz die zunehmende weltpolitische Bedeutung dieses Erdteils erkannt hat. Zugleich soll dieser Besuch gesehen werden im größeren Zusammenhang des Bemühens um eine stärkere Öffnung und Aktivierung der Schweizer Außenpolitik, die schon von Auberts Vorgängern eingeleitet worden war.

Die anderen, die Kritiker, haben nicht nur Anstoß genommen an einer ihrer Meinung nach mit der Schweizer Neutralität unvereinbaren undiplomatischen Äußerung des Außenministers, mit der er kurz vor seiner Abreise in einem Zeitungsinterview Sympathie für den schwarzafrikanischen Standpunkt in der Auseinandersetzung mit der Apartheid-Politik Südafrikas bekundet hatte. Ihnen, als deren Wortführer immer wieder — als innen- und außenpolitischer Neinsager gegen alles aus Bern Kommende — der einflußreiche Schweizerische Gewerbeverband auftritt, paßt vielmehr die ganze Richtung nicht, die von Aubert noch deutlicher als von seinen Vorgängern eingeschlagen worden ist.

Wenn es nach ihnen ginge, wäre es tatsächlich so, wie man im Ausland oft zu wissen behauptet: es gebe keine schweizerische Außenpolitik, jedenfalls keine, die diesen Namen verdiene. Dann würde das Klischee weiter gelten, daß die auf ihrer Neutralität beharrende Eidgenossenschaft sich mit einer Zuschauerrolle im Welttheater und mit dem Erteilen von Zensuren an dessen Akteure zufriedengebe, daß ihre Diplomatie nur gelegentlich und vor allem dann aktiv werde, wenn es um die Wahrung ihrer vornehmlich außenwirtschaftlichen Interessen gehe. Erstaunlich viele Schweizer, auch solche, die

sich als fortschrittlich und weltoffen bezeichnen und wirtschaftliche, kulturelle und soziale Außenkontakte als selbstverständlich ansehen, sind in ihrer Einstellung zur Außenpolitik immer noch höchst konservativ, von der Igelmentalität aus der Zeit des letzten Krieges geprägt. Für sie gilt auch heute noch die Mahnung ihres Nationalheiligen Niklaus von Flüe: „Macht den Zaun nicht zu weit; mischt euch nicht in fremde Händel!“

Darum hat der seit knapp einem Jahr als Chef des Politischen Departements für die Außenpolitik verantwortliche Bundesrat Aubert es trotz der ihm eigenen kumulierten Eloquenz des Advokaten und des Romands, mit der er sich allerdings auch schon manches Mal den Mund verbrannt hat, nicht leicht, den von ihm verfolgten Kurs in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Er — und mit ihm etliche Parlamentarier und Publizisten — ist der Meinung, daß sich die Schweiz in einer zunehmend enger verflochtenen Welt nicht isolieren dürfe. Sie habe nicht nur eigene Interessen zu wahren, sondern auch aufgrund ihrer humanitären Tradition und ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Stärke etwas beizutragen.

Aubert bestreitet ein Abweichen vom bewährten Kurs seiner Vorgänger, die während ihrer Amtszeit auch schon der Kritik ausgesetzt waren, als sie neben den sakrosankten Grundsatz der immerwährenden Neutralität als weitere Prinzipien schweizerischer Außenpolitik die Begriffe Solidarität, Universalität, Disponibilität und aktive Teilhabe stellten. Er meint indessen, die beschleunigten Wandlungen auf der weltpolitischen Szene bedingten auch für die Schweiz eine Anpassung der Methoden. Dafür bedient er sich vor allem einer intensiven Reisediplomatie: in seinem ersten Amtsjahr war er bereits in Wien, Rom, Straßburg und Budapest, bevor er jetzt auf seine Afrika-Reise ging; eine schon angesetzte Visite in Bonn wurde wegen beiderseitiger Termenschwierigkeiten vertagt. Umgekehrt empfing er in der Schweiz die Außenminister Jugoslawiens, Rumäniens, Polens, Frankreichs, Hollands und Israels.

Ungeachtet ihres Vorwurfs, er lasse sich von falscher Betriebsamkeit, Profilierungssucht und den Ambitionen einer Großmachtspolitik im Westentschenformat leiten — obwohl in Wirklichkeit der gesamte Bundesrat als Regierungskollegium die Richtlinien der Außenpolitik bestimmt —, vertritt Aubert die Ansicht, daß Kleinstaaten sich in der von den Supermächten beherrschten Welt nur behaupten könnten, wenn sie selbst eine glaubwürdige Politik trieben und dabei die aktive Zusammenarbeit suchten, vor allem mit in ähnlicher Lage befindlichen Staaten. Darum plädiert er wie schon sein Vorgänger Graber für die Aufwertung des Europarats und für die Erhaltung des Gesprächsforums, das mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geschaffen wurde. Darum setzt er auch auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den anderen Neutralen und — von Fall zu Fall — mit den blockfreien Staaten, die sich bei der KSZE, im Europarat und in manchen anderen internationalen Organisationen bereits bewährt habe.

Darum betreibt er auch mit beträchtlichem persönlichem Einsatz den vollen Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen, deren „unpolitischen“ wirtschaftlichen, humanitären und technischen Unterorganisationen sie bereits angehört. Dieser volle Beitritt bedarf aber, was in keinem der anderen Mitgliedstaaten notwendig war, in der Schweiz der Billigung durch eine Volksabstimmung. Deren Datum steht noch in den Sternen; es kann nach den im kommenden Herbst fälligen Parlamentswahlen frühestens für Ende 1980 angesetzt werden. Auf ein Ja der Mehrheit kann die Regierung nur rechnen, wenn sie bis dahin die Mehrheit der Bürger davon überzeugen kann, daß ein Mitmachen in der Weltorganisation trotz der Mehrkosten mehr Nutzen bringen würde als ein Abseitsstehen, das heute noch weithin nicht als Nachteil, sondern als „splendid isolation“ empfunden wird. Ob Bern das schafft, erscheint heute noch als höchst ungewiß. Im Gewerbeverband wetzt man bereits die Messer, um die Regierung auf den Weg einer Politik zurückzuzwingen, die wieder den Namen „schweizerisch“ verdiene.

24 heures 23.1.1992

La Suisse et le monde

Le conseiller fédéral Pierre Aubert n'est pas parti qu'accompagné de bons vœux, pour son voyage de deux semaines dans cinq pays de l'Ouest africain, mais aussi d'âpres critiques. La première visite d'un ministre suisse des Affaires étrangères en Afrique noire est, pour les uns, une démon-

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

tration — qui aurait dû être faite depuis longtemps — de ce que la Suisse a reconnu l'importance politique croissante de cette partie de la planète. Parallèlement, elle devrait être considérée dans le cadre des efforts généraux faits pour une plus grande ouverture, une « activation » de la politique étrangère helvétique, qui a déjà été amorcée par les prédécesseurs de M. Aubert.

Les autres, les critiques, n'ont pas seulement été choqués par une déclaration peu diplomatique — et jugée par eux incompatible avec la neutralité — faite peu avant son départ par M. Aubert. Dans une interview à un journal, le ministre avait témoigné de la sympathie pour le point de vue de l'Afrique noire dans la controverse sur la politique d'apartheid en Afrique du Sud. Pour ces critiques donc — dont l'un des porte-paroles patentés est l'influente Union suisse des arts et métiers, « Neinsager » à tout ce qui vient de Berne — c'est bien davantage la tendance générale qui ne convient pas, tendance encore plus fortement marquée par Aubert que par ses prédécesseurs.

S'il en allait selon leurs vœux, alors la situation refléterait effectivement ce que l'on prétend souvent à l'étranger : il n'y a pas de politique étrangère suisse, en tout cas pas de politique qui soit digne de ce nom. Et le cliché continuerait à avoir cours selon lequel la Confédération, ancrée dans sa neutralité, se contente d'un rôle de spectateur ou de censeur dans le théâtre mondial, que sa diplomatie n'est active qu'occasionnellement et avant tout lorsqu'il s'agit de préserver ses intérêts économiques.

Curieusement, beaucoup de Suisses qui se qualifient eux-mêmes de progressistes et d'ouverts au monde, qui considèrent les contacts extérieurs culturels et sociaux comme allant de soi, se montrent hautement conservateurs en matière de politique étrangère, marqués par la mentalité du hérisson qui a prévalu durant la dernière guerre. Pour eux, la formule de leur saint national, Nicolas de Flûe, vaut encore : « N'élargissez pas trop la clôture, ne vous mêlez pas des affaires des autres. »

C'est pourquoi le chef du Département politique, en fonctions depuis un an, a de la peine à défendre la ligne suivie devant l'opinion publique, en dépit de l'éloquence cumulée de l'avocat et du Romand qu'il y met, et avec laquelle il s'est d'ailleurs plusieurs fois brûlé les lèvres. Aubert — et avec lui nombre de parlementaires et de journalistes — est d'avis que la Suisse ne peut rester isolée dans un monde étroitement interdépendant. Elle n'a pas seulement des intérêts à préserver, mais aussi quelque chose à apporter compte tenu de sa tradition humanitaire et de sa force financière. — (Wolfram van den Wyenberg)

Herausgegriffen**Auberts falsche Rücksicht**

«Die beiden Minister verurteilten die Verletzung der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Apartheid im besonderen.» So heisst es kurz und bündig in dem gemeinsamen Communiqué, das die Unterschriften der Aussenminister Nigerias und der Schweiz, Adefobe und Aubert, trägt. Bundesrat Pierre Aubert hat dann noch hinzugefügt, «dass die Apartheid nicht nur den Traditionen und den Idealen des Schweizervolkes widerspricht, sondern auch den von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Menschenrechtsprinzipien». Mehr hatte der schweizerische Aussenminister offenbar anlässlich seines offiziellen Besuches in diesem einwohnerreichsten afrikanischen Land zur Situation der Menschenrechte in der Welt im allgemeinen und in Afrika im besonderen nicht zu sagen.

Was ist davon zu halten? Zunächst sei klargestellt, dass auch wir das System der Apartheid ablehnen – so weit, so gut oder so schlecht. Stellt indessen das südafrikanische Regime die einzige erwähnenswerte Verletzung der Menschenrechte in der Welt oder auch nur in Afrika dar? Wohl kaum. Warum hat unser Aussenminister bei dieser Gelegenheit nicht darauf hingewiesen, dass das Schweizervolk ebenfalls tief besorgt sei z. B. über das unmenschliche Regime eines Idi Amin mit seinen inzwischen weltweit bekannt gewordenen Massakern oder über ähnliche Vorgänge in Äthiopien? Oder warum hat er nichts gesagt über die kubanisch-sowjetische Einmischung im schwarzen Kontinent, die genau so «anerkannten Prinzipien der

internationalen Gemeinschaft» widerspricht?

Man wird uns vielleicht entgegenhalten wollen: Das konnte er doch nicht, von wegen internationaler Höflichkeit und von wegen Neutralität. Wir sind hier allerdings ganz anderer Ansicht. Wenn unser Aussenminister schon bestrebt ist, die Beziehungen zu sogenannten blockfreien Ländern zu intensivieren, so sollte dies jedenfalls nicht um den Preis geschehen, dass wir deren weltpolitische Einäugigkeit übernehmen. Wenn man es schon unternimmt, fremde Länder und ihre Ansichten kennen zu lernen, dann sollte man sich nicht scheuen, auch die eignen Ansichten bekanntzugeben. Uns scheint hier jedenfalls eine grosse Chance verpasst worden zu sein, nämlich in der «neutralistischen» Sicht der Dinge die Sicht eines wirklich neutralen Staates mindestens zur Seite zu stellen. Und diese wirklich neutrale Sicht, wie wir sie vertreten sehen möchten von unseren diplomatischen Emissären, sieht Menschenrechtsverletzungen nicht nur dort, wo Weisse über Farbige herrschen, sondern eben auch dort, wo Farbige andere Farbige drangsaliieren und massakrieren.

Wenn man von Menschenrechten spricht, dann sollte man keine falschen diplomatischen Rücksichten nehmen – oder dann lieber ganz schweigen. So haben wir uns die viel zitierte «Dynamisierung» unserer Aussenpolitik jedenfalls nicht vorgestellt. Die Sache wird zweifellos in der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates und wohl auch im Plenum noch zu reden geben. Umso mehr, als die hier kritisierte Episode ja beileibe nicht das einzige ist, was auf dieser mit viel publizistischem Aufwand aufgezogenen Afrikareise einigermaßen schief gelaufen ist.

Nationalrat Prof. Walther Hofer, Stettlen B⁷

Abgerahmte Opportunistenmilch

Endlich hatte man ein offenes Wort eines schweizerischen Aussenministers über die südafrikanische Apartheid-Politik gehört – im gemeinsamen nigerianisch-schweizerischen Communiqué anlässlich der Afrika-Rundreise Pierre Auberts – da faucht schon ein helvetischer Tiger. Vor dem Handels- und Industrieverein von Burgdorf beklagte SVP-Nationalrat Walther Hofer die «einseitige Optik» in diesem Communiqué, da gleichzeitig die Schreckenstaten eines Idi Amin oder die Interventionen Moskaus und Havannas in Afrika nicht erwähnt worden seien. In einem Interview präziserte Hofer dann, natürlich sei «die Apartheid-Politik Südafrikas zu verurteilen», aber unsere «neutrale Sicht» könne damit nicht verständlich gemacht werden.

Abgesehen davon, dass ein gemeinsames Communiqué immer von zweien unterschrieben werden muss und ein solches Papier kaum geeignet ist, darin die Rundumsicht der schweizerischen Aussenpolitik zu formulieren, schmeckt die Mahnung Hofers, leiser zu treten, wie abgerahmte Opportunistenmilch. Auch Walther Hofer hat zwar gemerkt, dass

auf Dauer mit den Regimes in Südafrika, Rhodesien oder Iran keine weltpolitische Stabilität garantiert ist; darum scheut er sich, offen für sie einzutreten. Andererseits scheint ihm heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen, sich klar und eindeutig von ihnen zu distanzieren. Mit dieser entfetteten Opportunistenmilch trinkt er seine Zuhörer aus Handel und Industrie, für die jedes Regime gut ist – auch dasjenige in Moskau –, wenn sich dort Geld verdienen lässt.

Das politische Erdbeben in Persien dürfte die Augen dafür geöffnet haben, dass das «neutrale» Flattieren von Diktaturen um einiger lukrativer Geschäfte willen das Ansehen unseres Landes, das für unsere Exporte so wichtig sein kann wie der Frankenkurs, schädigt. Wer mit Machthabern des Schreckens kollaboriert, bleibt für alle Zukunft gezeichnet.

Es braucht, angesichts der Dutzenden von Handels- und Industrievereinen in unserem Land, mehr Mut für einen schweizerischen Aussenminister, die Apartheid Südafrikas öffentlich zu verurteilen als sich mit einem Idi Amin oder einem Fidel Castro anzulegen. Bleibt zu hoffen, dass sich Pierre Aubert seinen Mut nicht abkaufen lässt.

Richard Müller

M. Pierre Aubert en Afrique

Le voyage du conseiller fédéral Aubert en Afrique illustre la volonté du Conseil fédéral de pratiquer une politique étrangère dynamique en affirmant la présence suisse sur un continent dont l'importance politique et économique ne fera que croître. Cette ouverture nous réjouit et laisse espérer des développements ultérieurs dans d'autres parties du monde où l'image de notre pays est singulièrement ternie. Est-il besoin de le relever, cette diplomatie ne recueille pas que des éloges dans l'opinion publique et dans certains milieux politiques conservateurs.

Aux raisons purement politiques invoquées notamment par les milieux nationalistes (Mouvement républicain, Action nationale, milieux des arts et métiers) il faut ajouter des raisons psychologiques et historiques découlant de la façon dont l'école et la presse ont présenté l'histoire de notre pays et la conception rétrograde de ceux qui estimaient que la politique étrangère était un domaine réservé du Conseil fédéral.

Trop longtemps, ni le Parlement, ni l'opinion publique n'ont été associés à l'élaboration de la politique étrangère. Celle-ci ne donnait pas lieu à débat. Les milieux « patriotards » continuaient de se référer à Nicolas de Fluë pour nous inciter à ne pas nous occuper de nos voisins.

Lors d'un séminaire auquel j'avais assisté, le ministre Languetin à l'époque à la Division du commerce, déclarait avec un aplomb qui m'avait surpris : « La Suisse n'a pas de politique étrangère, elle a seulement une politique économique ». Cette opinion est d'ailleurs partagée par les critiques les plus virulents de la société suisse.

Les articles présentant le déplacement du conseiller fédéral Aubert en Afrique ont quelques fois confirmé cette vision dans la mesure où ils insistaient en particulier sur l'importance économique du Nigéria devenu notre premier partenaire en Afrique avant même l'Afrique du Sud.

Si l'ouverture de la diplomatie suisse à l'Afrique aujourd'hui, à l'Amérique latine demain se limitait à un déplacement de commis voyageurs pour nos multinationales, elle ne répondrait pas à ceux qui ont de notre pays et de sa vocation une conception plus élevée.

Sans un réexamen de nos relations avec l'ensemble du tiers monde, un accroissement sensible de l'aide financière aux pays les plus pauvres, un développement de la coopération technique, un engagement accru dans le dialogue Nord-Sud où nous ne défendons pas une position originale, nos efforts demeureront vains et l'image de la Suisse opulente et égoïste, exploiteuse de la misère du tiers monde demeurera.

En raison du conservatisme de l'opinion publique et d'une information insuffisante, il ne sera pas facile de faire évoluer les mentalités dans notre pays.

MM. Spühler et Graber se sont heurtés à la résistance du Parlement et de l'opinion publique pour accomplir des petits pas dans la voie d'une diplomatie plus ouverte. Pierre Aubert en poursuivant dans cette voie, en accélérant le rythme afin de se mettre à l'heure, se réserve malheureusement aussi des déconvenues. Aussi ceux qui avec raison déplorent qu'il ait fallu attendre 1979 pour découvrir l'émergence de l'Afrique doivent contribuer à leur manière à entraîner derrière eux une opinion publique méfiante en se souvenant que le Suisse demeure malheureusement, en cette matière surtout, un conservateur.

Lucien Rosset

**BUNDESRAETE LIEGEN
SICH IN DEN HAAREN****BITTERE ANGRIFFE
AUS DEM PARLAMENT****R I E S E N K R A C H U M A U B E R T !**

BERN/ZÜRICH — Während unser Aussenminister Aubert an der Elfenbeinküste für die Interessen der Schweiz schwitzt, rüsten seine Gegner daheim zum Kampf. Pierre Aubert, so lautet die Losung, habe die Benimm-Regeln für Bundesräte gröblich verletzt: Er war zu lange im Ausland und sprach zu freimütig mit seinen Gastgebern — «Todsünden» für ein Schweizer Regierungsmitglied!

Schon vor der Abreise Auberts war Feuer im Dach. In einem Interview mit einem nigerianischen Journalisten gab der amtsjüngste Bundesrat offen zu, keinerlei Sympathien für das rassistische Südafrika zu haben. Resultat: ein Riesenlärm.

In Nigeria trat Aubert

prompt zum zweitenmal ins Fettnäpfchen. Im Schlusscommuniqué verurteilte er ausdrücklich die Apartheidpolitik Südafrikas. Und jetzt war der Krach perfekt.

Im Bundesrat ärgerte sich EMD-Chef Gnägi: «Es geht doch einfach nicht, dass ein Bundesrat — ausser in seinen Ferien — vierzehn Tage lang offiziell im Ausland ist!»

Und Justiz-Chef Kurt Furgler, schon immer etwas eifersüchtig auf den dynamischen Aussenminister, verlangte Konsequenzen: «Wir müssen über die ganze Aussenpolitik einmal reden und klare Richtlinien aufstellen!»

Dabei blieb es natürlich nicht. Im verschneiten Klosters regte sich gestern der freisinnige Nationalrat Otto Fischer gegenüber BLICK auf: «Ich frage mich, was Aubert in Afrika zu suchen

hat. Der sollte gescheitert daheim bleiben und arbeiten, statt herumzugondeln und unvorsichtig zu schwatzen!»

Der Aussenpolitik-Experte im Nationalrat, SVP-Mann Walter Hofer, sagte es etwas höflicher: «Ich frage mich, ob diese Afrika-Safari angesichts der Krise im Iran richtig ist. So lange sollte ein Bundesrat sowieso nicht weg sein — schliesslich muss er die Entscheide seiner Kollegen mittragen!»

Bundespräsident Hans Hürlimann stellte sich gestern schützend vor den EPD-Chef: «Die Reise war vom Gesamtbundesrat beschlossen.» Und Pierre Aubert an der feuchtheissen Elfenbeinküste sinnierte: «Ich verstehe das nicht — Ich bin doch für die Interessen der Schweiz hier unten!»

ZÜRICH — Mit seiner Afrikareise ist Pierre Aubert gleich in zwei Messer gelaufen: in das seiner Kritiker — und in sein eigenes.

Ich war eine Woche lang mit unserem Aussenminister in Westafrika und weiss: Das letztere ist das schlimmere.

Aubert ist das Opfer seiner eigenen nervösen Dynamik geworden. Gegen den Rat seiner Mitarbeiter hat er auf dem Monsterprogramm — 5 Länder in 14 Tagen, bei mörderischer Hitze und in vorwiegend schlechten Hotels — bestanden.

Bei dieser Parforce-Tour sind deshalb wichtige Dinge zu kurz gekommen. Das war schlimm.

Die Schweizer Entwicklungshelfer in Kamerun zum Beispiel laufen seit Monaten an der unbeweglichen Bürokratie dieses Landes auf, wenn sie ihre Projekte vorantreiben wollen.

Vor lauter Terminen hatte unser Bundesrat keine Zeit, gründlich mit den eigenen Landsleuten zu re-



den, um nachher beim Staatschef auf den Tisch zu klopfen.

Sind solche Reisen überhaupt nötig?

Auf die Gefahr hin, dass Sie mich für naiv halten: ja.

Ein offenes Wort auf höchster Ebene erspart häufig monatelange und weitaus teurere diplomatische Aktionen. Und wenn es nur um unserer Exportindustrie willen wäre: Die Schweiz ist nicht allein in der Welt. Sie ist abhängig — auch von den Entwicklungsländern. Sie muss die Beziehungen pflegen.

Eine «Safari» war die Aubert-Reise nun wirklich nicht.

Aber Aubert hat geglaubt, er könne auf einen Schlag gutmachen, was seine Vorgänger seit Jahrzehnten vernachlässigt haben.

Er hat vielleicht zu hohe Erwartungen geweckt. Er war zu dynamisch, zu offen, zu spontan, zu sympathisch und zu wenig steif wie seine Herrenreiter-Vorgänger à la Petitpierre und Graber.

Wenn das wirklich ein Fehler war, dann wünsche ich mir mehr Bundesräte, die mehr solche Fehler machen.

Karl Lüönd

SPS: Erstaunt und bestürzt

SPI. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist erstaunt und bestürzt über die Erklärungen aus Parlamentarierkreisen und aus der Mitte des Bundesrates zur Afrikareise des Chefs des Eidg. Politischen Departementes, Bundesrat Pierre Aubert. Dieses Verhalten ist ein schwerer Verstoß gegen die Interessen unseres Landes und führt dazu, die Stellung der Schweiz im Ausland zu schädigen. Das um so mehr, als die Afrikareise des Ausenministers noch nicht abgeschlossen ist.

Die SP Schweiz ist insbesondere auch erstaunt über diese Reaktionen, als keinerlei Einwände gegen die Reise vorgetragen wurden anlässlich der Sitzung der aussenpolitischen Kommission des Na-

tionalrates am 14. November 1978. An dieser Sitzung hatte Bundesrat Aubert den Beschluss des Bundesrates über diese Afrikareise der Kommission bekanntgegeben.

Die SP Schweiz bedauert, dass der Geist der Kollegialität in der Regierung, der bislang von den bürgerlichen Parteien ebenfalls stets hochgehalten worden ist, hier in keiner Weise eingehalten wurde, indem Bundesräte ihre Minderheitsmeinung im Kollegium nun an die Öffentlichkeit tragen.

Die SP Schweiz weist den Vorwurf, es handle sich hier um eine «Safari», in aller Schärfe zurück. Dieser Vorwurf entbehrt jeder nüancierten Wertung über einen aussenpolitischen Vorgang, der vielmehr eine wichtige Mission im Dienste der schweizerischen Interessen in einem

Kontinent ist, der bislang von der Schweiz eher vernachlässigt wurde. Das Image der Schweiz in diesem Teil der Welt war dann bislang auch entsprechend angeschlagen.

Die Verurteilung der südafrikanischen Apartheidpolitik im schweizerisch-nigerianischen Abschlusscommuniqué ist keineswegs Ausdruck der persönlichen Meinung von Bundesrat Pierre Aubert. Sie ist vielmehr eine Bestätigung der offiziellen schweizerischen Haltung in dieser Frage seit der Konferenz von Teheran im Jahre 1966. Die SP Schweiz begrüßt die aussenpolitische Offensive des Bundesrates und unterstützt alle Bestrebungen, die zu einer besseren Respektierung der Forderungen der Menschenrechtskonvention in der internationalen Staatenwelt führen.

Voix de la Romandie

Ce n'est pas un safari

Pierre Aubert est en Afrique. Il parvient au terme d'un voyage officiel dans cinq pays du continent noir fort différents les uns des autres.

C'est la première fois qu'un ministre des affaires étrangères suisses s'absente aussi longtemps et accomplit un périple aussi varié. En général, les visites officielles durent trois jours. Parfois une semaine si elles ont lieu en un Etat particulièrement éloigné. Après l'ouverture diplomatique de Pierre Graber sur le Moyen-Orient et la Chine, naguère, le nouveau chef du Département politique fédéral, sûr de l'aval du Conseil fédéral, s'est engagé dans un déplacement long et délicat.

Les critiques n'ont pas épargné M. Graber lors de sa visite au Caire. On sait aujourd'hui tout le bénéfice que la Suisse a retiré de ce geste. Le monde arabe a pu se familiariser avec le style de la neutralité helvétique et en comprendre le sens et la portée. Berne a pu peaufiner ses analyses sur cette importante partie du monde et corriger dans une certaine mesure son attitude à l'endroit d'une région économiquement et politiquement bouleversée.

On n'a pas dû attendre longtemps non plus les résultats du voyage en Chine de Pierre Graber. Les relations entre Pékin et Berne sont au beau fixe et des contacts ministériels et diplomatiques fréquents ont eu lieu. Notre économie et notre industrie sont les dernières à s'en plaindre.

Or, ces deux exemples paraissent ne pas suffire à convaincre certains concitoyens de l'extrême opportunité du voyage de Pierre Aubert en Afrique. La raillerie éclate plus souvent qu'à son tour. «C'est un safari, une tournée folklorique», lit-on dans divers organes de presse.

Eh bien, non! Ce n'est pas un safari. Le

chef du Département politique remplit, sur sol africain, le rôle même pour lequel il a été élu. Savoir maintenir avec l'étranger les contacts indispensables pour assurer l'indépendance et la prospérité de la Suisse et promouvoir la paix.

Successivement au Nigéria, au Caméroun, en Haute-Volta, en Côte d'Ivoire et au Sénégal, la délégation officielle helvétique s'est attelée à la lourde tâche de faire comprendre la Suisse à des interlocuteurs fort divers et de tenter de comprendre des nations très disparates.

Le continent noir n'est pas un monolithe. La région occidentale visitée par Pierre Aubert non plus. La relative aisance du Nigéria contraste fortement avec la pauvreté de la Haute-Volta. Certaines richesses de la Côte d'Ivoire n'ont pas cours au Sénégal. Les régimes politiques diffèrent.

A chaque occasion, le chef du Département politique fédéral et ses collaborateurs ont dû adapter leur mission aux circonstances locales. A chaque fois, ils ont dû se mettre au diapason de leurs partenaires noirs. Se renseigner et renseigner, inspirer confiance sans complaisance, donner du relief à la neutralité, ouvrir – avec beaucoup de mesure – le dossier de la coopération au développement, ne jamais perdre une occasion de placer un jalon en faveur de notre économie d'exportation.

Et tout cela se résumerait à un safari? Seule la plus extrême malveillance peut conduire à une conclusion aussi rapide et sommaire.

Dans la situation délicate que traverse notre économie et dans les circonstances tendues que connaissent les relations politiques internationales, aucun contact direct ne doit être négligé en faveur d'une meilleu-

re compréhension et d'une plus grande entente.

Le rôle de la diplomatie traditionnelle s'est transformé en fonction de l'interdépendance croissante des Etats et des problèmes qu'ils sont appelés à résoudre. Elle a perdu de son importance du fait de réunions ministérielles multilatérales de plus en plus fréquentes (ONU, OCDE, Conseil de l'Europe). Elle se révèle de moins en moins apte à résoudre rapidement des questions bilatérales qu'un contact direct entre deux ministres responsables parviennent à liquider en très peu de temps.

Ne disons pas que la représentation diplomatique a perdu tout son sens et qu'elle soit devenue simple agent de liaison ou courroie de transmission. Les occasions d'intervenir ne font pas défaut. En revanche, les contacts directs, d'homme d'Etat à homme d'Etat, répondent à une nouvelle nécessité, différente, autrement substantielle: celle de frayer la voie à la compréhension mutuelle pour que passe dans les faits les principes de notre politique étrangère: neutralité, solidarité et disponibilité. Un peu d'audace s'y ajoutant, la Suisse a tout à y gagner.

Le voyage de Pierre Aubert en Afrique correspond parfaitement à cet objectif. Il est des plus heureux.

Pour s'en convaincre, il n'est que de regarder aux accords conclus, à l'intérêt des responsables de l'Afrique noire pour notre savoir-faire et notre expérience, à leur engagement pour certains de nos produits d'exportation, à la confiance accordée à nos banques.

N'est-ce pas la meilleure réplique à l'ouvrage «Main basse sur l'Afrique» du sociologue et politicien genevois Jean Ziegler?

Michel Margot

Tages-Anzeiger, 27.1.1979

Einige Fakten zu den Kritiken, die Auberts Reise begleiten

Bundesräte und Parlamentarier wetterten gegen die vierzehntägige Reise von Aussenminister Pierre Aubert, war am Freitag im «Blick» zu lesen. In andern Zeitungen (auch TA) machte die Meldung die Runde, Bundespräsident Hans Hürlimann habe den Aussenminister am Mittwoch an der Sitzung des Gesamtbundesrats gegen Angriffe von andern Bundesräten in Schutz nehmen müssen.

● Dazu eine erste Bemerkung: Bundesratssitzungen sind derart geheim, dass im allgemeinen nicht nur nichts aus ihnen verlautet, sondern dass, sollte trotzdem von irgend jemandem etwas daraus erzählt werden, dies weder dementiert noch bestätigt wird. Ob Bundespräsident Hürlimann also einschreiten musste, lässt sich nicht eruieren.

● Zweitens: Die Afrikareise von Aubert lag dem Gesamtbundesrat am 13. September 1978 in zwei Fassungen vor. Die Hauptvariante sah 17 Tage in insgesamt vier Ländern vor, die gekürzte rund eine Woche. Das bundesrätliche Kollegium entschied sich für die längere Variante, die dann aber auf 14 Tage – und, um Kosten zu sparen, um zwei Personen – gekürzt wurde und dafür neu in fünf Länder ging.

● Drittens: Bekannt ist, dass Bundesrat Rudolf Gnägi von Anfang an gegen die Reise Auberts war. Er konnte es sich denn auch nicht verkneifen, an der jährlichen Einladung für die Bundeshausjournalisten (Anfang Januar) darauf hinzuweisen,

dass seine Reise nach Washington im Februar kürzer sein werde. Am runden Tisch soll er danach seine Meinung noch viel dezidierter gesagt haben.

● Viertens: Dass Bundesrat Kurt Furgler irgendwann einmal verlauten liess, es müssten gelegentlich klare Richtlinien über das Reisen im Ausland aufgestellt werden, ist sicher nicht ausgeschlossen. Ob es aber nach dem Beschluss des Gesamtbundesrats über Auberts Reise war oder allenfalls schon vorher, als Aubert die Liste aller Länder unterbreitete, die er 1979 zu besuchen gedenke – und die inzwischen recht gekürzt wurde –, weiss man nicht.

● Fünftens: Dass der sonst recht liberale «Aussenpolitiker», Nationalrat und Professor für Geschichte Walter Hofer (svp., Bern) Bundesrat Aubert an den Karren fährt, erstaunt auch nicht mehr so, wenn man weiss, dass er sich als Ständeratskandidat im bodenständigen Stand Bern profilieren will und hier als Gegner ausgerechnet den Präsidenten des Schweizerischen Bauernverbands hat.

● Sechstens: Man braucht nicht lange nachzudenken, um wenigstens ein Dutzend Parlamentarier aufzählen zu können, die mit Sicherheit gegen das Reisen unseres Aussenministers sind. Nicht zu vergessen: Es ist Wahljahr. Den Sparapostel zu spielen, über die Ferienreisen und Safaris der Bundesräte loszuziehen ist ein altbewährtes Mittel, Stimmen billig zu gewinnen.

Käthi von Däniken

Corriere del Ticino, 27.1.1979

Il suo stile ministeriale non sarebbe conforme alla neutralità svizzera

Le dichiarazioni di Pierre Aubert hanno irritato parte della stampa

DAL NOSTRO CORRISPONDENTE

BERNA, 26 — Nell'opinione pubblica svizzera tedesca la nuova politica estera inaugurata dal Consigliere federale Pierre Aubert non piace: soprattutto in questi ultimi tempi si sono moltiplicate le critiche, talvolta anche severe, nei confronti del ministro degli esteri. I giornali, e non solo quelli della destra tradizionale e nazionalista, continuano a portare articoli che colpiscono direttamente Pierre Aubert, in particolare per talune sue affermazioni nei recenti viaggi all'estero. Pare però che buona parte di queste critiche siano condivise anche dai colleghi di governo del socialista neocastellano, che non amano

lo stile spesso assai disinvolto del ministro degli esteri: ciò che sembra essere più fastidioso per i membri del governo è l'abitudine di Aubert di parlare all'estero a nome del Consiglio federale senza consultare il Collegio tutt'intero.

Il viaggio in Africa, che finirà nei prossimi giorni, ha riacceso le critiche contro Pierre Aubert. Già prima dell'investitura a consigliere federale, sebbene già nominato dalle Camere, il neo eletto ministro degli esteri aveva fatto dichiarazioni per lo meno poco diplomatiche nei confronti della politica interna italiana. In un suo viaggio a Vienna pare pure che Aubert si sia lasciato sfuggire alcune «gaffes» su un tema allora assai delicato, ossia il pos-

sibile acquisto di carri armati svizzeri da parte dell'esercito austriaco. Altre volte il consigliere federale ha parlato a nome del Governo senza consultare i colleghi, ciò che ha naturalmente urtato la sensibilità collegiale dei nostri uomini di governo.

Attualmente il ministro degli esteri è sotto accusa per alcune dichiarazioni fatte in occasione della sua visita in Nigeria: in un comunicato comune il consigliere federale ha chiaramente condannato, senza mezzi termini, la politica razziale dell'Apartheid nel Sudafrica. Tuttavia, già prima della sua partenza, i giornali del centro-destra — con in testa l'autorevole «NZZ» — avevano sollevato alcuni dubbi su dichiarazioni fatte da Aubert contro il Sudafrica in un'intervista concessa ad un giornale africano, poi riportata da un giornale regionale della Svizzera orientale. Secondo questi ambienti le dichiarazioni del ministro degli esteri non sono in consonanza con la politica di stretta neutralità della Confederazione e potrebbero quindi arrecare danni a tutta la politica estera del Consiglio federale.

Nel caso concreto, bisogna ammettere, le critiche sono in parte gratuite, poiché la Confederazione ha sempre condannato la politica dell'Apartheid ed il Consiglio federale aveva pure ordinato il completo embargo per la fornitura d'armi svizzere al Sud Africa. In fondo, quindi, Pierre Aubert non ha fatto che seguire, applicandola in pratica, una politica già proclamata dal Consiglio federale. Ma probabilmente quello che disturba gli svizzero-tedeschi è la forma con cui Pierre Aubert, nella sua disinvoltura, fa queste dichiarazioni: il nuovo ministro

degli esteri è vittima del suo modo di fare, della sua personalità, del suo nervosismo, tutte componenti che inducono spesso Pierre Aubert ad un comportamento non consono con la ponderatezza voluta da un consigliere federale e con la tradizionale prudentissima politica estera svizzera.

Il viaggio in Africa ne è d'altronde un esempio: nell'entusiasmo e nel dinamismo, Aubert corre il pericolo di strafare, visitando ben cinque paesi africani in un sol periplo ed in soli quindici giorni. Nelle sue visite ai governanti africani può darsi che il nostro ministro degli esteri abbia parlato, ufficialmente, con troppa disinvoltura, impegnando il Governo federale in affermazioni non sempre ponderate. Per molti questo modo di fare può sembrare un merito, nel senso che finalmente si è trovato un uomo che sappia dare un po' di fiato alla fiacca politica estera elvetica, spesso relegata in un atteggiamento difensivo: per altri, e sono probabilmente più numerosi dei primi, l'atteggiamento di Pierre Aubert è assolutamente imprudente, pericoloso per la neutralità svizzera, contrario alle regole della diplomazia elvetica.

Come detto, sono gli svizzero-tedeschi che si accaniscono contro il consigliere federale neopascelliano, quegli stessi svizzero-tedeschi, d'altronde, che hanno fatto di tutto per eleggerlo in governo, per scartare altri candidati socialisti considerati troppo di sinistra. Molti dei giornali che ora criticano il ministro degli esteri, erano quelli che nel dicembre del 1977 fecero una campagna a suo favore, portandolo come un consigliere federale ideale.

TITO MALAGUERRA

Rummel um Auberts Afrika-Reise

Aussenminister kein Stubenhocker

Wie man's macht, ist's falsch — diese Worte dürften Aussenminister Pierre Aubert durch den Kopf gehen wenn er, von Afrika heimkehrend, am Sonntag mit dem innenpolitischen Rummel konfrontiert

wird, der landauf, landab um die Reise inszeniert wurde.

Ein Aussenminister, das sei vorweggenommen, soll kein Stubenhocker sein. Vom Bürostundenbetrieb am Regierungssitz wird sich auch der schweizerische Aussenminister immer mehr lösen müssen. Diese Tendenz entspricht der Entwicklung auf der in-

Jürg Schoch

ternationalen Ebene, aus welcher sich auch unser Land nicht einfach davonmachen kann. Im letzten Jahrhundert beispielsweise waren es die Gesandten und Botschafter, die, in steter Verbindung mit ihren Hauptstädten, die Aussenpolitik ihrer Staaten wesentlich mitprägten. Ihre Bedeutung sank, je mehr, namentlich in den letzten Jahren, die Reisediplo-

matie aufkam, d. h. die Aussenminister sich selber ins Flugzeug setzten und Wert auf persönlichen Kontakt mit ihren Amtskollegen legten. In der Schweiz galten stets andere Massstäbe: Noch nach dem Zweiten Weltkrieg waren Bundesratsreisen verpönt, erst allmählich wurden die Schritte über die Grenzen häufiger und länger, und mit Verspätung setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Kontaktpflege auf höchster Ebene der Geschäftsabwicklung nur förderlich sein kann.

Hat Aubert sich nun mit der 14tägigen Afrika-Reise «überlupft». Billig ist es jedenfalls, einfach über ihn herzufahren. Als der Gesamtbundesrat seine Reisepläne seinerzeit diskutierte, lagen nämlich zwei Varianten vor: eine kürzere, eine längere. Das Kollegium hat sich für die längere entschieden. Insofern ist etwa die Kritik von Nationalrat Hofer (SVP, Bern), eine längere Abwesenheit eines Bundesrates könne sich negativ auf die Mitarbeit in der Kollegialregierung auswirken, so ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Und wenn, wie der «Blick» schreibt, Bundesrat Gnägi tatsächlich über die 14tägige Abwesenheit seines Kollegen geklagt hat, so wäre es just er selber, der den Gedanken des Kollegialprinzips verletzt. Denn es widerspricht eben diesem Prinzip, dass ein unzufriedener Kollege Beschlüsse des Gesamtkollegiums öffentlich kritisiert. Ueberlupft hat sich Aubert höchstens, physisch, ist es doch höchst strapaziös,

innert 14 Tagen fünf Länder zu besuchen. Eines ist aber sicher: wenn er zweimal, dafür kürzere Zeit, nach Afrika gereist wäre, so hätte man ihn wieder vorgeworfen, die Sache nicht in einem «Abwasch» erledigt zu haben. Wie man's macht...

Aber nicht nur die Länge, sondern auch Auberts aussenpolitischer Stil wird kritisiert. Da geht Nationalrat Hofer nach Burgdorf und bezieht sich vor dem örtlichen Handels- und Industrieverein den Aussenminister einer in Nigeria begangenen Unterlassung: weil im gemeinsamen Communiqué nur «die Verletzung der Menschenrechte in aller Welt und der Apartheidpolitik im besonderen» (vgl. BZ vom 25. 1.) verurteilt und nicht auch auf Idi Amins Untaten oder Moskaus Interventionen in Afrika verwiesen werden. Ob Hofers Schlussfolgerung, Aubert übernehme einfach die «einseitige und einäugige» Optik der andern, nicht doch etwas vorschnell war? Hätte sich der für eine offene Aussenpolitik engagierte Nationalrat, bevor er über den Aussenminister herzieht, nicht etwas gedulden und dessen Rapport vor der aussenpolitischen Kommission entgegennehmen können?

Aber eben: schweizerische Aussenpolitik ist hierzulande eher unpopulär, und wer als Kritiker schweizerischer Aussenpolitik auftritt, vermag seine eigene Popularität zu steigern. Eine solche Popularität hätte Professor Walther Hofer aber eigentlich gar nicht nötig...

Nouvelliste, 27.1.1979

La politique étrangère suisse en pleine jungle

On sait que le «safari» Aubert de 14 jours crée de nombreux remous dans notre pays. La condamnation unilatérale de l'apartheid en Afrique du Sud, par notre ministre des affaires étrangères, que le Nigeria (il a dû oublier le Biafra au passage) lui réclamait à cor et à cris, ne peut en effet être considérée comme une déclaration gouvernementale habile. Elle serait même fort maladroite si l'on considère que, s'agissant des droits de l'homme outrageusement violés de par le monde, M. Aubert n'a parlé précisément que du monde sans citer normalement les pays auxquels il aurait dû penser. Pourquoi l'Afrique du Sud et pas les autres ?

On se prend à regretter qu'il ait retrouvé sa valise diplomatique «new-look»!

Et voici que, selon le *Blick* de vendredi, ce sont les conseillers fédéraux Gnägi et Furgler qui mettraient de l'huile sur le feu. Le premier estimerait qu'il n'est tout simplement pas pensable qu'un conseiller fédéral, sauf s'il est en vacances, passe 14 jours, officiellement, à l'étranger. Le second penserait qu'il est temps de discuter une bonne fois de l'ensemble de la politique étrangère suisse et d'établir des lignes directrices strictes. Le parti socialiste suisse n'a pas trouvé de telles critiques à son goût et a réagi hier en publiant un com-

muniqué dans lequel il fait part de son «indignation» face à ce qu'il appelle «un comportement scandaleux, un mauvais coup porté au pays et de nature à affaiblir la position suisse à l'étranger». D'autre part, le parti socialiste regrette «que le sens de la collégialité, si souvent invoqué par les partis bourgeois, n'ait pas conduit certains conseillers fédéraux à mettre une sourdine à leurs critiques, alors que la décision du Conseil fédéral était prise».

La réaction des socialistes tombe vraiment à faux. Si le voyage lui-même a été approuvé par une grande majorité, ce sont par contre

les déclarations unilatérales de M. Aubert qui font l'objet du plus grand nombre de critiques. Et à ce niveau, nous posons la question : qui porte le plus mauvais coup au pays, affaiblissant sa position à l'étranger ? M. Aubert ou ses détracteurs ?

Quant à la collégialité, il est difficile de l'invoquer puisqu'il n'existe pas de lignes directrices strictes de la politique étrangère suisse.

La collégialité ne doit pas se comprendre à sens unique.

Qui de MM. Gnägi et Furgler ou de M. Aubert en a manqué le

plus ? Les deux premiers parce qu'ils ont critiqué le troisième ou le troisième parce qu'il a engagé le pays sur une voie hasardeuse ? Mais évidemment en l'absence de lignes directrices...

A notre avis, c'est justement faire preuve de cette qualité que de marquer son désaccord aux agissements d'un confrère, fut-il conseiller fédéral, à moins que l'on ait accordé ses violons... avant ! Dans le cas contraire, nous irions au-devant d'erreurs diplomatiques sans précédent quand on connaît la « dynamique » de M. Aubert. RP

L'Impartial, 27.1.1979

Charmant métier...

Charmant métier que d'être, en Suisse, ministre des Affaires étrangères !

Vous devez affronter l'incompréhension de ceux qui croient que le monde s'arrête à Genève et à Romanshorn, de ceux qui distinguent entre le monde fréquentable (blanc, propre, industriels) et le reste, de ceux qui volent dans les voyages diplomatiques des voyages d'agrément. L'incompréhension, bref, des infirmes pour la vie, qui ne verront jamais plus loin que le bout de leur nez.

Vous devez compter avec tel marchand de papier imprimé qui, pour vendre son produit, titre gras et faux, se moquant bien de déformer plutôt que d'informer, et cela à

longueur d'année.

Vous devez encaisser les attaques publiques d'un conseiller national, membre pourtant de la Commission des Affaires étrangères dont il fut un bon président, attaques se signalant par une stupéfiante méconnaissance des principaux éléments du dossier. Il est vrai que ce conseiller national, professeur d'université, brigue par ailleurs le siège de conseiller aux Etats bernois ; qu'il est opposé dans son parti au président de l'Union suisse des paysans ; qu'il souhaite mordre sur la clientèle moins intellectuelle de celui-ci et que la décision du parti tombe aujourd'hui-même.

Le plus difficile sans doute est d'essuyer le coup de pied de l'âne,

je veux dire la critique d'un de vos collègues au gouvernement. A la fin d'une récente conférence de presse, entre huit ou dix yeux, le chef du Département militaire fédéral a dit son opposition au voyage africain de M. Aubert, décidé pourtant par le gouvernement. Motif de M. Gnägi : un conseiller fédéral ne doit pas quitter le pays en mission officielle durant quinze jours et manquer deux fois la séance du Conseil fédéral.

Oui, l'argumentation en est à ce niveau-là !

D'ailleurs, depuis quelque temps, l'esprit de collégialité du Conseil fédéral aussi vole dangereusement bas.

Denis BARRELET

Berner Tagwacht, 29.1.1979

Wer nicht lesen kann . . .

«Herr Bundesrat Aubert hat mir via Television und über 5000 Kilometer Entfernung aus Afrika die Freundschaft 'gekündigt', weil ich seinen aussenpolitischen Stil kritisierte. Ich hoffe, dass dies eine Trotzreaktion unter dem Einfluss der Sonne Afrikas war – und dass sich Herr Aubert im Schweizer Schnee wieder abkühlen wird.»

Mit diesen Worten setzte Nationalrat Walther Hofer am bernischen SVP-Parteitag, der ihn übrigens nicht zum SVP-Ständeratskandidaten nominierte, die Beleidigungen und Insinuationen gegenüber Aussenminister Aubert fort. Anzutönen, Aubert habe wohl einen Sonnenstich gehabt, überschreitet eindeutig die Grenze auch einer kräftig und bilder-

reich geführten Polemik. Hofers Nervosität vor den SVP-Delegierten entschuldigt diesen Ausrutscher ebenfalls nicht. Er ist – schade um diesen Abstieg kurz vor seinem Ausscheiden aus der eidgenössischen Politik – zu einem billigen Demagogen geworden.

Kommt noch dazu, und das ist besonders peinlich, dass Hofer das gemeinsame nigerianisch-schweizerische Communiqué, das Anlass seiner Kritik war, in seiner wörtlichen Formulierung nicht zur Kenntnis genommen hatte. Dort heisst es nämlich: «Die beiden Minister verurteilen die Verletzungen der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Apartheid im besonderen.» Im «Sonntagsblick» von gestern erklärte Hofer erneut, in diesem Communiqué habe man sich darauf beschränkt, «in Sachen Men-

schenrechtsverletzungen auf die Apartheidpolitik Südafrikas hinzuweisen».

Auch der zweite Vorwurf Hofers, Aubert habe versäumt, die Interventionen Kubas und der Sowjetunion in Afrika zu verurteilen, entbehrt der sachlichen Grundlage. Im Communiqué wird dazu ausgeführt, man stimme in der Meinung überein, «dass die innerafrikanischen Streitigkeiten und Konfliktsituationen durch afrikanische Vermittlungsbemühungen und durch regionale Schlichtungsmechanismen, insbesondere diejenige der OAU, beigelegt werden sollten».

Nationalrat Hofer hat die gemeinsame Stellungnahme offenbar nicht gelesen, bevor er zu seinen Tiefschlägen gegen Bundesrat Aubert ausholte. Und wer nicht lesen kann, schadet der Heimat.

Richard Müller

4. Interview mit Botschafter Jolles in der Appenzeller Zeitung
Interview avec l'ambassadeur Jolles dans l'Appenzeller Zeitung
21.1.1979

Appenzeller Zeitung, 21.1.1979

Exklusiv-Interview der Appenzeller Zeitung mit Botschafter Paul R. Jolles:

«Das Schicksal der Dritten Welt darf uns Schweizer nicht gleichgültig lassen!»

wb. Die Probleme unserer Berggebiete lassen sich in keiner Weise mit den gewaltigen Schwierigkeiten in der Dritten Welt vergleichen. Diese Auffassung vertritt der Direktor der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, Botschafter Paul R. Jolles, im nachstehend abgedruckten Exklusiv-Interview mit der «Appenzeller Zeitung», welches auch in der afrikanischen Zeitung «Afriscope» publiziert werden soll. Im Gespräch mit unserem Mitarbeiter E. N. L. Jean-Baptiste, Herisau, betont Jolles, dass das wirtschaftliche Wohlergehen der Entwicklungsländer auch unserer Wirtschaft zugute komme. Das Gespräch wurde auf Englisch geführt. (Übersetzung und Redaktion: wb.)

J-B.: Der schweizerische Aussenminister, Bundesrat Pierre Aubert, hat soeben eine Reihe von afrikanischen Ländern besucht. Haben Sie, Herr Botschafter, nicht das Gefühl, Sie wären die geeigneter Person für diese Mission gewesen? Zumal doch die schweizerischen Interessen im Ausland weitgehend wirtschaftlicher Natur sind.

Jolles: Absolut nicht. Ich bin im Gegenteil sehr froh, dass der Vorsteher des Eidg. Politischen Departements diese Reise unternommen hat; denn unsere Aussenpolitik ist nicht nur Aussenwirtschaftspolitik, obwohl der Aussenhandel für unser Land eine grosse Rolle spielt. Natürlich kann ein neutrales Land in internationalen Angelegenheiten nicht so aktiv sein wie die übrigen Staaten. Trotzdem kommen wir nicht darum herum, eine eigene Aussenpolitik zu führen. Bundesrat Auberts Reise hat denn auch vor allem den Zweck verfolgt, in den besuchten Ländern unsern aussenpolitischen Standpunkt zu erläutern.

J-B. Aber ist es nicht so, dass im Ausland oft behauptet wird, die Schweiz habe zwar keine Aussenpolitik, wohl aber gute Aussenhandelsbeziehungen?

Jolles: Diese Ansicht ist falsch. (...) Ich glaube jedoch, dass es in den Verantwortungsbereich von Herrn Aubert gehört, unsere Aussenpolitik zu erläutern. Als einfacher Bürger kann ich dazu nur sagen, dass wir Schweizer die Aussenpolitik als wichtiges Element unserer umfassenden Neutralitätspolitik verstehen. Neutralität nicht in dem Sinne, dass wir die Augen davor verschliessen, was in der Welt vor sich geht, sondern vielmehr in dem Sinne, dass wir unsere Dienste andern Staaten zur Verfügung stellen, die davon Gebrauch machen möchten; dass wir unsern Einfluss dazu verwenden, Spannungen abzubauen, wo uns dies möglich ist. Selbstverständlich sind unsere Möglichkeiten beschränkt; aber sie sind immerhin vorhanden; und unsere guten Dienste haben ja auch eine gewisse Tradition erlangt. (...)

J-B. Verstehen Sie sich, Herr Botschafter, selber nicht ein wenig als Handelsreisender im Dienste der Eidgenossenschaft?

Jolles: Keinesfalls. Denn ein Handelsreisender führt Waren mit sich oder Muster. Und er hat einen Bestellblock in seiner Westentasche und kehrt zu seinem Auftraggeber zurück und meldet ihm, er habe so und so viele Paar Schuhe oder Generatoren verkauft. Das ist

nicht meine Aufgabe. In unserem System kann es für mich als Direktor der Eidg. Handelsabteilung lediglich darum gehen, Märkte für unsere Privatindustrie zu öffnen und zu erschliessen, im Ausland das Interesse an Handelsbeziehungen mit uns zu wecken, unsere Möglichkeiten grob zu erläutern, Kontakte anzuknüpfen, die dann der Privatwirtschaft zugute kommen, oder gegebenenfalls günstige Bedingungen für schweizerische Auslandsinvestitionen oder für den Handel zu schaffen, beispielsweise durch den Abschluss von Handelsverträgen oder Investitionsschutzabkommen. Kurz gesagt, es handelt sich darum, einen allgemeinen Rahmen für einen freien und nicht-diskriminierenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen zu schaffen. Aber den Handelstausch als solchen muss bei uns der private Sektor wahrnehmen. (...)

J-B. Ist das nicht die wesentlich wichtigere Aufgabe als jene, die das Politische Departement wahrnimmt?

Jolles: Ich glaube, es wäre falsch, hier qualitative Vergleiche anstellen zu wollen. Meine Abteilung ist vielleicht manchmal etwas mehr im Rampenlicht, speziell jetzt, da es in der Schweiz gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt, vor allem wegen der Wechselkurschwankungen und wegen des Franken-Höhenflugs. Natürlich war es schon früher sehr wichtig, unsere Handelsbeziehungen zu pflegen; heute ist das jedoch von wesentlich vitalerer Bedeutung als in den Zeiten der Hochkonjunktur. Und deshalb ist auch jede meiner Reisen mit sehr viel Publizität verbunden; denn wenn ich aus der Volksrepublik China zurückkehre, wollen die Leute natürlich wissen, welche Chancen für die Entwicklung des Handels dort bestehen. Das mag vielleicht den Eindruck erwecken, unsere Aufgabe sei wichtiger als jene des Politischen Departements. Es wäre jedoch verfehlt, diesbezüglich ein Werturteil abzugeben.

J-B. Mag der von Ihnen erwähnte Eindruck nicht auch damit zusammenhängen, dass die Schweiz den bedeutenden internationalen Organisationen nicht angehört?

Jolles: Ich glaube, ich muss da wohl ein Missverständnis aufklären; denn Ihre Behauptung, die Schweiz halte sich von den bedeutenden internationalen Organisationen fern, entspricht nicht den Tatsachen. Wir gehören zwar den politischen Gremien der UNO — der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat —

nicht an; aber wir sind Mitglied praktisch aller Spezialorganisationen, die von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurden, beispielsweise der UNCTAD und der Internationalen Atomenergie-Agentur. Unser Land spielt in diesen Gremien eine sehr aktive Rolle. Ich selber hatte die hohe Ehre — ich glaube, es war 1965 —, die UNCTAD zu präsidieren, und dabei handelt es sich, wie Sie sicher wissen, um die zentrale UNO-Behörde, welche sich mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigt. (...)

J-B. Aber teilen Sie nicht trotzdem die Auffassung, die Schweiz ziehe zwar aus ihren internationalen Beziehungen enorme Vorteile, drücke sich jedoch bewusst um die entsprechenden Verantwortungen herum?

Jolles: Nun, ich betrachte das als eine völlig einseitige Auffassung. Im Gegenteil: wir haben Verantwortungen freiwillig übernommen. Indem wir der UNCTAD beigetreten sind, haben wir bewusst in Kauf genommen, dass wir an deren Empfehlungen und Beschlüsse gebunden sein würden; in der UNCTAD stellt die Dritte Welt die grosse Mehrheit der Mitglieder. Wir haben uns damit dem Druck der Entwicklungsländer auf die Industriestaaten ausgesetzt, grosszügiger zu sein, mehr Hilfe zu leisten, eine neue Rohstoffpolitik einzuleiten und so fort. Es wäre für uns wesentlich bequemer gewesen, als Nichtmitgliedstaat der UNO auch den Spezialorganisationen fernzubleiben. Aus unserer Mitgliedschaft erwachsen uns keine Vorteile.

J-B. Hängen aber nicht unsere Exportchancen davon ab?

Jolles: Nein, absolut nicht. Unsere Nichtmitgliedschaft bei der UNO hat uns nie daran gehindert, Handelsabkommen mit andern Ländern abzuschliessen; denn solche Verträge setzen in jedem Fall ein gegenseitiges Interesse voraus. (...) Niemand schliesst ein Abkommen mit uns nur unserer schönen Augen wegen. Andere Länder gehen Abmachungen mit uns ein, weil sie den Zugang zu unserem Markt suchen — der in keiner Weise unterschätzt werden darf — und weil sie an unserer Technologie und unseren Industrieerzeugnissen interessiert sind.

J-B. Immerhin muss doch festgestellt werden, dass die Schweiz sehr geringe Entwicklungshilfebeiträge leistet — noch nicht einmal 0,3 Prozent des Bruttosozialproduktes! Bedeutet dies nicht doch, dass die Schweiz ihrer Verantwortung im internationalen Rahmen nicht gerecht wird?

Jolles: Sie haben durchaus recht. Das ist tatsächlich ein wunder Punkt. Und ich nehme jede Kritik gerne an, denn diese Kritik ist völlig gerechtfertigt. Das einzige, was ich dazu sagen kann, ist, dass die Regierung seit Jahren keine Anstrengung gescheut hat, unsere Finanzhilfe zu steigern, und dass das Parlament für unser Anliegen durchaus Verständnis zeigt. Doch in unserer direkten Demokratie kann nicht über den Kopf der Bevölkerung hinweg Politik betrieben werden. Denken Sie nur an das Darlehen zugunsten der IDA, welches von den Stimmbürgern abgelehnt worden ist, nicht zuletzt, weil man sich über die Rolle der IDA kein klares Bild machen konnte. Auch bei uns

gibt es ärmere Bevölkerungsschichten, vor allem in den Bergen, und der Bund musste in den letzten Jahren verschiedentlich Gesuche um stärkere Hilfeleistungen zugunsten der zurückgebliebenen Gebiete aus finanziellen Gründen ablehnen. Nun, wenn wir schon nicht genug Geld für eigene Hilfsprogramme haben, warum sollten wir dann der Regierung erlauben, den Entwicklungsländern mit finanziellen Mitteln unter die Arme zu greifen? Eine solche Auffassung ist jedoch kurzsichtig; denn wir leben heute in einer Welt, in der jeder Teil vom andern abhängig geworden ist; es kann uns nicht gleichgültig lassen, was in andern Ländern vor sich geht. Ich glaube auch nicht, dass sich die Probleme der unterentwickelten Gebiete der Schweiz mit den Problemen der Entwicklungsländer vergleichen lassen. Ich habe zahlreiche Reisen in Drittweltländer unternommen, und ich weiss, wie unendlich viel grösser die Probleme dieser Gebiete sind als die Probleme, wie wir sie bei uns kennen. Es gibt dafür kaum einen gemeinsamen Nenner. (...)

J-B. Herr Botschafter, wie eng ist Ihre Tätigkeit mit den Aktivitäten der multinationalen Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz verknüpft? Besteht Ihre Aufgabe nicht zum wesentlichen Teil darin, für die Multis neue Märkte zu erschliessen?

Jolles: Nun, wie ich bereits gesagt habe, geht es darum, sicherzustellen, dass schweizerische Unternehmungen auf fremden Märkten ohne diskriminierende Einschränkungen tätig sein können, dass diese also rechtlich nicht benachteiligt werden. Aber es ist in jedem Fall Sache der betreffenden Staaten, die entsprechenden Gesetze zu erlassen. Natürlich schreiben wir den afrikanischen Ländern nicht vor, welche Gesetzgebung sie auszuarbeiten hätten.

J-B. Doch machen Sie dies nicht auf indirekte Weise?

Jolles: Gewiss nicht. Wir selber sind ein kleines Land, und wir wachen über unsere Souveränität und Unabhängigkeit ebenso eifersüchtig, wie dies die afrikanischen Länder tun. (...) Darum verstehen wir auch voll und ganz, dass die Entwicklungsländer in bezug auf ihre Souveränität ebenso sensibel reagieren wie wir. Aber wenn ich sage, dass unsere Pflicht darin besteht, Schweizer Unternehmungen vor Diskriminierung zu schützen, so ist dies nichts weiter als eine normale diplomatische Aufgabe, welche jedes Land mit Bezug auf seine eigenen Interessen im Ausland wahrnimmt. (...) Zu Ihrer Frage, die ja auch auf die Tätigkeit der Multis in Entwicklungsländern und deren angebliche Missbräuche anspielt: Wir wären dankbar, wenn wir von negativen Vorgängen hören würden. Denn wir haben nicht das geringste Interesse daran, uns für Handelsbeziehungen einzusetzen, die sich für das betreffende Entwicklungsland als schädlich herausstellen könnten, liegt es doch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse, dass die Entwicklungsländer so rasche Fortschritte als möglich machen. Wir suchen ihre Partnerschaft, denn schon heute machen die Geschäftsbeziehungen mit der Dritten Welt rund ein Viertel unseres Aussenhandels aus. Darum: Je besser die Entwicklungsländer auf wirtschaftlichem Gebiet dastehen, um so

fruchtbarer sind die wirtschaftlichen Beziehungen. Falls also die Aktivitäten unserer Multis diesen Zielen widersprechen sollten, so würden wir dies gerne erfahren. Doch was ich auf meinen Reisen in die Entwicklungsländer zu hören bekomme, ist, ohne Ausnahme, dass ich gefragt werde, wie man mehr Schweizer Investitionskapital anlocken könne.

J-B. Heisst das, dass Sie auch schon zahlreiche afrikanische Länder besucht haben?

Jolles: Ich habe ziemlich viele Drittweltstaaten besucht, praktisch alle in Lateinamerika, die meisten im Mittleren Osten und viele in Asien. Leider habe ich bisher nur wenige afrikanische Länder besuchen können. Der Grund liegt sicher darin, dass unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika und Asien traditionell enger gewesen sind. Lateinamerika, weil dieser Kontinent im 19. Jahrhundert zahlreiche Schweizer Auswanderer aufgenommen hat. Es gibt dort heute noch bedeutende Schweizerkolonien, und diese haben natürlich einiges an schweizerischen Investitionen ange-

lockt. Verglichen damit und mit Asien sind die schweizerischen Investitionen in Afrika relativ gering.

J-B. Dass Bundesrat Aubert auf seiner gegenwärtigen Afrikareise auch Nigeria einen Besuch abgestattet hat, deutet dies darauf hin, dass die Handelsbeziehungen mit diesem Land einen Aufschwung nehmen könnten?

Jolles: Unter den afrikanischen Staaten ist Nigeria ein Sonderfall. Unsere Beziehungen zu Nigeria sind seit jeher ebenso eng wie mit den Ländern Lateinamerikas gewesen. Sowohl was den Handel als auch was die Wirtschaftsbeziehungen im allgemeinen betrifft. Seit Jahrzehnten. Sie sind nicht neu. Das Handelsvolumen ist heute recht gross, um nicht zu sagen gewaltig. Unter den Ländern Schwarzafrikas ist Nigeria mit Abstand unser wichtigster Partner. Es ist übrigens auch das einzige schwarzafrikanische Land, in welchem wir in unserer Botschaft einen speziellen Handelsdelegierten beschäftigen.

Spk, 30.1.1979

«Aktualisiert»

Jolles-Interview: Präzisierung

(spk). Das in der «Appenzeller Zeitung» publizierte Interview von Botschafter Paul Jolles, Direktor der Handelsabteilung im EVD, hat in allen Medien grosse Beachtung gefunden. Der Grund: Es hiess darin, Jolles sei froh, dass Bundesrat Aubert seine Afrikareise unternommen «habe». Woraus zu entnehmen war, dass Jolles sich als Verteidiger von Aubert in die Polemik um eben diese Reise eingeschaltet habe (vgl. BZ von gestern). In Wirklichkeit konnte Jolles das mit jenem Interview gar nicht tun. Es fand nämlich nicht jetzt, im Zeitpunkt dieser Reise, statt, sondern schon am 16. November des vergangenen

Jahres, also lange vor der Reise. Damals sagte Jolles, er sei «froh, dass Aubert diese Reise unternommen wird». Eine Stellungnahme zu den heutigen Auseinandersetzungen konnte in dieser Äusserung natürlich nicht enthalten sein. Das Eidgenössische Volkswirtschafts-Departement (EVD) legt Wert auf diese Präzisierung und unterstreicht, dass die Äusserung von Botschafter Jolles so weit zurückliegt und demnach gar nicht im Zusammenhang mit der seither entbrannten Kontroverse stehen kann. Beizufügen ist, dass das Interview von dem gleichen, im Appenzellerland lebenden schwarzafrikanischen Journalisten stammt, der auch das Interview mit Bundesrat Aubert machte, welches dann die Polemik gegen Aubert auslöste.

(Berner Zeitung)

La Liberté, 29.1.1979

Inconvenance et incongruités

Est-ce le tœhn ? Alors que M. Aubert entreprenait en Afrique un voyage officiel, long, pénible et certainement utile à la Suisse, un conseiller national bernois — et non des moindres — qualifiait de safari cette mission approuvée par l'ensemble du Conseil fédéral.

M. Hofer est un professeur d'Université. Il passe pour être un spécialiste de politique étrangère. Il siège au Conseil de l'Europe. Il est donc au fait de certains usages internationaux. Venant avant le départ ou après le retour de M. Aubert, les propos du parlementaire bernois auraient été accueillis comme une prise de position parmi d'autres. On ne se serait pas étonné outre mesure que M. Hofer se fasse l'avocat de la politique d'apartheid en Afrique du Sud. Tombant alors même que M. Aubert était absent du pays et le représentait officiellement auprès de plusieurs Républiques africaines, la charge lancée par M. Hofer est inconvenante.

On resterait encore dans les limites d'un incident mineur, si le «Blick» n'avait attribué à deux membres du Gouvernement fédéral des paroles qui pourraient être interprétées comme un désaveu de l'action conduite par le chef du Département fédéral. MM. Gnaegi et Furgler ont-ils vraiment prononcé les mots que le «Blick» met dans leur bouche ? C'est à eux de s'en expliquer. Ni l'absence de délicatesse dans un cas, ni l'ambition froissée dans l'autre, ne sauraient excuser ce qui pourrait friser l'incongruité dans un collège électoral du type de celui qui gouverne la Suisse.

Un petit Etat n'a que peu de moyens de se faire entendre sur la scène internationale. Les handicaps de la Suisse sont, dans ce domaine, particulièrement sérieux. Marginale aux Nations Unies, impliquée dans certaines affaires peu reluisantes, suscitant plus de jalousie que d'admiration, elle se heurte à un aimable scepticisme quand elle plaide la cause de sa neutralité. Les procédés que le quotidien allemand à grand tirage a mis en vedette la semaine dernière ne sont pas de nature à conforter dans leur rôle les re-

présentants officiels de la Confédération à l'étranger.

S'il existe un «problème Aubert», le moment était mal choisi de le soulever. Elu le 7 décembre 1977 par 190 voix, le successeur de Pierre Graber se trouve en butte à des oppositions ouvertes ou larvées qui tiennent en partie à certaines lacunes dans son comportement.

Elles font évidemment l'affaire de ceux qui s'en servent comme d'un écran pour saper en fait une politique extérieure qu'ils désapprouvent. Ils tiennent à une image de la neutralité que l'on pourrait résumer au refus de toute solidarité et à la seule considération des intérêts matériels à court terme.

Tous les adversaires de M. Pierre Aubert ne sont pas, heureusement, de cette triste trempe. On souhaiterait cependant qu'ils fassent mieux le départ entre des reproches adressés à une personne et des attaques sans contre-propositions visant une politique couraçeuse d'ouverture au monde tel qu'il est.

François Gross

5. Pressekommentare Commentaires de presse

Basler Zeitung, 29.1.1979

Hofers Attacke gegen Aubert

Unnötige Fehde

Nationalrat Walther Hofer wird in diesem Jahr die politische Bühne verlassen müssen. Seine Berner SVP hat ihn nicht als Kandidaten für den Ständerat aufgestellt. Damit geht der Schweiz einer ihrer profiliertesten Aussenpolitiker verloren.

Walther Hofer war seiner SVP in aussenpolitischer Hinsicht weit voraus. Er präsidierte lange Jahre die aussenpolitische Kommission des Nationalrats mit viel Fachkenntnis. Aber so richtig in Schuss geriet er vor allem in Strassburg (Europarat), wo er sich erstaunlich liberal, ja sogar «progressiv» gebärdete.

Um so unverzeihlicher ist die Attacke, die Hofer soeben gegen Bundesrat Aubert gerichtet hat. Sie ist unfair in dreifacher Hinsicht: 1. Man polemisiert nicht auf diese Weise gegen einen landesabwesenden Minister, der sich nicht verteidigen kann. 2. Es stimmt ganz einfach nicht, dass im Communiqué von Lagos (Nigeria) nur die Apartheid verurteilt wurde; auf ausdrückliches Begehren Auberts wurde in diesem

Communiqué ein Passus eingeführt, der Menschenrechtsverletzungen in aller Welt verurteilt. 3. Es grenzt an Gemeinheit, wenn Hofer das Wort «Safari» gebraucht, nachdem allgemein bekannt ist, dass sich Aubert auf seiner Afrika-Tournee eher zu viel als zu wenig aufgeladen hat, innert 14 Tagen fünf Länder besucht und schweiss- triefend von einem Rendez-vous zum andern hetzt.

Hofer hat durch seine Anti-Aubert-Attacke viel vom Goodwill verscherzt, den er sich in den letzten Jahren erworben hatte. Er hat auch jene vergrault, die ihm gern geholfen hätten, den Sitz im Ständerat zu erobern. Einige Europäer in Bern hatten vor wenigen Tagen erwogen, sich für Hofer einzusetzen. Aber jetzt wird niemand mehr einen Finger für ihn rühren. Es ist peinlich, wenn in unserem Land, wo Aussenpolitiker so dünn gesät sind, unnötige persönliche Fehden vom Zaun gerissen werden. Das hat unsere Aussenpolitik nicht verdient.

Pierre Aubert hat ohne Zweifel bei der Vorbereitung und im Verlaufe seiner Reise etliche Fehler gemacht. Es wirkt aber grotesk, wenn Hofer ihm Sünden vorwirft, die er gar nicht begangen hat.

Tages-Anzeiger, 29.1.1979

Reisebilanz

Am Sonntag stieg ein erschöpfter, aber zufriedener Pierre Aubert nach zweiwöchiger Afrikareise aus dem Flugzeug. Wie wertet ein mitgereister Journalist diese umstrittene «Safari»? Hier nur drei vorläufige Bemerkungen:

Erstens: «Reisen gehört zum Aussenminister wie der Manöverbesuch zum Armeeminister». Aubert dixit. Tatsächlich erleichtern die Kommunikations- und Botschaftsapparate den zwischenstaatlichen Verkehr, ohne deswegen Ortsveränderungen eines Aussenministers überflüssig zu machen. Botschafter unterhalten Verwaltungskontakte; selten stossen sie zur Staatsspitze vor. Dass Auberts Delegation den Machthabern des mächtigen Nigeria unsere Aussen- oder Aussenwirtschaftspolitik stundenlang erläutern konnte, dient der Selbstdarstellung und mithin Selbstbehauptung der Eidgenossenschaft. Dass Aubert die lokalen Bedürfnisse und schweizerischen Projekte im Entwicklungsbereich beachtete, ist amtliche Aufsichtspflicht. Für Entwicklungshilfe sind 1979 rund

300 Millionen Bundesfranken budgetiert. Die Reise kostete den Bund weniger als 50 000 Franken.

Zweitens: Zum Ziel seiner ersten Kontinentalexpedition wählte Aubert eine Region Afrikas. Mit Recht: denn der Schwarze Erdteil liegt Europa geographisch und historisch am nächsten. Das hat etwa die Brüsseler EG längst bewogen, in ihrer Entwicklungs- und Handelspolitik ihre Akzente dort zu setzen. Der – allerdings wenig einheitliche – afrikanische Block spielt in der Uno eine wachsende Rolle. Westafrika wird zu einem Grössabnehmer schweizerischer Erzeugnisse (Nigeria) und zu einem Hauptschauplatz schweizerischer Investitionen (Elfenbeinküste). Absurd tönt Nationalrat Hofers Vorwurf, die Vorgänge in Iran würden zweiwöchige Reisen in die dritte Welt verbieten. Umgekehrt: Weil Weltzentren heute von der Peripherie her leichter erschüttert werden, muss der zuständige Bundesrat eben die Peripherie kennenlernen. Damit kann er kaum zuwarten, bis einmal überall Windstille herrscht.

Drittens: Das alles heisst beileibe

nicht, diese Afrikareise, wie sie konkret geplant und abgewickelt wurde, sei über jegliche Kritik erhaben. Jules Verne raste in 80 Tagen um die Welt, Pierre Aubert in 14 Tagen durch Westafrika – beides Parforcetouren. Wären drei statt fünf Länder angelauften worden (Nigeria, Elfenbeinküste, entweder Kamerun oder Obervolta, Verzicht auf Senegal), so hätte mehr Tiefe als Weite resultiert. In den ärmeren Entwicklungsländern Kamerun und Obervolta blieb keine Zeit für systematischen Erfahrungsaustausch mit ansässigen Schweizer Experten, die denn auch unisono enttäuscht waren. Die letzte Etappe – 30 Stunden in Senegal – erwies sich als reine Protokollübung. Aubert ermüdete (verständlicherweise), und die Arbeitsvorbereitung kam überall zu kurz.

Keine Aussenministerreisen dieser Art mehr? Welch ein provinzieller Fehlschluss! Erwartet werden darf immerhin, dass nächstes Mal die Lehren aus dem ersten Experiment einfließen. Und dass Aubert endlich ein nachvollziehbares Konzept seiner «dynamischen» Aussenpolitik vorlegt, in dem solche Expeditionen ihren Platz haben.

Peter Studer

Appenzeller Zeitung, 29.1.1979

Richtlinien für den Aussenminister

Gestern ist Bundesrat Pierre Aubert, Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes, von seiner zweiwöchigen Afrikareise in die Schweiz zurückgekehrt. Trotz der Strapazen, die er mit seinen Besuchen in Nigeria, Kamerun, Obervolta, Elfenbeinküste und Senegal im Dienst des Landes auf sich genommen hatte, gab es für den helvetischen Aussenminister nur einen «kleinen Bahnhof» in Genf-Cointrin, und der Empfang, den ihm am kommenden Mittwoch der Gesamtbundesrat bereiten wird, dürfte voraussichtlich auch nur sehr massvoll enthusiastisch ausfallen. Denn vieles, was vor und während dieser ersten offiziellen Afrikareise eines schweizerischen Regierungsmitgliedes geschehen ist, wird kaum den ungeteilten Beifall unseres Gesamtbundesrates finden, der ja als Kollegialbehörde für die Aussenpolitik des Landes und auch deren Stil immer noch die Hauptverantwortung trägt.

Und eben hier stellt sich die Frage, ob das Selbstverständnis der Schweizer Regierung in Sachen Aussenpolitik mit dem Selbstverständnis des neuen Schweizer Aussenministers übereinstimmt oder nicht. Die bewährten Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik heissen bekanntlich «Neutralität», «Disponibilität» (gute Dienste), und «Solidarität» (Entwicklungshilfe); zu ihnen gesellten sich in jüngerer Zeit die «Universalität» (Beziehungen zu West und Ost) und «Teilnahme» (KSZE-Unterschrift). Als Pierre Aubert im Februar 1978 das Politische Departement übernahm, sprach er von der notwendigen «Dynamisierung» der schweizerischen Aussenpolitik, und was er darunter verstand, war bald ersichtlich: Visiten in Strassburg, Wien, Rom und Budapest; Empfang der Aussenminister von Polen, Rumänien und Jugoslawien in Bern; offizielle zweiwöchige Reise durch fünf westafrikanische

Staaten; geplanter USA-Besuch im Mai dieses Jahres; geplanter Empfang der Staatsoberhäupter Spaniens, Oesterreichs, Italiens und Frankreichs in den nächsten zwei Jahren.

Es ist nicht anzunehmen, dass alle diese Aktivitäten Auberts ohne Zustimmung der Bundesratsmehrheit erfolgen, und es mag auch durchaus im Interesse des Landes liegen, die Schweiz auch offiziell etwas näher an die grosse Welt heranzubringen, in der unsere Wirtschaft ja schon längst und mit viel Erfolg zuhause ist. Was jedoch Bedenken erregen muss, ist der zwar charmante und äusserst agile, aber leider allzu spontane und wenig kontrollierte Stil, in dem das alles geschieht. Wenn an Pressekonferenzen vom Aussenminister dieses neutralen Kleinstaates an der Seite eines jugoslawischen Kollegen Gemeinsamkeiten einer «nicht gebundenen internationalen Politik» festgestellt und rundherum Zensuren an andere Staaten verteilt werden, wenn in Interviews Dinge gesagt werden, die man nachher erschrocken nicht gesagt haben will, wenn in Afrika Communiqués unterzeichnet werden, in denen sich die schweizerische Neutralität ausnimmt, als wäre sie identisch mit dem Neutralismus der Blockfreien, dann ist es Zeit, dass der Bundesrat für die Führung und praktische Handhabung der schweizerischen Aussenpolitik verbindliche Richtlinien beschliesst. Denn hier geht es genau um denjenigen Grundsatz der schweizerischen Aussenpolitik, den Pierre Aubert gegenüber dem «Tages-Anzeiger» als Zielsetzung seiner Aktivitäten genannt hat: «crédibilité dans tous les azimuts» (Glaubwürdigkeit in alle Himmelsrichtungen). Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik in der Welt — beginnt sie nicht mit der Glaubwürdigkeit des Aussenministers im eigenen Land? Paul Müller

St. Galler Tagblatt, 29.1.1979

Abwarten, dann kritisieren

Bundesrat Auberts aussenpolitischer Kurs und Stil im Sinne von mehr Präsenz der Schweiz im Ausland und in internationalen Gremien ist nicht unbestritten. Die Kontroverse hat sich anlässlich der 14tägigen Reise Auberts durch fünf westafrikanische Länder neu entfacht. Wortführer der Kritik ist vor allem der Berner Universitätsprofessor (Historiker) und SVP-Nationalrat Walther Hofer. Hofer qualifizierte die Reise als «Afrika-Safari». Bundesrat Aubert habe es unterlassen, den schweizerischen Standpunkt zu internationalen Fragen und insbesondere zur Verletzung der Menschenrechte in Afrika und in der Welt mit der nötigen Deutlichkeit darzulegen. Er sei drauf und dran, die Welt-

men.

Dazu ist dreierlei zu sagen: Nationalrat Hofer ist ein politischer Routinier, der wusste, dass er mit der Kritik an Bundesrat Aubert im rechten Augenblick auf den Bildschirm und in die Presse kam, im rechten Augenblick, d.h. unmittelbar vor der Wahl des Berner SVP-Ständeratskandidaten. Wenn Hofer das Rennen in den Ständerat nämlich nicht macht, scheidet er infolge einer Amtsdauerbeschränkung innerhalb der Berner SVP aus dem Parlament und aus der eidgenössischen Politik aus. Hofer scheidet aus, denn er unterlag an der SVP-Delegiertenversammlung dem Bauernvertreter. Die Attacke gegen Aubert nützte ihm nichts.

Bundesräte sind nicht über Kritik erhaben, auch der Vorsteher des Poli-

tischen Departements nicht, vor allem dann nicht, wenn er der schweizerischen Aussenpolitik neue Impulse geben möchte. Die schweizerische Aussenpolitik haut und taugt nur, wenn sie auch vom Volk mitgetragen wird. Aber bevor man nun den Stab über Bundesrat Aubert, der erst seit einem Jahr dem Eidg. Politischen Departement vorsteht, bricht, sollte man doch abwarten, welches die Resultate seiner aussenpolitischen Bemühungen sind.

Und noch ein letztes: Ich glaube nicht, dass es der Schweiz etwas schadet, wenn wir einen Aussenminister haben, der etwas mehr reist und dabei auch zu lächeln und die Stimme des Herzens zum Klingen bringen weiss.

K.H.

Luzerner Tagblatt, 29.1.1979

Es ist offenbar nicht leicht, Bundesrat zu sein, und es ist insbesondere nicht leicht, Aussenminister zu sein, denn so oft in der Schweiz ein Bundesrat in der Öffentlichkeit anekdotisch war, es meistens der Aussenminister, war es Motta, der Mussolini lobte, war es Pilet-Golaz, der alles gegen sich verschwor, war es Bundesrat Graber, der

Umstrittene Reise

immer wieder Kritik auf sein Haupt lud, und ist es jetzt Bundesrat Aubert, der sich mit dem ihm eigenen forschen Elan auf die Afrika-Reise machte und der gestern mit «abgesägten Hosen» in die Schweiz zurückgekehrt ist. Statt Lob, wie er erhoffte, erntete er Undank und Kritik.

Kritik traf ihn sowohl aus der Schweiz wie aus dem Kader der Mitreisenden. Diese bekamen an Ort und Stelle zu fühlen, dass Auberts Reise allzusehr improvisiert und nicht in allen Teilen wohl überlegt war. Sie litt unter einem allzu gedrängten Programm. Aubert konnte nicht alles besichtigen, was er hätte besichtigen wollen, oder die Besuche fielen so kurz aus, dass es nur zu einem flüchtigen Händedruck kam. Aber die Reise-Equipe, unter der sich viele Journalisten befanden, rühmten immerhin auch,

dass sich unser Aussenminister mit pfadfinderlicher Behendigkeit mitten unter das Volk gewagt und es nicht bei offiziellen Besuchen und sterilem Händeschütteln vor den bestellten Fernsehkameras hat bewenden lassen. Er wollte etwas sehen, und er wollte sich mit eigenen Augen von der Wirkung der Schweizer Auslandhilfe überzeugen. Das wurde ihm zugute gehalten, und das verrät immerhin die Bereitschaft, das Amt des Bundesrates auch mit einem persönlichen Engagement, das persönliche Strapazen nicht scheut, auszufüllen.

Die kalte Dusche kam aus Bern. Professor Walther Hofer, aussenpolitischer Experte des Nationalrates, rügte zu Recht das Communiqué, das Aubert nach seinem Aufenthalt in Nigeria unterzeichnete und das allgemein einfach einer Verurteilung Südafrikas und Rhodesiens gleichkommt. Hier ist Aubert über seine Kompetenzen hinausgegangen und hat aus diplomatischer Courtoisie ein Dokument im Namen der Schweiz unterzeichnet, für das er hier im Lande schwerlich eine Mehrheit finden würde.

Die Attacke Hofers war gerechtfertigt, aber sie hätte nicht in einem Augenblick erfolgen sollen, da Auberts Reise noch gar nicht zu Ende war. Das kam einer öffentlichen Desavouierung unseres Aussenministers durch sein

eigenes Land gleich, und sie wurde in dem Augenblick lanciert, da Hofer selbst sich um eine Kandidatur als Ständerat bewarb. Das Manöver war allzu durchsichtig und hat Hofer offenbar auch vor seiner eigenen Partei keinen Lorbeer eingetragen. Er unterlag mit starkem Mehr.

Um so gewichtiger ist die Schützenhilfe, die Bundesrat Aubert durch unseren wichtigsten Mann im Wirtschaftsministerium erhielt, durch Minister Jolles. Jolles ist ein Mann, der seine Worte auf die Goldwaage legt und der, wenn er den Wert dieser Aubert-Reise so hoch veranschlagt, wie er es tut, wohl weiss, von was er spricht.

Man wird schwerlich sagen können, es sei an dieser Reise ausser Spesen nix gewesen. Sie war jedenfalls ein Anlass zu grundsätzlichen Überlegungen über den Sinn und Zweck solcher bundesrätlicher Extratouren, aber auch darüber, inwieweit sich Elan, Initiative und eine Dosis Draufgängertum mit dem Amt eines Bundesrates überhaupt vertragen. Sind Bundesräte nur da, um Mehrheiten in ihren Meinungen zu bestätigen oder auch, um einmal gegen den Strom zu schwimmen, und sei es auch auf die Gefahr hin, Fehler zu begehen? (Siehe Seite Inland)

Hans Peter Jaeger

Schaffhauser Nachrichten, 29.1.1979

Zur Kontroverse Aubert—Hofer: Aussenpolitische «Scherben»?

Die politische Schweiz hatte eine absolute «Premiere»; das Fernsehen machte sie möglich: Da sah und hörte man am Samstag in der abendlichen Tagesschau einen helvetischen Aussenminister hemdsärmelig und etwas aufgeregt — er widersprach einem helvetischen Nationalrat und legte diesem, aus dem fernen Afrika, nahe, «die Konsequenzen zu ziehn».

Von Nationalrat Erwin Waldvogel

Wir haben also wieder ein wenig Bewegung in der Aussenpolitik und darüber sogar verschiedene Meinungen, aber es wird bald wieder ruhig werden. So meint wenigstens der eine der beiden Kontrahenten, Nationalrat Prof. Dr. Walther Hofer (Bern), der sich nach den Ruffeln aus Afrika gelassen gab; «Mein Freund Aubert wird sich nach den Sonnenbädern auf dem schwarzen Kontinent im kühlen Schnee in der Schweiz wieder abkühlen». Bundesrat Pierre Aubert und Nationalrat Hofer waren über Parteischranken hinweg Freunde, «dicke» sogar, wie man im Jargon so sagen pflegt. Enge Kontaktnahmen gewannen sie als schweizerische Delegierte im Europarat, wo Hofer Aubert in der bedeutenden Stellung eines «Generalberichterstatters» nach des letzteren Wahl in den Bundesrat ablöste. Als «Freund» stellte der Berner Nationalrat noch in einem im «Wochen Express» im Dezember erschienenen «Porträt» den Bundesrat gelassen vor, wiewohl er (zu Recht) darin zu verstehen gegeben hatte, dass er sich selbst auch als Aussenminister hätte vorstellen können.

Wie kam es zur Kontroverse?

Vor 14 Tagen hat sich Bundesrat Aubert mit Gefolge aufgemacht zu seiner Afrika-Reise, abgesichert durch einen Beschluss des einstimmigen Bundesrates. Ganz unbestritten war die Reise im Bundeshaus, auch im Departement Auberts selbst, zwar nicht. Aber welches Unternehmen dieser Art hätte keine Skeptiker und Neider? Es war, für schweizerische Verhältnisse, nach Dauer und Reiseroute ungewöhnlich, und es war schwierig für den Leiter der Delegation, sich in Aeusserungen (auch in den direkten zu den Potentaten dieser Staaten) einigermassen auf der Linie unserer «Neutralität», so wie man sie in unserem Land weithin noch verstanden haben will, zu halten. Diese Schwierigkeiten wurden schon vor der Abreise manifest, als die «Appenzeller Zeitung» ein Interview aus einer schwarzafrikanischen Zeitschrift wiedergeben konnte, in der unser Aussenminister seine Option zugunsten Schwarzafrikas bekannte, gegen das «weisse» Südafrika, mit dem unser Land normale Beziehungen und unsere Wirtschaft gute Wirtschaftsbeziehungen unterhalten. Dies auch ungeachtet

der Tatsache, dass sich «Bern» der internationalen Ablehnung der Apartheid-Politik in Südafrika angeschlossen und dies mehrfach bestätigt hat.

Diese Schwierigkeit liegt in der Komplexität unserer politischen und Wirtschaftsbeziehungen begründet, die nach Lage der Dinge gerade auf diesem Kontinent, auf dem die Abschüttelung der Kolonialherrschaft so verschiedenartige, aber kaum «demokratische» Herrschaftsgebilde hervorgebracht hat, eben besonders komplex sein müssen. Bundesrat Aubert hatte sich anscheinend Versuchen diverser Gastgeber, ihn (in Communiqués) einseitig (und eindeutig) auf die Seite der Gegner Südafrikas hinüberzuziehen, zu erwehren — da wird man, wenn überhaupt, Näheres erst aus seinen Berichten nach der Rückkehr erfahren. Er selbst und der Bundesrat verstanden ja seine Reise nicht nur als Goodwill-Mission; er sollte auch wirtschaftlich etwas heimbringen, blockierte Kredite «aufbrechen» und gegebene Zusagen realisieren. Aus seiner Reisebegleitung (sie war journalistisch eher einseitig zusammengesetzt, was nicht die «Schuld» des Departementes ist) war ab und zu

zu vernehmen, unser Aussenminister habe sich in der Sache und für die dafür zur Verfügung stehende Zeit zuviel vorgenommen.

Warum wurde die Kontroverse so heftig?

Bundesrat Aubert selbst hat offensichtlich den Eindruck, er habe vieles (wenn auch nicht alles) erreicht und er habe Gutes getan für unser Land (und für seine Wirtschaft). Nur daraus kann ich mir seine Heftigkeit in der Reaktion auf die Kritik, die Nationalrat Hofer (am Mittwoch oder Donnerstag) angemeldet hatte, erklären. Wenn dieser von einer «Afrika-Safari» gesprochen hat, war das, bei der offensichtlichen Angestrengtheit des Departementchefs auf der Reise, zweifellos eine polemische Unterspielung oder Uebertreibung. Wenn aber Hofer sagte, wenn schon ein schweizerischer Aussenminister Communiqués mitverantwortete, die gegen die Weissen-Herrschaft in Südafrika vom Leder zögen, so hätten in solche Verurteilungen auch afrikanische Schreckensregimes à la Idi Amin gehört — dann hat er zweifellos eine weite schweizerische Öffentlichkeit hinter sich.

Wenn nun diese Kontroverse zwischen zwei bisher befreundeten Politikern als «grosser Schaden» für unser Ansehen und für unsere Aussenpolitik dargestellt wurde, so ist das auch eine fast groteske Uebertreibung — über solche Episoden lächelt man schon in den unmittelbaren Nachbarstaaten, in denen ganz andere aussenpolitische Kontroversen ausgetragen werden. Und den Schwarz-Afrikanern müsste etwas von unserem Demokratie-Verständnis gesagt

worden sein. *Denn es muss einem schweizerischen Parlamentarier, und gar noch einem vom Format Hofers, erlaubt sein, kritische Bemerkungen zu einer Reise des Aussenministers anzubringen.* Die in diesem Zusammenhang Aubert zugeschriebenen «Statements»: «Hofer war einmal mein Freund» und «Er soll Konsequenzen ziehen», können (und dürfen) nur Ueberreaktionen eines strapazierten Delegationsleiters sein!

Vieles wird sich klären und einrenken

Vieles wird sich klären und erklären lassen nach Bundesrat Auberts Rückkehr, die gestern erfolgt ist: Im Bundesrat vorerst und, für den Schreibenden beispielsweise, in der *Kommission des Nationalrates für Auswärtige Angelegenheiten*, die, übrigens schon lange vor Antritt der Reise und ihren unerwarteten Begleitgeräuschen, auf den 5. Februar anberaumt worden ist. Ich bin überzeugt, dass Bundesrat Aubert einen beträchtlichen Reiseertrag verschiedener Artung wird vorweisen können.

Randbemerkung zuhanden des Parlaments

Aber eine Randbemerkung kann ich mir nicht versagen: Es brodelte schon seit geraumer Zeit unter der Decke des Parlaments einer «Konkordanz-Demokratie», ein wenig um die Aussenpolitik Pierre Auberts, über seinen «neuen Stil», seine «Dynamik», über seine («häufigen») Auslandsreisen — es gingen denn auch beim Büro des Nationalrates eine Reihe von Interpellationen ein, so von Nationalrat

Allgöwer (BS) über eine «bescheidenere, traditionellere Aussenpolitik», von Nationalrat Hofer über unser Verhältnis zu den «Blockfreien», über die schweizerische Haltung auf der KSZE-Konferenz in Belgrad und deren Bewertung. Diese Vorstösse blieben auf der Traktandenliste von vier Sessionen (mit zwei ausserordentlichen) einfach liegen — hinter Innenpolitik und wirtschaftspolitischen Sorgen! Wären sie zeitgerecht behandelt worden, so wären solche Explosionschöckchen, wie das hier erwähnte, unterblieben oder vorzeitig abgebaut worden. Und der neue Aussenminister, der vor genau einem Jahr die Führung des Politischen Departementes angetreten hat und der in diesem ersten Amtsjahr *keinen ganzen Tag* im Nationalrat verbracht hat, hätte früher und deutlicher erfahren, was man über «seine» Aussenpolitik, die ja auch vom ganzen Bundesrat verantwortet wird, denkt. Er selbst hätte sich und seine Politik vor den Räten und der weiteren Öffentlichkeit erklären können; dazu reichen halt die wirklich offene Informationspolitik und die gründlichen Debatten in den Kommissionen für Auswärtiges nicht ganz aus!

Nun: Es wird in der Frühjahrs-Session, nach diesem Afrika-Scharmützel, das neue parlamentarische Vorstösse auslösen dürfte, bestimmt zu einer klärenden Aussprache kommen, in der auch gewisse Dinge «z'Bode gredt» werden. Dann wäre der Forderung eines Postulats des Schreibenden, es sei in jeder, allenfalls in jeder zweiten Session aussenpolitischen Fragen und Vorstössen mindestens eine Sitzung zu reservieren, fürs erste Genüge getan.

Basler Zeitung, 30.1.1979

Parlament will Auberts Aussenpolitik «zerpflücken»

Eine hitzige Debatte über die «dynamische Aussenpolitik» von Bundesrat Pierre Aubert steht bevor: Der Basler Landesring-Nationalrat Walter Allgöwer besteht darauf, dass nach Abschluss der Afrika-Reise des Aussenministers nun der Bundesrat verbindlich über Absichten und Ziele solcher «Reisediplomatie» orientiere, und zwar im Parlament.

Bern. P. A. Bereits nach dem ersten Höflichkeitsbesuch des neugewählten Bundesrats Pierre Aubert in der österreichischen Hauptstadt Wien schöpfte Nationalrat Walter Allgöwer (LdU, BS) Verdacht. In einer Interpellation kritisierte Allgöwer am 5. Juni letzten Jahres den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes: «Bundesrat Aubert hat am österreichischen Fernsehen ausgeführt, die Schweiz werde in Zukunft zu einer aktiveren, dynamischeren Aussenpolitik übergehen und bald der UNO beitreten. Es ist verwunderlich, dass solche Erklärungen im Ausland abgegeben werden, ehe unser Parlament dazu Stellung nehmen kann.» Nach Abschluss der zweiwöchigen Reise Auberts durch fünf westafrikanische Staaten kloppte nun Allgöwer in Bern auf den

Tisch: Er verlangte, dass in der am 5. März dieses Jahres beginnenden März-Session der eidgenössischen Räte endlich folgende fünf Fragen zur Aussenpolitik Auberts beantwortet werden:

- «Welche Ziele der schweizerischen Aussenpolitik verfolgt der neue Aussenminister und welches inländische Gremium hat ihnen zugestimmt?»
- «Sollten reisende Bundesräte nicht grössere Zurückhaltung in der Abgabe von Erklärungen im Ausland üben, damit die schweizerische Neutralität nicht leidet?»
- «Hat der Bundesrat Richtlinien aufgestellt, die seine Reisen ins Ausland regeln und die verhindern, dass mehrere Bundesräte Aussenminister spielen?»
- «Wann sind Konferenzbesuche oder Erfahrungsaustausch mit Fachministern an-

zeigt und wann ist die Selbsteinladung bei Staatspräsidenten oder Regierungschefs notwendig?»

● «Würde es sich nicht empfehlen, den schlichten schweizerischen Stil beizubehalten und nicht jede Auslandsreise mit grosser Publizität durch die Massenmedien bekanntzumachen?»

Inzwischen hat Allgöwer die Zusage erhalten, dass das auch von anderer Seite erneut aufgegriffene Thema «Aussenpolitik von Pierre Aubert» im Frühling im Parlament gründlich erörtert werde. Nach Auffassung des Basler Landesring-Politikers haben Auberts Reisen wiederholt unnötige Fragereien ausgelöst und zu Missverständnissen Anlass gegeben. Doch Allgöwers Kritik geht noch weiter, wie er der BaZ erklärte: «Offenbar werden aber nicht nur Missverständnisse produziert, sondern auch die Möglichkeiten des Kleinstaates Schweiz stark überschätzt», obwohl sich natürlich auch die Schweiz den Veränderungen in der Welt anpassen müsse. Doch dabei gelte es aufzupassen, dass man die Chancen etwa eines UNO-Beitrittes vor dem Volk durch die Fehler einer falschen Dynamik verscherze.

Allgöwer wörtlich zu seinen Vorbehalten gegenüber Auberts Stil: «Die Schweiz sollte aus ihrer Geschichte wissen, dass die Behauptung der Unabhängigkeit einerseits zwar eine gewichtige Leistung, andererseits aber eine grosse Portion an ständigem Misstrauen verlangt. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Vertreter des Bundesrates an einer internationalen Konferenz oder an einer Ministertagung teilnimmt. Aber bloss Goodwill-Touren bringen nichts ein, es sei denn international nachteilige Schwierigkeiten und Missverständnisse. Darüber täuschen uns keine Fernsehbilder beim Besteigen oder Verlassen eines Flugzeuges oder beim Händel-

schütteln hinweg. Im Gegenteil, allzu grosse Publizität schadet unserer neutralen Aussenpolitik.»

Nationalrat Allgöwer beabsichtigt mit seinem persönlichen Vorstoss, die Verantwortung wieder klar dort anzusiedeln, wo sie auch für die schweizerische Aussenpolitik gemäss Bundesverfassung liegt: Beim Gesamtbundesrat. Für eine «Dynamisierung der Aussenpolitik» habe weder aufgrund der internationalen Lage eine Notwendigkeit bestanden, noch habe das Parlament darüber beraten oder gar in solchem Sinne beschlossen: «Unser Ansehen in der Welt hängt nicht von den utopischen Idealvorstellungen einiger Theoretiker ab, sondern von unseren wirtschaftlichen und geistigen Leistungen und von unserer weltpolitischen Zurückhaltung. Wir müssen auf alle Fälle vermeiden, uns wie ein Kreisky anzubieten oder wie seinerzeit ein Palme lautstark Kritik an andern Staaten zu üben. Wir dürfen nicht Weltschulmeister spielen und ungefragt Ratschläge erteilen.»

Zu Bundesratsreisen meint Allgöwer grundsätzlich, und so wird er seinen Vorstoss im Parlament auch begründen, solche Visiten sollten «eine Ausnahme sein oder sich auf sachlich notwendige Kontaktmaßnahmen beschränken», und das habe «mit Hinterwäldlertum nichts zu tun, sondern mit dem weisen Kräfteinsatz eines Kleinstaates». In der Frühlingssession erwartet Allgöwer vom Bundesrat eine verbindliche Erklärung darüber, «wie er seine zukünftige Reisetätigkeit durchführen will, nach welchen Gesichtspunkten und mit welcher Zielsetzung», und vor allem möchte er «Gewissheit, dass unsere Aussenpolitik im Sinne der bewährten Neutralitätspolitik weitergeführt wird und wir uns nicht verleiten lassen, eine für unsern Kleinstaat schädliche Reisediplomatie zu pflegen».

Il Dovere, 30.1.1979

Il caso Aubert

Si è concluso domenica scorsa il viaggio del nostro ministro degli esteri Pierre Aubert in alcuni Stati africani. La stampa svizzera, prima ancora che fosse conclusa la missione di Aubert e della sua delegazione, ha riportato alla pubblica attenzione una serie di critiche tutt'altro che irrilevanti mosse al Capo della nostra diplomazia, scaturite da ambienti politici ed economici. Si rimprovera a Aubert di aver espresso apprezzamenti politici non consoni alla linea «neutrale» della Svizzera riguardo le sue relazioni estere, che richiederebbero, in una parola, prudente distacco dalle contestazioni dell'opinione politica internazionale nei confronti di certi regimi di governo. In particolare, si rimprovera Aubert di aver sottoscritto un comunicato congiunto elvetico-nigeriano in cui emerge la condanna al regime dell'apartheid, praticato soprattutto dall'Unione Sudafricana.

La Direzione del Partito socialista svizzero, reagendo all'ondata delle critiche contro il comportamento di Aubert, rileva, a giusta ragione, che il nostro ministro degli esteri ha sottoscritto un documento che riflette una posizione costantemente difesa dalla Svizzera dopo la conferenza

di Teheran del 1966. Ma le critiche dilagano oltre questo delicato riferimento politico e si arriva perfino a giudicare il viaggio di Aubert come un «safari» nelle calde terre africane, considerando così questo viaggio voluto dall'unanimità del governo federale una inopportuna occasione di folcloristica vacanza del Capo del Dipartimento politico. In una breve dichiarazione rilasciata dall'on. Aubert al Telegiornale, trasmessa sabato sera, quest'ultimo ha reagito alle critiche mossegli rilevando, in particolare, la scorrettezza, in verità insolita, che tali apprezzamenti di svilimento del viaggio diplomatico della delegazione governativa svizzera in Africa rappresentano nella sua portata politica e nei confronti dell'immagine del nostro Paese in questi Stati, soprattutto quando si considera, a livello delle responsabilità politiche, che queste critiche sono state montate prima della conclusione della sua missione. Il caso Aubert, non può essere sottaciuto; le reazioni critiche rappresentano, per chi scrive, un atto mortificante un'azione diplomatica del governo federale che va oltre l'offesa, ingiusta, che taluni esponenti della politica e dell'economia svizzera si compiacciono di

proporre all'indirizzo del consigliere federale Aubert. La Svizzera, sempre più dipendente dall'estero, soprattutto per la sua economia, ha iniziato, seppur con prudente volontà, ad aprirsi alle relazioni esterne attraverso membri del suo governo federale, ciò che solo una decina d'anni fa era considerata prassi di rigorosa eccezione.

Ricordiamoci la politica estera ai tempi di Petitpierre («Max la prudence», lo definiva Denis de Rougemont), di Spühler, per non retrocedere oltre nel tempo. Era, infatti, costume di una lunga tradizione governativa, che il consigliere federale non dovesse varcare le frontiere elvetiche e ciò valeva (salvo casi eccezionali) anche per il capo del Dipartimento politico. Così, per lunghi anni, i contatti con i governi esteri, in una parola, le relazioni con il mondo da cui da sempre dipendiamo per le concrete cose, era delegata «ad personam» ai nostri diplomatici di carriera e ai nostri uomini d'affari, assieme ambasciatori dell'immagine svizzera all'estero. Il governo doveva rimanere a casa e il suo ministro degli esteri pure, muovendosi solo nel ricevere le rappresentative estere giunte su

suolo elvetico tra Palazzo federale e la casa Von Wattenwyl di Berna. Una tradizione, dunque, che mi sembra, nel suo conservatorismo protocollare, abbia fatto, in parte, il suo tempo.

Dopo Willy Spühler, la politica estera svizzera cominciò a considerare con criteri più dinamici il problema delle sue relazioni con l'estero, considerando opportuno i contatti diretti del capo del Dipartimento politico e del capo del Dipartimento dell'Economia con la realtà del Paese con cui si intrattengono relazioni diplomatiche ed economiche di particolare importanza e interesse per la Svizzera. Così pure a livello parlamentare si sono intensificate le visite all'estero di delegazioni del Consiglio nazionale e degli Stati (una delle ultime riguardò la Repubblica popolare cinese). Il dinamismo svizzero verso le realtà del mondo che ci circonda e ci condiziona richiedono, con tutta la «prudenza elvetica» che si vuole, questo rinnovamento di stile e soprattutto richiedono un'apertura diretta

del Governo ai contatti personali e reali con i governi e le entità sociali ed economiche estere. Capire il mondo, intrattenere con il mondo relazioni politiche e civili, comporta, ovviamente, il «disturbo» di varcare l'uscio di casa.

Il caso Aubert, indipendentemente dalle simpatie e dalle antipatie che taluni possono avere nei confronti di questo nostro consigliere federale, è emblematico nel constatare la permanenza di una mentalità svizzera refrattaria alla dinamica delle relazioni esterne, anche se di queste relazioni la nostra economia produttiva vive per dire il cinquante per cento. Siamo ancora al livello della diplomazia fatta in casa, nel tepore della «Stübe» e dell'omaggio, per chi visita, magari della grossa forma di formaggio con i buchi e il «Männerchor» che allietta l'arrivo e la partenza.

Per ritornare ai fatti che caratterizzano ancora una volta questa mentalità di chiusure e di reticenze d'inizio novecento (quando ancora il Consiglio federale trovava il tempo di riunirsi al venerdì se-

ra per la partita collegiale a carte), dirò che è inammissibile mortificare una missione ufficiale del governo federale con critiche e illazioni così squalificanti come si è fatto nei confronti del viaggio dell'on. Aubert in Africa. Stiamo ridicolizzando il Paese e, soprattutto, screditando la nostra credibilità politica con simili atteggiamenti.

Se, al centro di queste insensate critiche si vuol mettere (ed è così!) la dichiarazione congiunta elvetico-nigeriana di condanna dell'apartheid, la squalifica, per la Svizzera, sarebbe ancora più mortificante (per non dir altro!), da un profilo ideale ed umano.

Del caso Aubert si parlerà in Parlamento e il consigliere federale non faticherà certo a difendersi. Oggi, per me, come cittadino svizzero, sento imperioso, al di là di ogni motivazione di parte, il dovere di difendere la dignità del nostro Paese all'estero, rappresentata, in questo specifico caso, per unanime volontà collegiale del Consiglio federale, dall'on. Pierre Aubert.

Massimo Pini

L'Impartial, 30.1.1979

Cher Monsieur Gnaegi...

Ah! Monsieur Gnaegi, que vous êtes futé...

On vous dit lent et à l'ouvrage plus sûr de vos mains que de votre tête, ce qui est souvent une qualité. Pourtant, avec votre gros sourire, avenant et rassurant, vous imposez le doute sinon le change.

Si fin politique, si avisé, que l'on ne s'est pas encore rendu compte que vous pensez, car vous ne livrez jamais le fond de votre humeur.

Vous venez de le faire, pour une fois, et vous avez eu raison de critiquer votre partenaire du Collège fédéral, Pierre Aubert, qui sera la voix de l'Afrique en Suisse, puisque vous lui discutez le devoir d'être celle de son pays chez les Noirs.

Vous avez raison, car ce faisant vous assurez sa défense... et la vôtre dans la même foulée.

Vous étiez à cette séance du 13 septembre où vous avez décidé, avec vos six collègues, de vous faire représenter durant 17 jours dans quatre pays d'Afrique, préférant, dans l'alternative qui vous était présentée, le terme d'un long voyage à un déplacement bref. Et avec le Conseil fédéral unanime, vous vous êtes rallié à l'idée de M. Aubert de visiter non point quatre, mais cinq pays en 14 jours seulement. C'était bien la moindre des politesses que de remercier le maximum de chefs d'Etat des bienfaits que nous mûrissons de nos investissements chez eux.

En tirant dans le dos de votre collègue chargé d'exposer votre politique et la nôtre, vous lui avez administré la leçon que seul un ami peut donner à un frère d'armes.

Vous avez tenu à vous engager très personnellement et à fond pour lui enseigner ce que jamais l'on ne doit faire à un jeune collègue. Merci, merci, M. Gnaegi, merci pour lui.

Eh oui! il a encore tant à apprendre, lui qui pratique un socialisme émotif, sans expérience gouvernementale et qui, trop humain, trop chaleureux écoute plus les conseils de son cœur que ceux de ses amis et il parle, parle, parle. Alors, ci ou là, un mot est trop lourd ou trop léger. Cela ne risque pas de vous arriver, vos silences sont si denses qu'on vous entend à peine ruminer vos idées.

Vous avez raison, M. Gnaegi, de prendre soin de notre Pierre, qui ne sachant pas ménager ses forces ni calculer ses efforts, reste à bout de nerfs.

Contrairement à vous, il vit survolté, confondant un peu l'agitation permanente avec l'efficacité. Il est demeuré au naturel et traîne avec lui cette tare bien neuchâteloise qui veut que dans notre pays de pasteurs et de pédagogues, on s'écarte souvent de l'essentiel à vouloir tou-

jours tout expliquer.

Vous, Monsieur le conseiller fédéral, vous vous en tenez à l'essentiel et en tirant à bout portant sur le voyage de votre Conseil en Afrique, vous défendez le vôtre à venir en Amérique et c'est ce que personne n'a compris!

Vous devez aller défendre à Washington les fameux montants compensatoires en échange des «Tiger» que nous allons mettre dans notre ciel.

Et vous savez que vous rentrerez presque bredouille. Donc voici votre malice.

Vous voudrez faire si vite, d'avoir critiqué Pierre Aubert qui a soi-disant fait trop long, que vous n'aurez pas le temps de négocier. Ainsi vous ne manquerez pas une seule séance du Conseil fédéral afin que personne n'ait le loisir de médire de vous en votre absence.

Voici que vous avez encore raison, car au cours actuel du dollar, la compensation attendue est trop ridicule qu'il vaille la peine de s'y attarder.

Futé M. Gnaegi, allez-y en «Concorde», vous serez plus vite rentré et ce sera votre gage à l'attachement symbolique que vous manifestez à l'endroit de la collégialité gouvernementale...

Gil BAILLOD

24 heures 30.1.1979

Chers collègues

LE voyage en Afrique du conseiller fédéral Pierre Aubert a-t-il duré trop longtemps ? Oui, confie M. Rudolf Gnägi à la presse zurichoise de boulevard. Peut-être, insinue M. Kurt Furgler. Il est inadmissible que le chef du Département politique quitte le pays pendant que le monde, à cause de l'Iran, se « déstabilise », commente sans rire M. Walther Hofer, président de la commission des Affaires étrangères du Conseil national.

Première remarque : M. Pierre Aubert a été absent 15 jours, c'est en gros le temps nécessaire pour briser quelques mythes soigneusement construits au cours des ans.

Fini le mythe de la collégialité gouvernementale. Anéanti le mythe selon lequel M. Walther Hofer, brillant spécialiste de politique étrangère, parviendrait à oublier les préjugés de ses électeurs.

Seconde remarque : M. Pierre Aubert n'a pas attendu son retour en Suisse pour répondre aux attaques. Sur terre africaine, où il a été triomphalement accueilli, il a donc expliqué à des Suisses méfiants la légitimité de ses efforts. Situation symbolique : elle montre que les plus sérieux obstacles à la politique étrangère suisse sont à l'intérieur du pays.

Pierre-André Stauffer

Basler Zeitung, 31.1.1979

Bonjour: « Neutralität entkrampfen »

Im Streit um die Aussenpolitik Bundesrat Auberts hat der Basler Historiker Edgar Bonjour klar Stellung bezogen: Er plädiert für eine konsequente Weiterführung der aussenpolitischen Oeffnung der Schweiz. Professor Bonjour, eine Autorität für die schweizerische Neutralitätsgeschichte, warnt vor Erstarrung und Immobilismus. Viktor Parma sprach mit ihm.

BaZ: Die «Aktivierung» der Aussenpolitik unter Bundesrat Aubert ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Wieviel Oeffnung erträgt die Schweiz mit ihrer Neutralität?

Bonjour: Heute recht viel. Jedenfalls mehr, als man bisher geglaubt hat.

Im Verlaufe der Geschichte hat der Neutralitätsbegriff grosse Wandlungen durchgemacht. Die wohl grösste Verengung erfuhr er zu Beginn dieses Jahrhunderts. Es war eine furchtbar enge und starre Auffassung von Neutralität. Das führte zu einem aussenpolitischen Immobilismus und gipfelte — berechtigterweise — in der Réduit-Haltung des Zweiten Weltkriegs. Am Ende des Kriegs hatte das Image der schweizerischen Neutralität einen nie zuvor erreichten Tiefpunkt erreicht. Dann kam die Wende.

Heute reden manche davon, dass ein Kurswechsel stattfinden müsse. Dabei hat diese Wendung schon 1945/46 eingesetzt. Bereits damals erkannte man, dass man aus der Isolation ausbrechen muss, dass man sich — dieses Wort fiel damals immer wieder — mehr öffnen muss.

Seither ist diese Entwicklung konsequent weitergeführt worden. Die Politik Auberts ist nur die Fortsetzung dieser Linie.

BaZ: Lässt sich diese zunehmende «Aktivierung» auf die Dauer überhaupt noch mit der Neutralität schweizerischer Prägung vereinbaren?

Bonjour: Die Neutralität ist kein Mythos mit religiöser Weihe. Noch nach der Anerkennung unserer Neutralität am Wiener Kongress 1815 hatten wir eine viel beweglichere Aussenpolitik als heute. Damals schloss die Schweiz sogar noch Bündnisse ab. Auch nach der Bundesverfassung von 1848 darf die Schweiz Bündnisse schliessen. Die Bündnisfähigkeit ist durch die Neutralität zwar eingeschränkt, aber nicht aufgehoben.

Wozu denn überhaupt Neutralität? Meiner Meinung nach ist sie ein aussenpolitisches Prinzip, mit dem wir unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit behaupten können. Sie ist ein Mittel zum Zweck. Ein General Guisan, der zu Geheimabkommen Hand bot, hat das auch so gesehen. Wenn es mit der Neutralität nicht geht, wählt man eben einen anderen Weg.

Neutralität auf ewig?

BaZ: Widerspricht das nicht unserer völkerrechtlich verankerten «immerwähren-

den Neutralität?»

Bonjour: Ich finde nicht. Ich habe mich immer wieder dagegen gewehrt, dass man in gewissen Büchern von «ewiger» Neutralität sprach. Ob die Welt wohl jemals so aussehen wird, dass unsere Neutralität sinnlos wird? Das ist jedenfalls in so weiter Zukunft, dass man vorderhand ganz richtig von «immerwährender Neutralität» sprechen kann.

BaZ: Die schweizerische Neutralität hat tiefe Wurzeln in der Geschichte, wie Sie in Ihrem Werk aufgezeichnet haben. Die Neutralität war insbesondere notwendig geworden, um den inneren Zusammenhalt der Eidgenossenschaft zu wahren. Trägt Auberts Aussenpolitik diesem geschichtlichen Hintergrund genügend Rechnung?

Bonjour: Ich verstehe gut, dass Sie das fragen. Ich habe es mir auch schon überlegt. Aber ich sehe — alles in allem — keine Gefahr. Ich vermag nicht zu erkennen, dass eine aktivere Aussenpolitik ganze Volksteile entfremden oder eine neue Spaltung des Landes heraufbeschwören könnte und so weiter. Wir sind heute soweit, dass das nicht mehr zu befürchten ist. Im übrigen trifft es auch für andere Staaten zu, dass die Aussenpolitik nie zu hundert Prozent vom Volk getragen wird. Opposition ist normal.

UNO-Nein wäre eine Blamage

BaZ: Welcher Stellenwert hat für Sie ein Beitritt der Schweiz zur UNO?

Bonjour: Eine zentrale Frage. Unser Abseitsstehen wirkt nicht nur eigenbrütlerisch, sondern geradezu eigennützig. Darum wird die Schweizer Neutralität vor der Welt ungläubwürdig. Unser UNO-Beitritt wird zwangsläufig kommen müssen.

Ich war schon 1945 als Mitglied der bundesrätlichen Konsultativkommission «zur Prüfung der Satzung der Vereinten Nationen», für den Beitritt. Der Bundesrat lehnte unsere Kommissionsempfehlung ab, weil er eine Einschränkung der Neutralität — wie es die UNO damals verlangte — nicht hinnehmen wollte. 1975 berief der Bundesrat in dieser Sache wieder eine beratende Kommission ein. Ich bin wahrscheinlich der einzige noch Lebende, der beiden Kommissionen angehört hat. 1975 war ich mit noch grösserem Nachdruck für den Beitritt, weil uns nun die UNO mitsamt unserer Neutralität akzeptieren würde.

Wir können uns nicht länger hinter unserer Neutralität verschanzen. Wir haben ja dieselben Ziele wie die UNO: Völkerverständigung, Frieden usw. Warum sollte sich das nicht verbinden lassen?

BaZ: Der Bundesrat zögert mit der UNO-Abstimmung. Er fürchtet einen negativen Volksentscheid. Wäre das so schlimm?

Bonjour: Ja. Das wäre eine Blamage in den Augen des Auslandes und würde uns daran hindern, bald wieder einen zweiten Urnengang durchzuführen. Heute wäre eine Abstimmung zweifellos verfrüht; wahrscheinlich gäbe es etwa 70 Prozent Nein-Stimmen. Wir müssen noch etwas zuwarten, etwa zwei Jahre. Aber nicht unbestimmte Zeit. Diese Frage beschäftigt mich sehr.

Die Gegner behaupten ständig, ein UNO-Beitritt würde der Neutralität schaden. Dass das nicht zutrifft, zeigt das österreichische Beispiel. Gewiss ist die Neutralität Oesterreichs viel jünger als unsere und deshalb gefühlsmässig auch nicht so tief verankert. Für uns braucht es eine ganz andere Ueberwindung. Wegen der langen Neutralitätspolitik war der Schweizer bisher politisch introvertiert. Man muss den Leuten Zeit lassen, sich an den Gedanken eines UNO-Beitritts zu gewöhnen. Aber das kommt nicht von selber: Eine breite Volksaufklärung ist notwendig. Die Medien müssen mitmachen, die Schulen. Wenn wir der UNO noch lange fernbleiben, wird das Image der Schweiz wie 1945 stark absinken. Hier setzt die Aussenpolitik Auberts ein. Den UNO-Beitritt will Aubert beschleunigt herbeiführen.

Ist Aubert zu dynamisch?

BaZ: Legt er dabei eine allzu forsche Gangart vor? Geht die «Dynamisierung» der schweizerischen Aussenpolitik zu weit?

Bonjour: In welchem Tempo voranzugehen ist, hat der Aussenminister zu entscheiden. Es ist eine Frage des Temperaments. Einzelne mögen finden, mehr Zurückhaltung wäre angebracht. Die «Dynamisierung» entspricht mir auch nicht völlig, aber es ist jedenfalls besser, dass es vorwärtsgeht als dass es stagniert.

BaZ: Was halten Sie von der Kritik Nationalrats Hofers an Bundesrat Aubert?

Bonjour: Ich bedaure diesen Zwischenfall. Es ist schade, dass es zwischen den beiden nicht zu einer mündlichen Aussprache gekommen ist. Sie hätten sich bestimmt weitgehend einigen können. Die Auseinandersetzung wäre nicht so scharf geworden, wenn man noch ein paar Tage gewartet hätte, statt in die Presse hineinzureden.

BaZ: War die vierzehntägige Westafrika-Reise Auberts nötig?

Bonjour: Ich habe es begrüsst, dass er diese Reise überhaupt unternommen hat. Die Schweiz muss jetzt Kontakte suchen. Wir wollen doch nicht ein historisches Museum werden. Die Afrika-Reise ist eingebettet in die gesamte aussenpolitische Konzeption. Und was die Dauer von 14 Tagen angeht: Das muss der Aussenminister selber wissen. Er hat ja einen Stellvertreter. Dafür ist der Stellvertreter da, dass er die Geschäfte während der Abwesenheit des zuständigen Fachministers weiterführt. Das wäre im Krankheitsfall nicht anders als bei Landesabwesenheit.

BaZ: Nationalrat Hofer stösst sich daran, dass Aubert eine Reise ausgerechnet in einem Moment unternimmt, wo mit der Destabilisierung im Iran eine grosse weltpolitische Krise im Anzug sei.

Bonjour: Diese weltpolitische Krise ist ja noch gar nicht eingetreten. Und es sind doch immer noch sechs Herren da, die die Politik führen.

Blockfreiheit statt Neutralität?

BaZ: In einem gemeinsamen Communiqué verurteilten Nigeria und die Schweiz die «Menschenrechtsverletzungen in aller

Welt und insbesondere die Apartheid in Südafrika». Nach Ansicht Nationalrat Hofer scheint die Schweiz im Begriff, die Sicht der blockfreien Staaten zu übernehmen.

Bonjour: Diese Furcht habe ich nicht. Im Communiqué ist an erster Stelle von den Menschenrechtsverletzungen allgemein die Rede, die Apartheid folgt an zweiter Stelle. Das geht völlig in Ordnung.

BaZ: Hätte man nicht noch Idi Amin, Kuba, die Sowjetunion, speziell erwähnen müssen?

Bonjour: Lieber nicht. Das hätte zu neuen Weiterungen geführt. Vielleicht war das mit den «Menschenrechtsverletzungen in aller Welt» gemeint. Eigens darauf hinzuweisen, hätte ich für unnötig, eventuell gar für inopportun gehalten.

BaZ: Die Schweiz beteiligt sich seit 1976 als Gast an den Konferenzen der blockfreien Staaten. Könnte eine zu enge Zusammenarbeit mit diesen Ländern die schweizerische Neutralitätskonzeption verwässern?

Bonjour: Ich glaube das nicht. Aubert hat eine sehr präzise Neutralitätsauffassung. Er will die Neutralität niemals preisgeben,

sondern modernisieren. Und wenn man eingeladen ist und Näheres vernehmen kann — wieso soll die Schweiz nicht präsent sein?

BaZ: Wo verläuft die Grenze zwischen Neutralität und Blockfreiheit?

Bonjour: Das ist schwierig zu definieren. Ich habe keine Angst, dass sich die Neutralität dadurch verwässert, dass man die Kontakte zu den Blockfreien pflegt — im Gegenteil: Vielleicht sieht man dann die Grenze genauer.

BaZ: Könnte es auf die Dauer nicht die westeuropäisch-demokratische Identität der Schweiz stören, wenn sie sich zu stark mit den Blockfreien — überwiegend Länder der Dritten Welt — einlässt?

Bonjour: Nein. Die Neutralität gilt ja weltweit. Die Schweiz muss sogar darauf achten, dass ihre Neutralität nicht als westeuropäische, sondern als globale anerkannt wird. Dass die Schweiz nach Westeuropa orientiert ist — sie liegt ja mitten drin —, versteht sich von selbst. Gerade deshalb sollte sie darnach trachten, nach allen Seiten hin starke Kontakte zu haben. Ihre Neutralität wird dann glaubwürdiger.

Reaktionen

BaZ. Zur Reise Auberts in Westafrika haben wir Stellungnahmen von Organisationen eingeholt, die in Afrika und anderswo Entwicklungshilfe leisten und an einer Aktivierung schweizerischer Aussenpolitik interessiert sind.

Markus Mugglin, Informationsdienst Dritte Welt:

«Die Afrikareise Auberts stellt ein positives Zeichen für die wachsende Bereitschaft der Schweiz dar, die den Entwicklungsländern zukommende Bedeutung in der Weltgemeinschaft allmählich zuzuerkennen. Trotzdem bleibt nach dieser Reise ein ungutes Gefühl. Nicht der von Nationalrat Hofer in kolonialistischer Ueberheblichkeit gemachte Vorwurf einer Safari-Reise ist gemeint. Vielmehr bleibt nach dieser Reise der Eindruck haften, dass ausenwirtschaftliche Belange in unseren Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt Priorität haben. Aus welchen Gründen sonst ist Bundesrat Aubert ausschliesslich nach westafrikanischen Staaten gereist? Wenn es der Schweiz schon um eine «gerechte, friedliche und international annehmbare Lösung» im brennendsten Konflikt Afrikas geht, so drängen sich doch vor allem engere Kontakte zu den Frontstaaten im südlichen Teil des Kontinents auf.»

Pressedienst der Kooperation evangelischer Kirchen und Missionen (KEM):

«Seit über 160 Jahren setzen sich die Missionsgesellschaften gemeinsam mit den Kirchen und in jüngerer Zeit auch den weltlichen Hilfswerken in unserem Lande dafür ein, der Stimme der Völker der Dritten Welt Gehör zu ver-

schaffen. Die mit Auberts Afrikareise signalisierte Oeffnung schweizerischer Aussenpolitik in dieser Richtung ist daher zu begrüssen. Wünschbar wäre aber, der Bundesrat würde in Zukunft bei seinen Erwägungen und Planungen solche Erfahrungen besser nutzen.»

Helvetas, Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer:

Für Helvetas bildet die Afrikareise von Bundesrat Aubert einen Meilenstein auf dem Wege zu einer aktiven schweizerischen Aussenpolitik, welche Neutralität nicht als Teilnahmslosigkeit, sondern als Möglichkeit zum Dialog auffasst:

«Wir begrüssen es, wenn sich Bundesrat und Schweizer Spitzendiplomaten an Ort über Entwicklungsfragen informieren. Die Optik der einheimischen Eliten und Machthaber ist jedoch allzuoft verzerrt und gibt eine nur unvollständige Orientierungshilfe ab. Sie ist ergänzungsbedürftig durch die alltäglichen Nöte und Sorgen der breiten Bevölkerung, wie sich diese zum Beispiel bei den an der Basis ansetzenden Entwicklungsprojekten äussern. In Obervolta hat Bundesrat Aubert durch verschiedene Projektbesuche Schritte in diese Richtung getan. Darüber hinaus wäre auch eine kritische Beurteilung des Entwicklungseffektes von schweizerischen Investitionen und Handel aus der Sicht der betroffenen Bevölkerung erforderlich. Es ist zu hoffen, dass bei nächster Gelegenheit über eine direkte Interessenwahrung hinaus, diesem gesamtheitlichen Entwicklungsverständnis Rechnung getragen werden kann.»

Westafrika-Tournee mit schriller Begleitmusik

Heute Mittwoch rapportiert Pierre Aubert im Bundesrat über seine Afrikareise. Danach wird er die Presse offiziell über die Ergebnisse seiner Tournee informieren. Er wird dabei Gelegenheit haben, einiges richtigzustellen, was über ihn gesagt und geschrieben worden ist. Eines steht jedenfalls heute schon fest: Der Gesamt-Bundesrat, der die Reise Auberts gebilligt hatte, wird den Kollegen Aubert nicht öffentlich desavouieren — man wird zwar verschiedene Dinge kritisieren, aber von einer «Schlachtung» Auberts kann nicht die Rede sein.

Von Henri Stranner, Bern

Angefangen hat die Reise mit einem schrillen Misston. Das Interview, welches Pierre Aubert der «Appenzeller Zeitung» gewährt hatte, geriet gründlich daneben. Auch das nachfolgende Dementi war fehl am Platz. Als man nachträglich aufgrund des Tonbandes feststellte, dass Aubert den umstrittenen Satz über sein Verhältnis zu Süd- und zu Schwarzafrika tatsächlich gesagt hatte, stand er als Lügner da.

Die erste Etappe in Nigeria verlief im grossen und ganzen gut. Sie brachte zwar im wirtschaftlichen Bereich — Uhrenkrieg — vorerst keine greifbaren Resultate. Dies veranlasste den Bundesrat, ein ganz und gar unübliches Telegramm mit einem kritischen Verweis nach Lagos zu kabeln. Aubert und seine Mitarbeiter konnten aber das Missverständnis bald ausräumen. Es wäre wohl vermessen gewesen zu hoffen, die neue nigerianische Import-Stop-Politik könnte bereits beim ersten Auftreten einer Schweizer Delegation einfach so umgeworfen werden.

Der politische Teil der Nigeriavisite hat nachträglich auch noch zu Kontroversen Anlass gegeben. Nationalrat Hofer (SVP, BE), der sich als Ständeratskandidat profilieren wollte, hat seinem früheren Strassburger Freund vorgeworfen, in Lagos ein zu wenig ausgeglichenes Communiqué unterschrieben zu haben. Dazu ist zu bemerken, dass unsere Diplomaten den ersten viel zu weitgehenden Communiqué-Entwurf Nigerias nicht akzeptierten. Der Schweiz gelang es, ins Communiqué, neben der unumgänglichen Verurteilung der Apartheid, einen Satz einzufügen, der Menschenrechtsverletzungen in aller Welt verurteilt. Man kann sich natürlich fragen, welchen Wert solche langen hochtrabenden Com-

muniqués haben. Hätte es aber die Schweizer Delegation rundweg abgelehnt, ein solches Communiqué zu unterzeichnen, so wäre dies von den Nigerianern als Affront empfunden worden, wäre der ganze Goodwill, den diese



Bundesrat Aubert besuchte der Reihe nach folgende Länder: Nigeria, Kamerun, Elfenbeinküste, Obervolta und Senegal.

Reise schaffen sollte, vergeblich gewesen.

Von den mitgereisten Berichterstattern war zu vernehmen, der wenig militärbegeisterte Pierre Aubert habe sich gegenüber einer nigerianischen Wache den Spass einer (nicht ernstgemeinten) Achtungstellung geleistet. Solche Scherze sollte unser Aussenminister unterlassen — das könnte einmal «ins Auge» gehen.

Der Besuch in Kamerun (zweite Etappe) verlief weniger aufregend. Er war vor allem dem Besuch schweizerischer Entwicklungsprojekte gewidmet. Hier wie in den nächsten Etappen (Obervolta und Elfenbeinküste) zeigte sich deutlich der grosse Nachteil des überladenen Besuchsprogrammes: Die Schweizer Delegation hatte, von Ort zu Ort hetzend, kaum richtige Zeit, sich mit den Afrikanern und den schweizerischen Entwicklungshelfern eingehend über die Problematik der schweizerischen Hilfe zu unterhalten. Gewissen Berichten zufolge war der mitreisende Entwicklungsspezialist Botschafter Heimo zu wenig vorbereitet, er soll den gewünschten Kontakt vernachlässigt haben. Die Entwicklungshelfer äusserten sich dementsprechend enttäuscht.

Hier wäre aber doch beizufügen, dass Pierre Aubert durch seine sehr spontane und charmante Kontaktfreudigkeit in den besuchten Ländern doch recht viel «Goodwill» für die Schweiz geschaffen hat. Aubert wurde gut empfangen, seine Visite fand ein lebhaftes Echo in den lokalen Medien. In einer Weltgegend, wo persönliche Kontakte eine noch grössere Rolle spielen als hierzulande, wusste man Auberts Gesprächsfreudigkeit zu schätzen.

Eine problematische Seite dieser Afrika-Tournee war hingegen die Publizität, die sie von Anfang bis Ende umgab. Da es sich um eine ausgesprochene «Goodwill-Reise» handelte, wollte man die von Aubert geplante «Öffnung nach Schwarzafrika» auch publizistisch untermauern und ermunterte daher die Zeitungen und Massenmedien, Journalisten mit auf die Reise zu schicken.

Einige Presseleute, die am «Anti-Aubert-Wirbel» Gefallen fanden, gossen dann noch unnötig Öl ins Feuer. «Blick» wusste zu berichten, dass man im Bundesrat sauer sei auf Aubert und insbesondere Gnägi und Furgler ihre Messer wetzten. Gestern wurde allerdings auf telefonische Anfrage hin in sämtlichen Departementen gesagt, dass all diese Berichte und Gerüchte übertrieben seien. Im EMD wird sogar erwogen, ein Dementi zu veröffentlichen. Man werde wohl dieses oder jenes an Auberts «Afrika-Türk» aussetzen, hiess es, generell stehe aber die Landesregierung weiterhin zu dieser Afrikareise, die sie seinerzeit ausdrücklich gebilligt hatte.

La Suisse, 31.1.1979

Où les ennemis de P. Aubert ont-ils la tête ?

La fantastique partie commerciale en cours entre la Suisse et le Nigeria aurait justifié à elle seule le voyage du conseiller fédéral Pierre Aubert en Afrique noire. Du coup, on s'étonne de voir quelques-unes des plus vives attaques contre notre ministre des affaires étrangères prove-

nir des milieux proches de notre économie d'exportation. Ou ces gens ont-ils la tête ?

Au surplus, le régime nigérian ne compte pas aujourd'hui au nombre des plus tyranniques. Les militaires au pouvoir semblent prêts à se lancer dès cet automne dans une expérience de rela-

tive démocratisation.

Bref, Pierre Aubert n'a pas eu tort de répéter devant ses interlocuteurs nigériens la condamnation déjà ancienne par la Suisse du régime de ségrégation raciale en Afrique australe. C'était même le bon endroit et le bon moment.

Georges PLOMB

Tages-Anzeiger, 31.1.1979

Kritik an Aubert aus Genfer Warte unverständlich

Von Pierre Simonitsch

Wo das innenpolitische Geschehen die breite Öffentlichkeit nur selten zu erhitzen vermag, werden gern Stürme im Wasserglas erzeugt. Momentan schlägt der Streit um Nutzen und Frommen der Reise von Bundesrat Pierre Aubert ins ferne Afrika seine Wellen. Nach Nationalrat Walther Hofer steigt Nationalrat Walter Allgöwer (Idu. Basel) auf die Barrikaden. Laut einem Bericht der «Basler Zeitung» verlangt Allgöwer eine Debatte der eidgenössischen Räte über die «Reise-diplomatie» des Aussenministers und hat dazu fünf Fragen eingereicht.

Die grundsätzliche Kritik an einer Afrikareise des Schweizer Aussenministers wirkt schon vom internationalen Genf aus betrachtet unverständlich: das Ausland muss den Vorgang ausgesprochen befremdlich empfinden. Denn wozu dient ein Aussenministerium, selbst wenn es amtlich «Politisches Departement» betitelt ist? Wohl um die Interessen des Landes in der restlichen Welt zu vertreten, die dazu notwendigen Beziehungen zu pflegen und die eigenen Standpunkte zu erläutern. Ein Aussenminister, der nicht reist, ist wie ein Auslandredaktor, der die Welt nur aus den Zeitungen kennt, von denen er abschreibt.

Mit eigenen Augen gesehen . . .

Kein Notenwechsel ersetzt den persönlichen Kontakt zwischen den Politikern verschiedener Nationen. «Die Flagge zeigen» ist kein Privileg der Grossmächte, sondern noch wichtiger für einen Kleinstaat. Auch für die politische Analyse ist der persönliche Augenschein die unerlässliche Ergänzung des Studiums von Lageberichten. Ein altes russisches Sprichwort lautet: Einmal mit eigenen Augen gesehen ist mehr wert als hundert Erzählungen. Natürlich sind aber die Daheimbleiber

stets die Besserwisser, weil ihre vorgefassten Meinungen nie vom Wind der Realitäten zerzaust werden.

Was Aubert von seinen Kritikern besonders angekreidet wird, ist die von ihm angekündigte «dynamische Aussenpolitik». Das Gegenteil von Dynamik ist die Trägheit. Wollen einige Leibärzte der Schweiz etwa eine «bewegungslose Aussenpolitik» verschreiben? Laut Nationalrat Allgöwer «müssen wir auf alle Fälle vermeiden, uns wie ein Kreisky anzubieten». Abgesehen davon, dass die Aussenpolitik des österreichischen Bundeskanzlers auch von der Opposition nicht in Frage gestellt wird und ihre Früchte trägt, ist das Anbieten Guter Dienste seit langem auch eine Komponente der schweizerischen Neutralität. Die Schweiz bietet sich als Gastland für internationale Organisationen und Konferenzen an, ist Mitglied von Waffenstillstandskommissionen, Depositarmacht der Genfer Rotkreuzkonventionen und fördert zwischenstaatliche Schiedsgerichte. Das in allen Erdteilen aktive Internationale Komitee vom Roten Kreuz besteht aus Schweizer Bürgern. Schweizer Botschafter im Ausland vertreten die diplomatischen Interessen von 15 fremden Ländern, die unter sich die direkten Beziehungen abgebrochen haben.

Ausgerechnet Afrika auslassen?

Die Zeit ist aber endgültig vorüber, wo die Schweiz im Elfenbeinturm darauf warten konnte, bis ausländische Regierungen um eine Gunst baten. Für viele junge Staaten der dritten Welt ist die Schweiz nur ein Punkt auf der Landkarte, assoziiert mit Schokolade und Bankgeheimnis. Andere Neutrale, wie Schweden, Oesterreich und Finnland, bieten heute ihre Guten Dienste an. Ihr Image ist durch keine trüben Geschäfte und Nummernkonten von Diktatoren aller Schattierungen getrübt. Wenn die Schweiz ihren traditio-

nellen Platz behaupten will, kann sie dies nur durch Engagement auf der Seite des Rechts und durch eine glaubhafte Aussenpolitik erreichen.

Vielleicht geht es manchen Kritikern von Auberts Amtsstil aber gar nicht so sehr um die Aussenpolitik als um ihre innenpolitischen Profilierung. War es ein Zufall, dass gerade die Reise zu den Negern, abfällig «Safari» genannt, zum Anlass genommen wurde, den Sturm zu entfachen? Wird da nicht versucht, aus unterschwelligem Gefühlen in Teilen der Bevölkerung Profit zu schlagen?

Die Fragen, die Nationalrat Allgöwer im Parlament zur Debatte stellen will, haben jedenfalls wenig mit Aussenpolitik zu tun. «Würde es sich nicht empfehlen, den schlichten schweizerischen Stil beizubehalten und nicht jede Auslandsreise mit grosser Publizität durch die Massenmedien bekanntzumachen?» möchte der LdU-Vertreter zum Beispiel wissen. Es ist wohl schwer zu definieren, worin der «schlichte schweizerische Stil» besteht. Falls damit der Ausschluss von Reportern gemeint ist, so handelt es sich um eine geradezu undemokratische Forderung, denn die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was die Bundesräte in offizieller Mission im Ausland treiben.

Auberts Vorgänger Pierre Graber besuchte in 39 offiziellen Auslandsreisen unter anderem China, Aegypten und Israel. Die aufstrebenden Industriegebiete Südostasiens werden von den Spitzen der Handelsabteilung (Volkswirtschaftsdepartement) «betretet». Verteidigungsminister Rudolf Gnägi wird in den USA verhandeln. Die Schweiz ist also beileibe nicht untätig. Warum sollte da ausgerechnet das rohstoffreiche schwarze Afrika ein weisser Fleck auf der Landkarte bleiben?

Voix ouvrière, 31.1.1979

«Safari diplomatique»?

On sait que l'expression est du professeur Walter HOFER, grand dignitaire de l'UDC (ancien PAB : parti des artisans et bourgeois, aujourd'hui Union démocratique du centre).

Peut-être que lui, grand manitou de la commission des Affaires étrangères du Conseil national s'est imaginé par cette attaque dirigée contre le conseiller fédéral Pierre AUBERT, « se placer » pour l'élection au Conseil des Etats.

Cela ne lui a pas porté bonheur puisque aussitôt il a été éliminé de la course par le candidat (inconnu d'autres que l'UDC) Peter Gerber. Et qu'il ne peut plus rester au Conseil national où il a fait son temps de douze ans (imposé par les règles de son parti).

Ce mauvais coup (comme le Parti socialiste a eu raison de le dire) n'a même pas réussi. Il est typique de constater que la voie de la critique acerbe avait été ouverte par le successeur de M. Schwarzenbach, le nouveau président des Républicains, M. Baumgartner. Et il convient de se souvenir que, de tous temps, M. Schwarzenbach, logique, a été raciste en même temps que xénophobe, portant aux nues la Rhodésie et l'Afrique du Sud, la sagesse et la patience des Blancs, la légitimité de la ségrégation raciale et de « l'apartheid ».

La Suisse avait pourtant par la voix de son ministre, M. Stucki, à Téhéran, en 1966, porté très nettement condamnation contre

l'inhumain et l'infame « apartheid ».

Par conséquent, P. Aubert n'innovait nullement et ne faisait que reprendre et renouveler une position arrêtée déjà et connue.

Il nous est arrivé de noter en passant, les considérations commerciales (voire mercantiles) qui ont accompagné le voyage officiel de P. Aubert en Afrique noire. Mais quoi ? faut-il s'en étonner. Comme si la Suisse n'était pas un pays capitaliste et comme si nous n'étions pas accoutumés à ce que les préoccupations d'affaires soient mêlées à sa politique étrangère...

Les conseillers fédéraux, autrefois confinés en Suisse (même pour leurs vacances) voyagent. C'est leur droit. Et même parfois leur devoir. C'est d'ailleurs le Conseil fédéral qui leur trace cette voie et approuve leurs itinéraires.

Les Baumgartner, Hofer et autres « libéraux » suisses alémaniques peuvent bien vaticiner. Il s'agit-là, au sens propre du mot, d'une campagne réactionnaire.

Si un débat s'ouvre à ce sujet devant les commissions des affaires étrangères et devant le Parlement, c'est ce que nous dirons, avec clarté et avec force.

La politique extérieure de la Suisse, à notre sens, n'est pas encore suffisamment « active ». Qu'elle le devienne un peu plus (même entachée de considérations « matérialistes ») n'est pas pour nous gêner, au contraire.

J.V.

Walliser Bote, 31.1.1979

Hiebe mit Nebenansichten

ch) Die schweizerische Aussenpolitik gab sich jahrelang so diskret und so zurückgezogen, dass beinahe die Meinung aufgenommen mochte, es gebe sie gar nicht. Die Regierung vertrat den Standpunkt, ein zu lautes Handeln und Tun in dieser Sache widerspreche der schweizerischen Neutralität.

Den Einbruch in diese Idylle wagte der erste sozialdemokratische Aussenminister, Bundesrat Willi Spühler. Sein Nachfolger, Bundesrat Graber, liess es bei einer kleinern Aus-

weitung beruhen. Was der jetzige Inhaber, Pierre Aubert, vorhat, zeichnet sich bereits ab. Er will die Aussenpolitik nicht nur von Bern aus machen, sondern Kontakte pflegen, Regierungen und Völker besuchen: er will die Schweiz ins Bewusstsein der Welt bringen und uns unter Umständen in die UNO führen.

Dem konservativen Schweizer passt so etwas kaum. Er gibt alte Bräuche nur ungern

auf, auch wenn sie nicht unbedingt zu den besten zu zählen sind. So ist es auch in der Aussenpolitik. Wie käme es sonst, dass Politiker, die wir zur Elite dieser Gilde zählen, meinen, die schweizerische Aussenpolitik sollte am besten einen Dornröschenschlaf schlafen. Es war denn auch kaum zu verwundern, dass die jüngste Afrikareise unseres Aussenministers nicht gerade wohlwollend aufgenommen wurde. Wickelte sich diese Kritik meistens inn

Hintergrund ab, so unter der Hand, als Gesprächsstoff, weil sonst nicht Besseres aufmochte, so blies der Berner SVP-Mann und Nationalrat Walter Hofer stark ins Horn. Und da sich diese Persönlichkeit viel mit Aussenpolitik befasst — er ist auch Vertreter der Schweiz im Europarat — blieben seine Vorwürfe nicht ungehört. Eingeweihte wollten allderdings wissen, dass er nur solchen Wirbel verursachte, um sich — und vor allem im Fernsehen — ins Rampenlicht zu setzen. Er stand nämlich zu dieser Zeit als bernischer Ständeratskandidat im Vordergrund, ein Rennen, das er aber, trotz Propaganda, verlor. In Wahljahren sind ja die Politiker verpflichtet, hin und wieder einen Auftritt zu geben.

Wir meinen, dass solche Kritik, auch wenn sie ehrlich und ohne zweifelhafte Hinter-

gründe abgegeben wird, unangebracht und ungerecht ist. Jeder einigermaßen in Staatsbürgerkunde Bewanderte weiss, dass die Aussenpolitik, genau gleich wie die Innenpolitik, vom Bundesrat als Kollegium gemacht wird. Wer also auf den Aussenminister haut, der meint im Grunde die Gesamtregierung. Dann aber soll auch die Schweiz heute aus ihrem Schneckenhäuschen heraus. Sie muss es vor allem wirtschaftlich tun. Unsere Industrie braucht Absatz. Von ihm hängen die Arbeitsplätze ab. Der Bundesrat hat dies erkannt. Wohl darum ist auch die schweizerische Aussenpolitik in dieses Feld eingespannt worden. **Wer sich die Mühe nahm, die Meldungen über Auberts Reise zur Kenntnis zu nehmen, der fand bald heraus, dass unser Aussenminister in jedem Land**

über handfeste wirtschaftliche Beziehungen und Interessen sprach und verhandelte. Der Schweizer, auch der aus Grossmutterns Zeiten, wird sich deshalb in Zukunft damit abfinden, dass unser Aussenminister häufiger reist und dass dies auch die übrigen Bundesräte tun werden.

Hofers Schlachtruf darf übrigens nicht überbewertet werden. **Im allgemeinen fand die Reise Auberts gute Aufnahme.** Kenner bedauerten nur, dass das Programm zu gedrängt war. Fünf Länder auf einen Streich sei des Guten zu viel gewesen. Nun, Aubert wird wohl an die Knauserigkeit seiner Landsleute gedacht haben. Deshalb wollte er möglichst viel auf einmal tun. Kritiker aus Hofers Schule haben es ihm schlecht gelohnt.

The first part of the document describes the current situation and the reasons for the proposed changes. It is followed by a detailed description of the proposed changes and their expected effects. The document concludes with a summary and recommendations.

The second part of the document describes the proposed changes in detail. It includes a list of the changes and a description of how they will be implemented. It also includes a list of the expected benefits of the changes.

6. Pressekonferenz vom 31.1.1979
Conférence de presse du 31.1.1979

PRESSEMITTEILUNG

Afrikareise des Chefs des Politischen Departements

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 31. Januar 1979 eine erste Orientierung von Herrn Bundesrat Aubert über seine Afrikareise entgegengenommen. Der Bundesrat stellt fest, dass diese Mission eine wertvolle Gelegenheit bot, unsere Aussenpolitik darzulegen und für die Schweiz um Verständnis zu werben. Es waren denn auch diese Ueberlegungen, die den Bundesrat am 13. September 1978 veranlasst haben, der Idee einer Afrikareise des Chefs des Eidg. Politischen Departements ausdrücklich zuzustimmen. Der Bundesrat wird sich in einer späteren Sitzung noch eingehender aufgrund schriftlicher Unterlagen des Eidg. Politischen Departements mit dieser Reise und der Aussenpolitik ganz allgemein befassen.

Herr Bundesrat Aubert wurde ermächtigt, die Presse heute über seine Eindrücke von der Afrikareise zu informieren.

BUNDESKANZLEI

COMMUNIQUE DE PRESSE

Voyage en Afrique du Chef du Département politique

Dans sa séance du 31 janvier 1979, le Conseil fédéral a entendu un premier exposé du conseiller fédéral Pierre Aubert sur son voyage en Afrique.

Le Conseil fédéral constate que cette mission a constitué une excellente occasion de présenter les grands principes de notre politique étrangère et, partant, de faire mieux comprendre aux autres pays l'attitude générale de la Suisse. Ce sont ces mêmes considérations qui ont amené le Conseil fédéral le 13 septembre 1978 à approuver sans réserve l'idée de ce voyage en Afrique. Lors d'une prochaine séance, le Conseil fédéral

examinera de manière encore plus approfondie, à l'aide d'une documentation qui lui sera fournie par le Département politique, les résultats de ce voyage et la politique étrangère en général.

Le Conseil fédéral a autorisé M. Aubert à faire part aujourd'hui à la presse de ses impressions sur son voyage.

31.1.1979

CHANCELLERIE FEDERALE

Neue Zürcher Zeitung, 1.2.1979

Rapport über die Afrikareise Bundesrat Aubert zum Problem der Reisediplomatie

Zy. Bern, 31. Januar

Mehr Kontakte mit der Dritten Welt

Bundesrat Aubert hat eine *erste Bilanz* seiner Reise nach *Westafrika* dem Bundesrat in der ordentlichen Sitzung vom Mittwoch vorgetragen und anschliessend die *Presse* über seine Eindrücke unterrichtet. Dieser Rapport war dazu angetan, das diplomatische Reiseunternehmen, das allzu reichlich als Gegenstand publizistischer Uebungen und folkloristischer Beigaben in Ton und Bild herhalten musste, in *realistische Proportionen* zurückzuführen. Das eigentliche Ziel, schweizerische Aussenpolitik in einer Reihe afrikanischer Länder darzulegen und um Verständnis für unser Land zu werben, ist nach Feststellung des Chefs des Politischen Departementes und des Bundesrats erreicht worden. Dass die *Reise nützlich* war, bestätigten die Gespräche der Schweizer Delegation mit ihren Partnern, die Sympathie für unser Land zeigten, aber auch erkennen liessen, dass die Schweiz vergleichsweise doch wenig bekannt ist. Eine Bestätigung liefern ebenso die Kommentare der Massenmedien in den besuchten Ländern, die die Schweizer Botschaften nach Bern übermitteln. Wenn die *schriftlichen Unterlagen* über diese Reise vorliegen, will der Bundesrat sich eingehend über die Ergebnisse aussprechen und sich allgemein mit Aussenpolitik befassen. Dabei wird auch festzulegen sein, was es mit der so viel zitierten *Aktivierung* schweizerischer Aussenpolitik auf sich haben soll. In diesem weiteren Zusammenhang mögen auch die Erklärungen Bundesrat Auberts zum Problemkreis Südafrika in einem noch vor der Abreise veröffentlichten Presseinterview und die Opportunität umfangreicher Communiqués nach Abschluss solcher Besuche zur Sprache kommen, wie dies in Nigeria der Fall war.

Entschieden verfocht Bundesrat Aubert vermehrte Kontakte mit der Dritten Welt. Die wachsende Bedeutung dieser Staaten, die im Nord-Süd-Dialog, aber auch im Gewicht von Gruppierungen wie den blockfreien Staaten zum Ausdruck kommt, lege es unserer Diplomatie nahe, sich auch nach dieser Seite mehr zu öffnen. Nach Auberts Worten musste die Schweiz die Initiative zu solchen Kontakten auf Ministerebene ergreifen, da aus protokollarischen Gründen nur auf dieser Stufe die entscheidenden Türen geöffnet werden konnten. Besonderes Gewicht mass Bundesrat Aubert dem schweizerischen Besuch in Afrika als Ausdruck des *Interesses für die Anliegen dieses Kontinents* bei. Die afrikanischen Staaten suchen solche Unterstützung in ihrem Bemühen um eine Position in der internationalen Politik.

In humorvoll untermalten Exkursen, aber noch spürbar erregt von der Kritik, die die Reise in Teilen der Oeffentlichkeit ausgelöst hat, verfocht Bundesrat Aubert solche Besuche auf Regierungsebene als eine *Notwendigkeit*, die durch die Formen der Aussenpolitik von heute aufgezwungen werde. Er verwies auf die von Partnern und Konkurrenten geübte Praxis und verwahrte sich dagegen, dass *Reisediplomatie* und Tourismus in Beziehung gesetzt werden. Die kleine schweizerische Delegation habe 16 bis 18 Stunden im Tag gearbeitet. Das *Programm* der Besuchstournee hat sich nach Feststellung des Chefs des Politischen Departementes in diesem Fall als zu *stark belastet* erwiesen.

Neben den politischen Gesprächen, in denen wachsendes Verständnis für die schweizerische Neutralität festgestellt wurde, standen Erörte-

rungen über bilaterale, namentlich wirtschaftliche, Fragen sowie über Entwicklungspolitik und einzelne Projekte der technischen Zusammenarbeit. Bundesrat Aubert kam auch mit den Schweizerkolonien zusammen.

Wirtschaftsgespräche in Nigeria

Im Gegensatz zu übertriebenen Berichten in einer Boulevard-Zeitung ging es bei den Gesprächen über *bilaterale Wirtschaftsfragen* in

Lagos, die Botschafter Emilio Moser, Vizedirektor der Eidgenössischen Handelsabteilung, führte, nicht um Verhandlungen. Es konnten aber Zwischenlösungen in der Frage der nigerianischen *Einfuhrkontrollen* anvisiert werden, und es besteht auch Aussicht auf Freigabe blockierter Kontingente für Schweizer Uhren. In nächster Zeit wird sich eine Delegation der Schweizer Uhrenkammer nach Nigeria begeben.

Journal de Genève, 1.2.1979

Retour d'Afrique

P. Aubert tire un bilan positif de son voyage

«Le monde n'a pas besoin de la Suisse, mais la Suisse a besoin du monde»

«Quand les Suisses auront compris que le monde n'a pas besoin de la Suisse, mais la Suisse a besoin du monde, alors nous aurons fait un grand pas en avant.» C'est en ces termes que Pierre Aubert – notre ministre des Affaires étrangères – a répondu mercredi aux attaques lancées contre son tout récent voyage dans cinq pays d'Afrique noire. Pierre Aubert n'entend toutefois pas entrer dans cette polémique. A l'origine de ces critiques, comme celle de l'agrarien bernois Walter Hofer, on trouve essentiellement la condamnation de l'apartheid en Afrique australe dans un document commun de Pierre Aubert et du ministre nigérian des Affaires étrangères. A ce propos, le chef de notre diplomatie a déclaré que l'évolution de la situation en Afrique australe allait contraindre la Suisse à effectuer des «choix douloureux» entre ses intérêts et les exigences de la communauté internationale. Autrement dit, il sera de plus en plus difficile de concilier certains de nos intérêts économiques, en Afrique du Sud par exemple, avec une politique fondée sur le respect des droits de l'homme. Pour le reste, Pierre Aubert tire un bilan largement positif de son périple africain. Il estime que dans les pays qu'il a visités, la Suisse a acquis un vaste courant de sympathie. Et l'aide suisse au développement y est très appréciée. Tout ceci n'empêche pas que quelques points d'ombre subsistent: les relations économiques entre la Suisse et le Nigeria ne sont en effet pas encore au beau fixe.



BERNE FÉDÉRALE
de notre correspondant
Jean-Claude RENNWALD

On sait par ailleurs que certains quotidiens ont laissé entendre que deux membres du gouvernement (Kurt Furgler et Rudolph Gnaegi) se seraient distancés du voyage de Pierre Aubert. Interrogé sur le respect ou non de la collégialité gouvernementale, Pierre Aubert a renvoyé les journalistes au communiqué diffusé hier par le Conseil fédéral, dans lequel celui-ci «constate que cette mission a constitué une excellente occasion de présenter les grands principes de notre politique étrangère et, partant, de faire mieux comprendre aux autres pays l'attitude générale de la Suisse. Ce sont ces mêmes considérations qui ont amené le Conseil fédéral le 13 décembre 1978 à approuver l'idée de ce voyage en Afrique».

Pierre Aubert estime aussi qu'après avoir visité plusieurs pays européens (de l'est comme de l'ouest), il était normal que notre diplomatie s'ouvre au tiers monde, dont «l'importance est enfin reconnue». N'appartenant pas à l'ONU, la Suisse n'a établi des contacts avec ces pays que dans le cadre d'organisations économiques internationales. Cette démarche n'est toutefois pas suffisante: il faut intensifier nos relations bilatérales avec les pays en développement, comme le font les pays qui nous sont proches. Quant au choix de l'Afrique, il a été dicté par l'importance politique et économique sans cesse croissante de ce continent.

En visitant cinq pays biens typés, la diplomatie helvétique voulait par ailleurs respecter un équilibre. Ainsi, à propos de l'apartheid en Afrique du Sud, le Nigeria a fait part de ses vues engagées, opposées à celles de la Côte-d'Ivoire, qui est plus acquise au dialogue. En outre, s'il a surtout été

question d'aide au développement en Haute-Volta, ce sont les échanges commerciaux qui ont été au centre des entretiens en Côte-d'Ivoire et au Nigeria, ces deux derniers pays ayant atteint un stade de développement avancé.

Commerce avec le Nigeria: poursuite des négociations

Depuis 1977, le Nigeria est devenu le partenaire commercial No 1 de la Suisse en Afrique. Il dépasse en effet l'Afrique du Sud aussi bien au chapitre des importations qu'à celui des exportations. En 1978 par exemple, l'industrie suisse a exporté pour plus de 400 millions de francs au Nigeria. Mais ces échanges se heurtent à plusieurs difficultés. Quels sont les résultats obtenus par

notre diplomatie? Le Nigeria devrait en principe abolir le blocage des importations de montres suisses. Contrairement à l'importation de pièces détachées, celle de montres finies serait toutefois soumise à un régime de licence. Mais les négociations ne sont pas terminées. Le dossier le plus délicat concerne cependant le contrôle par le Nigeria du prix de nos exportations sur le sol suisse, par le biais de la Société générale de surveillance à Genève. Mais ce système est contraire au Code pénal suisse, qui l'assimile à de l'espionnage économique. A Lagos, Pierre Aubert et ses collaborateurs ont fait des contrepropositions. Ils aimeraient que ce contrôle soit effectué par l'intermédiaire de nos Chambres de commerce. Ici aussi, les négociations vont se poursuivre. Espérons qu'elles aboutissent. Car ce sont 400 millions d'exportations qui sont en jeu.

La difficulté de créer la confiance

Le conseiller fédéral Pierre Aubert a donc présenté à la presse les résultats de son périple africain. En fait, si le Conseil fédéral l'a autorisé à communiquer ses impressions personnelles, il n'a pas encore, quant à lui, établi tout le bilan de ce voyage. Ce sera pour la prochaine séance gouvernementale. Et l'on peut s'attendre à un débat au Parlement, vu les réactions provoquées en Suisse par ce voyage. M. Aubert a dit qu'il souhaitait un tel débat afin de mieux définir la ligne de la politique étrangère vis-à-vis de l'opinion. Il a raison: ce débat est souhaitable. Il est incontestable que la mission africaine de M. Aubert était utile, opportune. Ceux qui ont parlé de safari africain n'ont, à l'évidence, pas compris l'importance qu'il y avait, pour la Suisse, à manifester sa présence dans le tiers monde, et à la manifester de manière chaleureuse, personnelle. Un Walter Hofer, par exemple, qui est un remarquable connaisseur des rapports Est-Ouest, un très bon représentant de notre pays au Conseil de l'Europe, n'a pas la sensibilité nouvelle qu'il faut avoir pour établir des liens nécessaires avec l'Afrique. Il n'est pas le seul. En Suisse alémanique, on a eu passablement de réactions négatives, telles celle du Parti radical schwytois ou, plus gravement, de la NZZ.

Dans ces critiques, il faut dire la part de la méfiance instinctive de certains milieux alémaniques à l'égard d'un conseiller fédéral romand. C'est inavoué, plus ou moins inconscient mais réel. En tant que Romand, on se doit de dire aux Alémaniques que ce réflexe n'est pas toujours très sain et qu'il comporte des dangers pour l'entente nationale.

Cela dit, on peut discuter du bien-fondé de la ligne d'action actuelle du Département politique. Ce n'est pas le monde qui a besoin de la Suisse mais la Suisse qui a besoin du

monde, a dit M. Aubert. Peut-être: cela n'est pas une raison suffisante pour s'écarter d'une politique de neutralité clairement définie, se référant à des principes qui ont l'attachement et l'adhésion de notre population. Ainsi, contrairement à certains confrères romands, nous ne considérons pas que Lagos était le lieu idéal pour que soit diffusé un communiqué commun nigéro-suisse contre la politique d'apartheid. Comment éviter que nombre de Suisses ne comparent la politique d'Afrique du Sud, par exemple, dont ce journal vient d'analyser en profondeur la quête difficile, aux aspects contradictoires, avec la politique de génocide pratiquée par Lagos envers les Biafrais? Comment éviter que des Suisses ne soient choqués, aient l'impression d'une recherche trop complaisante de la sympathie africaine?

Nous savons bien que les choses ne sont pas faciles pour le Département politique. Il était très délicat, pour M. Aubert, de rencontrer la compréhension de ses interlocuteurs tout en gardant une prudente réserve. Et nous avons la conviction que le capital de sympathie amassé durant cette quinzaine de jours portera des fruits heureux. Néanmoins, il serait très fâcheux que notre diplomatie ne rencontre pas le même soutien à l'intérieur de nos frontières. Il ne faudrait pas qu'on ait le sentiment que Berne court après la faveur de pays qui n'ont pas à nous dicter des principes de morale politique.

Tout cela n'est pas simple. Il est heureux que M. Aubert puisse redéfinir la position du Conseil fédéral à l'occasion du débat aux Chambres. Répétons que la politique étrangère suisse doit refléter une continuité et une fermeté suffisante pour susciter la confiance: à l'intérieur comme à l'extérieur.

Jacques-Simon Eggly

Libera Stampa, 1.2.1979

Il Consigliere Federale risponde alle critiche sul suo viaggio in Africa

Aubert: è la Svizzera ad aver bisogno del mondo e non viceversa

BERNA, 31. — «Quando il popolo svizzero avrà capito che il mondo non ha bisogno della Svizzera, ma che è la Svizzera ad aver bisogno del mondo, esso si renderà pure conto dell'infondatezza delle critiche avanzate da alcuni ambienti e esponenti politici contro il viaggio compiuto in Africa le scorse due settimane dalla delegazione elvetica». Ecco quanto ha detto il consigliere federale Pierre Aubert, capo del Dipartimento politico federale, parlando ad una conferenza stampa indetta dopo la seduta di mercoledì del Consiglio federale. Nella riunione, il governo ha ascoltato una prima breve relazione del capo del DPF sui contatti avuti in Nigeria, Camerun, Alto Volta, Costa d'Avorio e Senegal. Il Consiglio federale si occuperà più profondamente dei risultati del viaggio nella seduta del 14 febbraio, vale a dire fra due settimane. Nel frattempo, i membri del governo avranno la possibilità e il tempo di studiare i rapporti che informano su tutti i particolari degli incontri.

Per il momento il Consiglio federale costata che la missione ha offerto un'eccellente occasione di presentare i grandi principi della nostra politica estera a una serie di paesi africani. Gli incontri avuti dall'on. Aubert e dai suoi collaboratori hanno costituito un'eccellente occasione per far meglio capire l'atteggiamento generale della Svizzera. In un comunicato diffuso mercoledì pomeriggio il Consiglio federale ricorda di avere approvato il 13 dicembre 1978, senza riserve, il programma di viaggio del capo del DPF.

Il Consiglio federale ha però intanto già autorizzato l'on. Aubert a presentare alla stampa un primo bilancio del viaggio. Il capo del DPF ha esordito ricordando che il viaggio è stato effettuato in funzione della politica approvata più volte dal Consiglio federale, politica che si basa sui quattro principi che raccolgono la quasi unanimità del popolo svizzero e che sono: neutralità, solidarietà, disponibilità e universalità. Il viaggio ha corrisposto a una necessità politica. D'altra parte si può dire che sono stati raggiunti gli obiettivi fissati nei campi politico ed economico. Per quel che riguarda le dichiarazioni sulla politica della segregazione razziale (Apartheid), contenute nel comunicato comune niger-svizzero, l'on. Aubert ha precisato che la Svizzera non può rifiutare di tenere conto di un'evoluzione che la costringe a fare scelte, che potrebbero forse rivelarsi dolorose, fra le comunità internazionale e gli interessi nazionali. Le reazioni della stampa africana alle dichiarazioni degli esponenti elvetici hanno d'altra parte confermato che il nostro punto di vista è stato capito e che trova comprensione.

La visita in Africa parte dalla politica di apertura praticata già dai dirigenti precedenti del DPF che hanno visitato prima al-

cune capitali dell'Europa occidentale e di paesi tradizionalmente amici, poi si sono recati nel vicino e Medio Oriente e, infine, dopo l'Unione Sovietica, anche in altri paesi del blocco socialista.

Nello stesso tempo si è trattato di prendere contatti al massimo livello con paesi con i quali, come la Nigeria, intratteniamo eccellenti relazioni economiche (la Nigeria è, per esempio, il più importante cliente africano dell'industria degli orologi).

L'Africa è stata anche scelta per la sempre più grande importanza che i paesi del continente nero assumono nelle organizzazioni internazionali e del Terzo Mondo. «Ci siamo voluti informare — ha affermato l'on. Aubert — e abbiamo voluto far conoscere il nostro punto di vista».

I paesi visitati rappresentano un largo ventaglio nella realtà africana. Due nazioni relativamente sviluppate: la Nigeria e la Costa d'Avorio, due intermedi: il Senegal e il Camerun e l'ultima, l'Alto Volta, che figura fra i cinque paesi più miserabili del mondo.

Mentre nei paesi sviluppati si è trattato innanzi tutto di difendere la nostra posizione nel settore del commercio estero, negli altri sono stati discussi piuttosto problemi della cooperazione tecnica e allo sviluppo. La delegazione si è potuta rendere conto che i nostri volontari stanno svolgendo un'opera preziosa per lo sviluppo di queste regioni diseredate e che godono di una buona reputazione.

Concludendo, l'on. Aubert ha ribadito che gli obiettivi del viaggio sono stati pienamente realizzati in quanto è stato possibile avere al massimo livello scambi di idee su problemi di politica estera di interesse generale, di esaminare altri progetti di cooperazione, di discutere la possibilità di rafforzare le relazioni economiche e di creare «good will» per il nostro popolo.

Berner Zeitung, 1.2.1979

in der hintersten Ecke des Saales stand ein Oberländer SVP-Nationalrat, um den langen Tisch gruppierten sich zahlreiche in- und ausländische Journalisten: ein aussergewöhnlicher Rahmen für eine Pressekonferenz. Doch auch der Gegenstand war aussergewöhnlich: Erstmals war ein schweizerischer Aussenminister nach Schwarzafrika

Aussenpolitik

Nicht im Wahljahr

gereist, was noch während seiner Abwesenheit zu heftigen Kritiken geführt hat. Wer nun von Bundesrat Aubert die grosse Rechtfertigungsrede erwartet hatte, wurde enttäuscht. Der Aussenminister, dem der Gesamtbundesrat gestern

den Rücken gestärkt hat, trat kaum auf die Kritiken ein. Vielmehr würdigte er den Erfolg der Mission. Das Ziel sei erreicht worden, «und das genügt mir». Auberts grosse rhetorische Antwort wird dennoch nicht ausbleiben, dafür haben Parlamentarier mit dringlichen Anfragen bereits gesorgt: In der Märzsession der eidgenössischen Räte wird es zu einer ausserpolitischen Debatte kommen.

Mit seiner Aktivität und seinem bewundernswerten Engagement hat sich Pierre Aubert selber unter Zeitdruck gesetzt. In vierzehn Tagen will sich nämlich der Bundesrat über die Aussenpolitik aussprechen. Das heisst für den Aussenminister, der erst seit einem Jahr im Amt ist: ein klares Konzept ~~interbreiten~~ die schönen Worte wie «Öffnung» und «Dynamisierung» konkretisieren, Ziele und

Absichten klarlegen. Der Bundesrat seinerseits wird sich zu einer Linie bekennen, eine «unité de doctrine» finden müssen. Denn im Wahljahr werden sich einige Ratsherren innenpolitisch zu «profilieren» versuchen und einer Aktivierung unserer ausserpolitischen Bestrebungen den Kampf ansagen. Dass es in der Aussenpolitik ohne «Reisediplomatie» einfach nicht mehr geht, dass die Schweiz nicht einfach abseits stehen und sich in der traditionellen humanitären Rolle sonnen kann, dass in der Aussenpolitik auch handfeste Wirtschaftsinteressen eine bedeutende Rolle spielen — all das sind Argumente, die sich in einem Wahlkampf schlecht verkaufen lassen. Deshalb wird die Regierung gut daran tun, grosse Weichenstellungen in ausserpolitischen Fragen erst dem neugewählten Parlament zu unterbreiten...

Markus Schneider

Der Bund, 1.2.1979

Zu Bundesrat Auberts Afrikareise:

Kritik im falschen Moment

ks. «Ein charmanter Gesprächspartner! Ein sympathischer Mensch! Ein Idealist! Einer, der spontan reagiert, der sagt, was er denkt! Aber ist er auch ein Bundesrat? Hat er die notwendige Härte eines professionellen Politikers?»

Über den Chef des Politischen Departements und seine Afrika-Reise ist in den letzten Tagen viel gesagt und geschrieben worden — und das ist eigentlich ungewöhnlich, denn Aussenpolitik gilt sonst hierzulande kaum als bevorzugtes Diskussionsthema, man pflegt Aussenpolitik viel eher als ein notwendiges Übel zu betrachten. Aussenpolitische Betriebsamkeit erregt Misstrauen und Verdacht. Von der Landesregierung wird erwartet, dass sie ohne viel Aufhebens das in diesem Bereich Unerlässliche erledigt und sich im übrigen nicht in «fremde Händel» mischt. Diese Spielregel eidgenössischer Politik haben die Bundesräte bisher weitgehend befolgt. Ohne grosse Publizität sind sie hin und wieder ins Ausland gereist und ohne grosses Aufsehen zu erregen zurückgekommen. Schweizerische Aussenpolitik spielte sich weitgehend hinter den Kulissen ab. Dem Volk blieb dabei verborgen, wie weit die Aussenpolitik in unser staatliches Leben eingreift, wie wenige Geschäfte im Bundeshaus noch ohne Rücksicht auf internationale Verflechtungen erledigt werden können, wie sehr alle sieben Departemente ihre Tätigkeit auch auf das Geschehen ausserhalb unserer Landesgrenzen abstimmen müssen. Aus-

senpolitik blieb in unserem Lande lange Zeit Sache derjenigen, die dafür angestellt und bezahlt waren. Zur öffentlichen Diskussion, zur Auseinandersetzung für diejenigen, die sich auf dem Parkett der Politik profilieren wollten, gab es genügend Probleme scheinbar rein innenpolitischer Natur.

★

Als vor genau einem Jahr ein neuer Chef ins Politische Departement einzog, rieben sich dort in Ehren ergraute Beamte erstaunt die Augen. «Er trägt sein Herz auf der Zunge», hiess es, als die Presse die ersten Interviews und Reden des neuen Aussenministers publizierte. «Der wird rasch zurückgestutzt werden», prophezeiten die Kenner der Bundesverwaltung. Aber nichts geschah: Aubert redete weiter, wie es ihm beliebte, nahm kein Blatt vor den Mund, warb vor jeder Tür für den UNO-Beitritt, benahm sich hin und wieder charmant daneben — ein lebenswürdiger Amateur unter abgebrühten Politikern.

★

Zu Beginn fand Auberts neuer Stil viel Anklang. Ein frischer Wind schien durch die Korridore des Politischen Departements zu wehen, man war überrascht, manchmal auch ein wenig belustigt, aber gewillt, dem neuen EPD-Chef einigen Kredit einzuräumen. Mit der Zeit begann man sich jedoch hier und dort Sorgen zu machen. Bundesrat Aubert könnte diesen Kredit allzu leichtsinnig verscherzen. Aubert

redete viel, weil er glaubte, das Volk mit Reden überzeugen zu können, aber je länger je mehr redete er am Volk vorbei. Er plädierte, aus voller Überzeugung und mit viel persönlichem Engagement, für den Beitritt der Schweiz zur UNO, aber er tat dies zu häufig, zu missionarisch, mit zuwenig Einfühlungsvermögen in die Deutschschweizer Mentalität, so dass er letztlich bei vielen Zuhörern das Gegenteil dessen erreichte, was er anstrebte: Man fühlte sich mehr überredet als überzeugt.

★

Aubert hat als Bundesrat von Anfang an die Publizität gesucht; weniger seiner Person wegen als um der Sache willen: Um den Beitritt zur UNO, die Erhöhung der Entwicklungshilfe, die europäische Zusammenarbeit zu fördern. Presse, Radio und Fernsehen haben, nach der für sie wenig fruchtbaren Epoche Bundesrat Grabers, dieses ihnen entgegenkommende Streben nach Publizität freudig begrüsst, sie anerkannten dankbar die Kontakt- und Informationsfreudigkeit des Politischen Departements unter seinem neuen Chef, und sie haben dafür mit guten Kritiken nicht gespart. So ging auch die Afrikareise Auberts mit derart viel Publizität über die Bühne, wie noch nie eine Auslandsreise eines Bundesrats zuvor. Genau genommen stimmte der publizistische Aufwand mit dem Zweck der Reise durchaus überein: Es war ja eine «Goodwill-Reise» geplant, das heisst, in den afrikanischen Staaten sollte Verständnis für die Schweiz, und, nach Auberts Intentionen, sicher auch vermehrtes Verständnis in der Schweiz für die afrikanischen Entwicklungsländer geweckt werden. Publizität, sowohl in Afrika wie in der Schweiz, war also unumgänglich, wenn der Zweck der Reise erreicht werden sollte. Aber Publizität ist unberechenbar, das hat Aubert während seiner Abwesenheit erfahren müssen. Die Publizität um seine Afrikareise fand ihren Niederschlag nicht nur in gutmeinender Zustimmung, sondern auch in harter Kritik.

★

Regierungsmitglieder dürfen von

Kritik nicht verschont bleiben. Auch der Aussenminister muss sich Kritik gefallen lassen. Aber die Kritiken an Aubert und seiner Afrikareise erfolgten erstens im falschen Moment und waren zweitens zum grössten Teil unzutreffend. Einem in offizieller Mission im Ausland weilenden Regierungsmitglied schießt man nicht von der Heimat aus in den Rücken! Denn man schadet damit letztlich mehr den aussenpolitischen Interessen der Schweiz als dem betreffenden Bundesrat.

Diese Reise Auberts, und das muss anerkannt werden, war notwendig, und sie war – aufs Ganze gesehen – auch ein Erfolg. Als erster Aussenminister unseres Landes hat Aubert den persönlichen Kontakt zu Ländern dieses «erwachenden Kontinents» hergestellt. Das ist ihm positiv anzurechnen, denn in den Hauptstädten befreundeter europäischer Staaten wären Lorbeeren weitaus bequemer zu holen als auf einer anstrengenden Afrikareise. Nach einhelliger Meinung der an Ort und Stelle weilenden Beobachter hat Aubert die Schweiz auf dem schwarzen Kontinent gut vertreten. Ob sein Reiseprogramm zweckmässig gestaltet, ob die Reisedauer von zwei Wochen zu lang war, darüber lässt sich streiten, besonders wichtig ist es letztlich nicht. Was zählt, sind auf die Dauer auch nicht die kleinen handels- und wirtschaftspolitischen Vorteile, welche die Schweizer Delegation am Rande ihrer Reise aushandeln konnte; was zählt, ist vielmehr der neue Geist, den die schweizerische Aussenpolitik mit Auberts Reise zum Ausdruck brachte: Eine Öffnung gegenüber jenen Teilen der Welt, die auf der Landkarte des Politischen Departements bisher noch weitgehend als weisse Fläche eingezeichnet waren.

★

Kritik an Regierungsmitgliedern ist notwendig. Kritik an Bundesrat Auberts Stil drängt sich auf, aber die Kritik an seiner Afrikareise war nun doch zu kleinkariert. Vor allem war es Kritik im falschen Moment.

Konrad Stamm

Basler Zeitung, 1.2.1979

Afrika war eine Reise wert

Von Henri Stranner, Bern

Gestern hat Bundesrat Aubert seine Regierungskollegen und danach die Presse über seine Afrikareise orientiert. Es handelt sich dabei nur um eine vorläufige Bilanz. In vierzehn Tagen will der Bundesrat allgemein über die Aussenpolitik und die Reisediplomatie sprechen. Eines steht jedenfalls fest: Nicht nur Aubert, sondern der Gesamtbundesrat ist der Ansicht, dass diese Reise eine gute Sache war, dass sie dazu beitrug, das Verständnis in Afrika für die Schweizer Politik zu vertiefen.

Im Moment ist ein abschliessendes Urteil über Auberts Afrika-trip noch nicht möglich. So ist u. a. noch nicht restlos klar, ob und in welchem Umfang es Aubert und seiner Equipe gelungen ist, in Nigeria blockierte Uhrenlieferungen und andere umstrittene Dossiers (Preiskontrolle über Schweizer Exportprodukte) zu deblockieren. Dabei muss aber jedenfalls berücksichtigt werden, dass es sich hier um eine «Goodwill»-Mission handelte, die unmittelbar keine wirtschaftlichen Resultate zutage fördern sollte und konnte. Der Nutzen einer solchen Reise lässt sich nicht in Franken und Rappen berechnen. Eines steht jedoch ausser Zweifel: Es war höchste Zeit, dass die Schweiz einmal über den europäischen Kontinent hinaus Kontakte mit dem schwarzen Erdteil sucht, in jene «Dritte Welt» vorstösst, die heute in der Welt politisch und wirtschaftlich an Gewicht zunimmt. Andere Nationen haben das längst getan. Eine andere Frage ist allerdings, ob dieser erste schweizerische Vorstoss Richtung Afrika in dieser Form durchgeführt werden musste, ob es klug war, gleich vierzehn Tage zu investieren und fünf Länder ohne Ruhetag zu besuchen. Viele Begleiter Auberts haben die Meinung geäussert, «weniger wäre mehr gewesen». Pierre Aubert selbst deutete an seiner gestrigen Pressekonferenz an, man werde aus diesem Experiment organisatorisch Lehren für die Zukunft ziehen. Man muss sich auch fragen, ob es von Gutem ist, wenn um eine solche Reise ein derartiger Publizitätswirbel entfacht wird. Aubert wollte, dass seine «Afrika-Premiere» Beachtung findet — nun, sie hat viel mehr Wirbel ausgelöst, als ihm offenbar lieb war. Sie hat Neider und Kritiker auf den Plan gerufen und, als «Gegenreaktion», nationale Instinkte geweckt. Diese Reaktion muss Pierre Aubert, sein politisches Departement und den Gesamtbundesrat daran erinnern, dass in unserer direkten Demokratie aussenpolitische Oeffnungen nicht einfach so improvisiert werden können, sondern geduldig und systematisch vorbereitet werden müssen. Die kritische Reaktion auf das in Lagos unterzeichnete Communi-

qué (wie auch auf das Interview Auberts in der «Appenzeller-Zeitung») haben gezeigt, dass die in Bern gewünschte «Oeffnung Richtung Dritte Welt» und die damit verbundene Absage an das Apartheid-Regime in Südafrika nicht von allen Schweizern bejaht werden, dass da noch einige Informationsarbeit geleistet werden muss.

Es muss einmal ganz offen gesagt werden: Auch die Schweiz hat eine gewisse koloniale Vergangenheit zu überwinden. Die Schweiz hatte zwar nie Kolonien, aber es steht ausser Zweifel, dass eine Anzahl Schweizer sich rege an dem beteiligt haben was man «koloniale Ausbeutung» nennt; unsere Wirtschaft hat lange von billigen Rohstoffen, von der Arbeit der «Neger» in aller Welt profitiert. So gibt es heute noch recht viele Schweizer, die auf die letzten Reste «weisser» Präsenz im südlichen Afrika bauen und die Unabhängigkeit der früheren Kolonialvölker nicht so recht zur Kenntnis nehmen wollen. Diese Leute müssen umdenken — sie können den Trend zur Entkolonialisierung nicht bremsen oder gar umkehren.

Der psychologisch ungenügend vorbereitete Afrika-Trip zeigt wieder einmal die Notwendigkeit, in der Schweiz eine breitere aussenpolitische Diskussion in Gang zu bringen. Es ist zu begrüssen, dass unsere Landesregierung in Kürze eine allgemeine Aussprache über dieses Thema führen will, dass sie Aubert dazu drängt, nach seinem «Lehrjahr» ein zusammenhängendes Programm zu entwickeln und gewisse Prioritäten zu setzen.

Diese geistige Auseinandersetzung um die Aussenpolitik muss aber auch vom Parlament nachvollzogen werden. Es ist peinlich, wenn man feststellen muss, dass die von verschiedenen Parlamentariern gewünschten aussenpolitischen Diskussionen aus «Zeitmangel» von Session zu Session verschoben werden. Unser Milizparlament sollte, trotz chronischer Ueberlastung, im März endlich Zeit finden, sich einmal eingehend mit aktuellen Weltproblemen zu befassen; die Kritiker sollen dann Bundesrat Aubert mit offenem Visier entgegentreten.

Eine allgemeine aussenpolitische Standortbestimmung drängt sich jedenfalls nach diesem «afrikanischen Sandsturm» gebieterisch auf.

Tribune. Le Matin, 1.2.1979

Le voyage « nécessaire » de Pierre Aubert Pas une chasse à l'éléphant

« Pour un pays comme la Suisse qui ne dispose pas des contacts offerts par l'ONU, la diplomatie itinérante est une nécessité ». Mercredi après-midi, à Berne, Pierre Aubert a tiré le bilan de son voyage en Afrique. « La Suisse a besoin du monde et non le monde de la Suisse, elle ne doit donc perdre aucune occasion de présenter à l'étranger ses principes de politique étrangère. Et puis, dans la plupart de ces pays, seul un ministre est à même d'ouvrir toutes les portes. »

Pourquoi avoir réalisé cette « première » en Afrique ? Pierre Aubert répond : le conflit d'Afrique australe pourrait placer la Suisse dans une situation délicate. Si les pays occidentaux devaient prendre des sanctions contre l'Afrique du Sud (apartheid), la Suisse devrait « concilier la nécessité de ne pas ignorer complètement l'attitude de la communauté internationale et la défense des considérables intérêts économiques helvétiques dans ce pays. La consolidation d'un climat de bienveillance à notre égard prend donc une valeur prophylactique non négligeable ».

M. Aubert ne veut pas répondre aux nombreuses critiques qui se sont abattues sur son voyage. Sans le nommer, il compare M. Walther Hofer, son principal détracteur, au vieil éléphant qui s'éloigne du troupeau pour barrir, une dernière fois, et mourir. (La carrière politique fédérale de M. Hofer vient de s'achever).

Dans les 5 pays visités en 15 jours, les cinq diplomates suisses n'ont pas parlé que de politique internationale. Ils ont tenté de dénouer certains pro-

blèmes bilatéraux politiques ou économiques. Ils ont également visité des projets suisses de développement et rencontré des experts travaillant sur place.

Les échanges Suisse-Nigeria

Au cours de la visite au Nigeria, les problèmes économiques ont constitué le gros de la discussion :

— Il y a tout d'abord le contrôle des prix que le Nigeria aimerait imposer aux produits suisses destinés à l'exportation. Si tout le monde semble d'accord sur le principe de ce contrôle des prix, le Nigeria aimerait qu'il soit effectué par une entreprise privée (la Société générale de surveillance, à Genève) alors que les Suisses souhaitent que ce contrôle soit confié aux Chambres de commerce cantonales. Ils invoquent le Code pénal suisse qui interdit à une maison suisse de recueillir des informations dans d'autres entreprises suisses pour le compte d'un Etat étranger (voir à ce propos les informations publiées mercredi par la TLM).

— Deuxième problème, le Nigeria bloque, par des tracasseries administratives, l'importation de montres fines suisses. Mais, au cours des négociations, les diplomates suisses ont découvert que l'exportation au Nigeria de pièces détachées de montres était toujours possible. On exportera donc des pièces qu'on montera sur place.

— Dernier problème, les textiles suisses et les broderies : ils sont toujours interdits d'entrée au Nigeria. Lagos n'a fait aucune concession sur ce point.

Pierre Aubert présentera un rapport complet sur son voyage à la mi-février au Conseil fédéral. Il expliquera, à la même occasion, les différentes options de sa politique étrangère. Un débat parlementaire devrait avoir lieu sur le même sujet au cours de la session de mars.

Roger de Diesbach

Luzerner Neuste Nachrichten 1.2.1979

Der Bundesrat bereitet eine Grundsatzdiskussion vor Neue Richtlinien für Schweizer Aussenpolitik?

F. U. MEISTERHANS / LNN

Ziele und Mittel der schweizerischen Aussenpolitik werden vom Bundesrat in zwei Wochen eingehend diskutiert, wie gestern im Bundeshaus zu erfahren war. Bundeskanzler Karl Huber und drei Departementssprecher erläuterten den LNN die gegenwärtige Regelung der Reisediplomatie. Sie hat ermöglicht, dass erstmals zwei Vertreter der Landesregierung zu einem offiziellen Besuch nach Washington reisen: Bundesrat Gnägi im Februar, Bundesrat Aubert im Mai.

« Den Beschluss, die Grundlagen der schweizerischen Aussenpolitik eingehend zu diskutieren, hat die Landesregierung bereits Ende 1978 gefasst. Er ist also nicht eine Folge der Reise von Bundesrat Aubert nach Afrika oder dem Verlauf dieser Reise », hielt gestern Bundeskanzler Karl Huber gegenüber den LNN fest. Besprochen werde an der angekündigten Sitzung

des Bundesrates am 14. Februar nicht nur der Rhythmus der Reisediplomatie, auch die Auswirkungen der Aussenpolitik auf die innenpolitische Situation sollen zur Sprache kommen.

Auf Kritik im Inland stiess im Verlaufe von Auberts Afrikareise insbesondere das gemeinsame Schlusscommuniqué nach dem Besuch in Nigeria, in dem allgemein die Verletzung von Menschenrechten verurteilt wurde, die Apartheidpolitik Südafrikas aber besondere Erwähnung fand. Bundeskanzler Huber sagte dazu, dass bei Auslandsreisen von Bundesräten nie zum voraus alles festgelegt werden könne. Soweit es möglich sei, würden solche Erklärungen vom gesamten Bundesrat vorberaten, aber jedes Mitglied der Landesregierung im Ausland kenne ja die Grundsätze unserer Aussenpolitik. In dringenden Fällen würde jedoch per Telex mit dem Gesamtbundesrat Rücksprache genommen. Beschlossen werde jede Auslandsreise vom Gesamtbundesrat, und dieser erhalte auch jedesmal nach einer Reise einen Bericht über deren Verlauf.

Keine Grundsätze bei Auswahl

«Die Erklärung von Bundesrat Aubert zur Apartheidpolitik entspricht genau den Grundsätzen des Bundesrates, die dieser bereits 1968 im Rahmen einer Uno-Konferenz über Menschenrechte bekanntgab», betonte der Informationschef des Eidgenössischen Politischen Departementes (EPD), Hansjörg Renk. Wie bei anderen diplomatischen Besuchen habe man schon Wochen vor dem Besuch in Nigeria über das Schlusscommuniqué verhandelt, so dass auch der Gesamtbundesrat in der Lage gewesen sei, seine Meinung zu äussern. Die Schlussredaktion müsse allerdings jeweils an Ort und Stelle erfolgen, doch die langen Vorbereitungen einer solchen Reise ermöglichen es, auch die Ansichten von anderen betroffenen Departementen einzuholen.

Die Auswahl von Besuchsländern unterliege bisher keinen festen Grundsätzen, antwortete Renk auf in der Schweiz erhobene Kritik an Auberts Afrikareise, die stattfand, bevor der EPD-Vorsteher einen turnusgemäss bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland abstaten konnte (BRD-Aussenminister Genscher hatte bisher wichtige Aufgaben in seiner Partei und war gesundheitlich indisponiert). Die Nachbarländer hätten wohl eine Vorzugsstellung, nicht zuletzt, weil das auch innenpolitisch vertreten werden könne. Demgegenüber sei beispielsweise Grossbritannien in den vergangenen Jahren «zu kurz gekommen», sagte Renk. Die Ausweitung der Reisediplomatie habe sich als nötig gezeigt, weil andere Länder die internationalen Kontakte besser pflegten. In diesem Rahmen müsse auch die Reise von Bundesrat Aubert nach den USA gesehen werden, eine Reise, die schon lange geplant sei und in keinem Zusammenhang mit jener von Bundesrat Gnägi stehe.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD), Bundesrat Rudolf Gnägi, reist in den nächsten Tagen in die USA, um einerseits die Kompensationsgeschäfte für den Kauf von «Tiger»-Flugzeugen fördern zu helfen, andererseits um die Beschaffung von amerikanischen Waffen für die Schweiz zu erleichtern. Vor kurzem erklärte Gnägi in einem Gespräch mit den LNN, der Kauf von neuen Waffen habe sich erschwert, weil die Regierung Carter allen Käuferländern, die nicht in der Nato oder sonstwie Verbündete seien, einen beschwerlichen Papierkrieg auferlege. Die Schweiz sei davon beim Kauf von Panzerhaubitzen M-109 betroffen, obwohl unser Land bereits früher solche Geschütze erhalten habe. EMD-Sprecher Hans-Rudolf Strasser betonte jedoch gestern, nicht nur wegen diesem «Papierkrieg» reise der EMD-Vorsteher nach Washington, sondern weil die «Tiger»-Kompensationsgeschäfte unter der Federführung des EMD abgewickelt würden.

Verhandlungsdirektiven

Die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) ist in jüngster Zeit beinahe bei allen offiziellen Auslandsreisen von Bundesräten vertreten, es sei denn, die Bundesräte würden Fachministertagungen wie solche von Erziehungsministern oder Justizministern besuchen. EVD-Informationschef Carl J. Keller versicherte auf Anfrage, dass zwischen der EVD-Handelsabteilung und den jeweils betroffenen anderen Departementen die Zusammenarbeit gut funktioniere. «Wenn ein Bundesrat beim Gesamtbundesrat eine Reise beantragt, verfügt er über ein ausführliches Dossier der Handelsabteilung, sofern wirtschaftliche Fragen im Ausland zur Sprache kommen. Das EVD stellt auch Verhandlungsdirektiven auf, wodurch ein Bundesrat eines anderen Departementes den Rahmen für seine Besprechungen erhält.»

Dargauer Tagblatt, 1.2.1979

Aubert-Malaise

Es war offensichtlich: Bundesrat Aubert bemühte sich an der gestrigen Pressekonferenz, alles zu unterlassen, was die Wogen, die seine Afrikareise ausgelöst hatte, noch höher gehen lassen könnte. Zwar mit gewohnter Eleganz, aber ungewohnt temperiert in der Sache hat er seine «ersten Eindrücke» von dieser Reise geschildert, die von Anfang an unter keinem glücklichen Stern gestanden ist. Nicht nur hat der Aussenminister der neutralen Schweiz einige Wochen vor dieser Reise gegenüber einem afrikanischen Journalisten freimütig, aber völlig unbedacht seine Vorliebe für Schwarzafrika und seine Reserven gegenüber Südafrika eingestanden; schlimmer noch war, dass das Dementi des EPD unmittelbar vor der Abreise sich als glatte Lüge entpuppte, wie eine Tonbandaufnahme von diesem Gespräch enthüllte. Aus dem fernen Afrika erreichten die schweizerische Öffentlichkeit dann Meldungen, welche weiteres Kopfschütteln und geharnischte Reaktionen etwelcher Parlamentarier auslösten, so zum Beispiel das pompöse Communiqué aus

Nigeria, in dem zwar die Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt geißelt, aber bezeichnenderweise dann nur das Beispiel der Apartheid herausgegriffen wurde, während andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im schwarzen Kontinent unerwähnt blieben. Im Gegensatz zu diesem «grossartigen» Communiqué standen die Ergebnisse konkreter Verhandlungen in Nigeria, die den Bundesrat sogar veranlasst haben, in einem Telegramm an Aubert sein Missfallen auszudrücken.

Wenn sich nun der Bundesrat offensichtlich voll und ganz hinter Aubert und seine – vom Gesamtbundesrat im November 1978 gebilligte – Afrikareise stellt und von einem Erfolg spricht, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass diese Reise das verbreitete Malaise im Volk gegenüber der neuen, «dynamischen» Aussenpolitik und dem persönlichen Stil Auberts noch verstärkt hat. In weiten Kreisen fehlt das Vertrauen in den Nachfolger Bundesrat Gräbers, dem zwar von derselben Seite ebenfalls wenig Beifall beschieden war, der aber – was man von Aubert leider (noch?)

nicht sagen kann – über jene Fähigkeiten verfügte, die zum Rüstzeug eines Diplomaten gehören: Vorsicht, Zurückhaltung, Beherrschung des Mundwerkes. Vor allem wird die von Aubert offensichtlich aktivierte und dynamisierte Reisediplomatie in Frage gestellt. Ist es nötig, dass ein Bundesrat zwei Wochen landesabwesend ist und im fernen Afrika auch kleine, ärmste Länder besucht?

Ob man es wahr haben will oder nicht: Die Zeiten haben sich geändert, und es gehört zu den Pflichten eines heutigen Aussenministers zu reisen, Kontakte an Ort und Stelle zu pflegen. Diese Notwendigkeit ist im Falle der Schweiz, die ja gerne als Sonderfall betrachtet wird, nicht minder geboten: Der schweizerische Standpunkt, die Besonderheiten unserer Demokratie, in der das Volk auch in der Aussenpolitik ein gewisses Mitspracherecht besitzt – all

dies muss – vor allem in der Dritten Welt – erklärt werden, soll es nicht zu Missverständnissen kommen. Aber der Aussenminister eines neutralen Staates hat seine Reisetätigkeit besonders sorgfältig zu planen und zu wägen, weil er nicht einseitig Länder gewisser Blöcke besuchen darf. Und nicht zu übersehen ist, dass es auch hier ein Uebermass mit unvorteilhaften Konsequenzen geben kann.

Das ist nun überfällig: Klarheit darüber, was Bundesrat Aubert und allenfalls der Gesamtbundesrat unter «dynamischer» Aussenpolitik verstehen, ein Konzept der Besuchs- und Reisediplomatie. Nur so kann das Misstrauen abgebaut werden, das unserer Aussenpolitik und damit unserem Land zum Schaden gereichen muss.

Franz Straub

Solothurner Zeitung, 1.2.1979

Lehren gezogen

Das Wort Aussenpolitik ist vielen Schweizern suspekt, und dies nicht erst seit der Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes Aubert heisst. Jene aussenpolitische Maxime, die ein Vorgänger Auberts mit den Worten: «Wir werden nicht ins Ausland wallfahren gehen!», umriss, dürfte für manchen noch heute seine uneingeschränkte Berechtigung haben. Und dennoch ist es auch uns nicht entgangen, dass die Welt kleiner und damit die Probleme verstrickter geworden sind. Man denke nur an die Schwierigkeiten, denen unsere Exportindustrie zurzeit der Währungssituation wegen ausgesetzt ist. Trotzdem sind Schweizer immer wieder – namentlich auch in der Dritten Welt – an vorderster Front aktiv gewesen, ohne dass sie indessen vielfach irgendwelche politische Unterstützung genossen hätten. Die Schweiz ist denn auch folgerichtig in vielen Entwicklungsländern – selbst dort, wo sie sich mit konkreten Projekten nachhaltig engagiert – ein

unbekanntes (Staats-)Wesen.

Wenn Aussenminister Aubert nun in vollem Einverständnis mit dem Gesamtbundesrat – versucht hat, die Schweiz in einigen, zum Teil doch recht einflussreichen Staaten Westafrikas etwas näher bekannt zu machen, mit andern (englischen) Worten «Goodwill» zu betreiben, so ist das, weiss Gott, nicht zu früh und auch kein Luxus gewesen. Schliesslich betreibt unser Land nun schon seit Jahren erfolgreich gerade in Westafrika Entwicklungshilfe, und es mutet geradezu wie ein diplomatischer Witz an, wenn selbst zuständige Sachbearbeiter im Politischen Departement den Ort ihrer Tätigkeit bisher noch nie zu Gesicht bekommen haben.

Dass sich Pierre Aubert bei seiner ersten derartigen Mission sowohl zeitlich als auch programmlich etwas übernommen hat, das sieht er heute selber ein. Doch Erfahrungen sind bekanntlich dazu da, um gemacht zu werden. Das gilt auch und vor allem für den Aussenminister eines Landes, das eben punkto Reisediploma-

tie noch in den Anfängerschuhen steckt. Umso wichtiger und geradezu unabdingbar ist es denn auch, dass sich die gesamte Landesregierung einmal etwas gründlicher und ausgiebiger als bisher mit der Frage des aussenpolitischen Kurses unseres Landes befasst, wie sie sich dies für übernächste Woche vorgenommen hat. Vielleicht gelingt es dann auch, etwas mehr System in die Aktivität unserer Diplomatie hineinzubringen, Schwerpunkte herauszuschälen und die aussenpolitische Maxime der Schweiz von der Neutralität, Solidarität und Disponibilität dort bekannt zu machen, wo berechtigte Hoffnung besteht, dass sie auch verstanden wird, und der vielberühmte «Sonderfall Schweiz» Chancen hat, anerkannt und begriffen zu werden. Denn schliesslich sind auch wir darauf angewiesen, um echte, zuverlässige Freunde in der heutigen Welt zu wissen, besonders da wir nach wie vor nicht Mitglied der Uno sind und man insgeheim hofft, es «in nicht allzu ferner Zukunft» dereinst doch noch zu werden.

Beat Müller

Vaterland, 1.2.1979

Wenn einer eine Reise tut...

«Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen...» Bundesrat Pierre Aubert tat dies gestern in einem vollgepfropften Sitzungszimmer des Bundeshauses. Das vielfältige, teils schrille und vorschnelle Echo, das seine Afrikareise bereits während ihres Verlaufs in der schweizerischen Oeffentlichkeit ausgelöst hatte, sorgte für eine leicht prickelnde Stimmung. Die gestrige erste Bilanz des Aussenministers führte aber rasch zurück in die letztlich doch nüchterne Realität schweizerischer Aussenpolitik.

Nach Ansicht Bundesrat Auberts

hat seine zweiwöchige «Goodwill-Tour» in fünf westafrikanische Staaten ihren Zweck erfüllt, nicht nur in seinen Augen, sondern auch in jenen seiner prominenten Gastgeber. Skeptiker müssen den ausführlichen Bericht an den Gesamtbundesrat abwarten, um ihre allfälligen kritischen Bemerkungen wirklich fundieren zu können. Heute schon aber lässt sich sagen, dass Ziel und Zweck dieser Reise sinnvoll waren. Wer sie einfach als eitle Geschäftigkeit eines «superdynamischen» Aussenministers abtut, wird der Wirklichkeit nicht gerecht. In der Geschäftswelt

von heute sind regelmässige Auslandsreisen führender Leute eine Selbstverständlichkeit, für die selbst von kleinen Firmen keine Kosten gescheut werden, weil man den Wert persönlicher Kontakte hoch einschätzt. Wie sollte ein Aussenminister, unser Aussenminister, auf dieses Instrument verzichten können? Dass er es diesmal unter anderem für Kontakte mit Partnerländern unserer Entwicklungszusammenarbeit einsetzte, ist ein wertvolles Signal für die Bedeutung dieser Zusammenarbeit. Und nicht zuletzt auch eine Geste gegenüber unsern Lands-

leuten, die in Entwicklungsprojekten harte Arbeit leisten.

Aus den Schilderungen von begleitenden Berichterstattern ist herauszulesen, dass gerade dieser entwicklungspolitische Zug der Reise — einer unter andern — noch nicht in jeder Beziehung voll auf die Rechnung gekommen sei. Der Aussenminister und seine Begleiter hatten sich offenbar auch etwas zuviel vorgenommen. Ist es, nun aufs Ganze beschen, vielleicht die quirlige, nervöse und auf Aussenwirkung bedachte Art des Pierre Aubert, die

geeignet ist, seinen Unternehmungen den Hauch des «Sich-Uebernehmens» zu verleihen und damit lauernden Kritikern willkommenen Stoff zu bieten? Es wäre bedauerlich, wenn ihm sein Stil in die Quere käme.

Der grösste Schritt nach Afrika darf dennoch schon jetzt als ein Ereignis in der schweizerischen Aussenpolitik gewertet werden, das neue Akzente setzte. Wenn die Begleitmusik da und dort daheim auch schepperte, so vermochte sie jedenfalls in Erinnerung zu rufen, dass es

eine schweizerische Aussenpolitik gibt, eine Aussenpolitik, die der veränderten Staatenwelt Rechnung zu tragen hat. Probleme sind unausweichlich da, zum Beispiel unser Verhalten bei einer allfälligen Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Schwarz und Weiss im südlichen Afrika, wie gestern Bundesrat Aubert antönte. Mit Bewährungsproben unserer aussenpolitischen Grundsätze muss gerechnet werden.

Hans Moos

Lugerner Tagblatt, 1.2.1979

Am wenigsten Staat ist in unserem Staat mit der Aussenpolitik zu machen. Sie bedient sich abstrakter Begriffe, verwendet wenig handfeste Argumente und hat sich erst noch diplomatischen Gepflogenheiten zu unterwerfen, die uns — in der Regel — schlichten Schweizern zuwider sind. Das trieb

Zwang zur Oeffnung

einem ehemaligen Aussenminister zum resignierten Spruch: «Am besten ist unsere Aussenpolitik, wenn niemand von ihr spricht.» Die weltweite wirtschaftliche und politische Entwicklung, das Zusammenrücken aller Staaten in internationalen Organisationen und das Eindringen der Aussenpolitik über die Massenmedien in die gute Stube haben dieser Haltung den Boden gründlich entzogen. Wir brauchen den Anschluss an die Welt, wenn wir nicht abseits der von Unbeteiligten schwierig durchschaubaren Entscheidungsmechanismen verkümmern wollen. Handels-offensiven zur Erschliessung neuer Märkte stossen spätestens seit dem Einbruch der Rezession auf ungeteiltes Verständnis, weil sie indirekt unsere Geldsäcke füllen. Aussenpolitische Offensiven, wie sie Pierre Aubert eingeleitet hat, lösen dagegen Kritik und unverständiges Kopfschütteln aus.

Der Sprung unseres quirligen Aussenministers auf den schwarzen Kontinent hat jedoch an Ort gezeigt, dass die politische der wirtschaftlichen Öffnung vorangehen muss. Was wir uns in gelegentlicher Selbstüberschätzung nicht vorstellen können, hat er auf höchster Ebene erfahren: Die Schweiz ist für Schwarzafrika trotz ihrer Entwicklungshilfe in den ärmsten Ländern ein unbeschriebenes Blatt. Dabei drängten gemeinsame staatspolitische Ziele zur Annäherung. Wie einst die Schweiz streben die noch nicht lange aus der Kolonialherrschaft entlassenen

afrikanischen Staaten nach Unabhängigkeit. Sie versuchen, sich wirtschaftlich von der nach wie vor spürbaren Dominanz ihrer früheren Beherrscher zu lösen und ihre Beziehungen breiter zu fächern. Sie haben dafür die Wahl zwischen der Selbständigkeit innerhalb der Völkergemeinschaft und der Flucht in Blöcke, die ihre Unabhängigkeit einengen. Die Schweiz kann ihnen durch ihr Beispiel die Wahl erleichtern, ohne in Schulmeisterei zu verfallen. Dazu muss sie sich allerdings mit den Mitteln unserer Aussenpolitik und Entwicklungshilfe erst sichtbar und verständlich machen.

Gelingt dieser erste Schritt, steht der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen nichts mehr im Weg. Je tiefer der gegenseitige Meinungsaustausch ist, desto näher rückt die Schweiz dem internationalen Konzert, dessen Ton schliesslich auch für uns verbindlich ist. Pierre Aubert kennt diese Vorgänge. Er weiss sie auch zugunsten der Schweiz zu nutzen. Nur sind sie zu wichtig, als dass sie mit Improvisation und Spontaneität im Alleingang bewältigt werden können. Unsere Aussenpolitik ist Sache des Gesamtbundesrates, der sie wiederum nach den Spielregeln der Demokratie ohne Unterstützung durch das Volk nicht führen kann. An ihm liegt es nun, die seit dem Stabwechsel im Politischen Departement fällige Aussprache über die Aussenpolitik nachzuholen, Pierre Aubert einerseits zu unterstützen und andererseits an etwas konkretere Massstäbe zu binden. Mit der verständlichen Information der Öffentlichkeit über die aussenpolitischen Ziele kann gleichzeitig jene Kritik widerlegt werden, die sich auf allzu billige Weise und auf falscher Grundlage an einige kleinere Ungeschicklichkeiten Auberts schadlos hielt, um seine ganze Aussenpolitik zu vermiesen.

Rudolf Gerber

Corriere del Ticino, 1.2.1979

Una critica che non regge

L'attesa burrasca in Consiglio federale non c'è stata. Il dibattito sul controverso «safari» africano del consigliere federale Aubert è stato saggiamente rinviato di due settimane. Ma il fatto che i sei colleghi di governo abbiano autorizzato il ministro degli esteri a tenere subito una conferenza stampa significa che le acque già si sono calmate e che nei prossimi giorni si chiariranno anche gli equivoci che la missione ha sollevato. Come noto, il periplo africano di Aubert ha suscitato una ridda di critiche e di illazioni sulla stampa e negli ambienti parlamentari. E' probabile che la delegazione capeggiata da Aubert abbia commesso degli errori nella preparazione e durante la missione, e che quindi alcune delle critiche emerse siano giustificate. Ad esempio, sembra accertato che il viaggio di Aubert nei cinque paesi africani si sia rivelato un autentico tour de force, quasi una spaccinata diplomatica, e che perciò i risultati della missione siano meno consistenti di quanto era forse lecito attendersi (per la visita in Nigeria si è persino parlato di fallimento). E' inoltre vero che la cosiddetta «diplomazia itinerante» riscoperta da Kissinger esige un'esperienza che Aubert non possiede, o per lo meno non ancora, per cui alla resa dei conti il viaggio potrebbe a molti apparire come un semplice esercizio protocollare (lo è stato quasi certamente per l'ultima tappa, in Costa d'Avorio). E' infine possibile, anche se poco probabile, che Aubert abbia commesso qualche eccesso di zelo

e che si sia un poco distanziato dalla «piattaforma» concordata con i colleghi di governo.

Ma tra le critiche mosse ad Aubert ve n'è almeno una che non regge da nessun punto di vista: quella cioè di avere sottoscritto in Nigeria una dichiarazione congiunta di condanna dell'apartheid (segregazione razziale). In fondo il nostro ministro degli esteri non ha fatto altro che ribadire una posizione ufficiale emersa per la prima volta nel 1968 (dichiarazione dell'allora ambasciatore Lindt) e confermata due anni fa nella conferenza sull'apartheid di Lagos. Anzi, a ben riflettere, sarebbe stato preoccupante il contrario, ossia il silenzio della Svizzera su un problema che in Africa è capitale almeno quanto lo è da noi quello della neutralità.

Come detto, Aubert ha semplicemente confermato una posizione acquisita, un punto fermo, e non ha dunque preso nessuna iniziativa personale. Ma avremmo compreso, sebbene non condiviso, anche un motu proprio. Egidio Reale, nell'introduzione al suo libro «La Svizzera», ha definito magistralmente il nostro paese con due aggettivi: «neutrale ma non indifferente», dove il secondo attributo si riferisce proprio al destino degli uomini di altri paesi, ai perseguitati, agli oppressi. Potrebbe allora la Svizzera, depositaria dei primi veri strumenti di protezione della persona umana (Convenzioni di Ginevra) rimanere indifferente di fronte alla discriminazione razziale?

MARIO GALLINO

Thurgauer Zeitung, 1.2.1979

Aubert und die Fettnäpfchen

Bundesrat Pierre Aubert hat am eigenen Leib erfahren müssen, dass Reisen nicht nur bildet, sondern auch beschwerlich sein kann. Auf seiner Afrika-Mission plagten nicht nur körperliche Beschwerden ihn und seine vier offiziellen Begleiter, es galt, etwelche weitere Inkommoditäten in Kauf zu nehmen und schliesslich entschwanden auch noch wichtige Koffer mitsamt dem bundesrätlichen Stempel für Vertragsunterzeichnungen im falschen Flugzeug.

Solche Kalamitäten waren allerdings noch gering, gemessen an dem, was sich während der Reise zu Hause über den Köpfen der Reisegesellschaft zusammenbraute. Das bereits vor Reiseantritt spürbar gewordene Missbehagen ob Auberts freimütigen Äusserungen zur Apartheid-Politik im südlichen Afrika verstärkte sich zu vernehmlichem Grollen, als der Aussenminister im militärisch regierten Nigeria seine Unterschrift unter eine Verlautbarung setzte, in welcher die dortigen Machthaber unverblümt vom «gerechten Kampf der heldenhaften Völker Zimbabwes und Namibias unter der Führung der Patriotischen

Front beziehungsweise der Swapo» sprachen. Auberts Hang zu Superlativen tat ein übriges: Seine «tiefe Befriedigung» ob des Meinungs-austausches mit dem Chef der nigerianischen Militärregierung war ebenso wenig dazu angetan, Verständnis für die schwierige Position des offiziellen Vertreters in einem von schweren Konflikten beherrschten Kontinent zu wecken wie die Feststellung, die Gespräche hätten «in einem Geist des vollkommenen Verständnisses» stattgefunden. Solches muss seltsam anmuten, und es erstaunt darum nicht, dass bald einmal das böse Wort von der «Safari» auftauchte, die Aubert in Afrika unternahme, und in deren Verlauf er die Zurückhaltung vermissen lasse, die sich für einen schweizerischen Bundesrat geziemt. Dass solche Vorwürfe vor allem von dem (vergeblich) um eine Ständeratskandidatur kämpfenden Nationalrat Walther Hofer erhoben wurden, war allerdings ebenso naheliegend, wenn man an die ständige Forderung nach Ausgewogenheit denkt, die der Berner Universitätsprofessor an die Adresse beispielsweise des Fernsehens richtet.

Nun, ganz im Unrecht ist der Berner Universitätsprofessor nicht, wenn er seinem einstigen Kollegen im Europarat mehr Zurückhaltung empfiehlt.

Tatsächlich scheint Pierre Aubert in seiner etwas hektischen Art kaum ein Fettöpfchen auszulassen, in das sich hineintreten lässt. Das wirkt zwar belebend und schadet dem Menschen Aubert nicht, dem Aussenminister und vor allem der von ihm betriebenen Politik gereicht es jedoch nicht zum Vorteil. Das aber ist schade: Die Öffnung der Schweiz gegen aussen, wie sie Aubert forciert, und der Einbezug

unseres Landes in eine Gemeinschaft friedliebender Völker, der sich aus einer nicht wegdiskutierbaren wechselseitigen Abhängigkeit ergibt, sind Ziele einer schweizerischen Aussenpolitik, für die in der Bevölkerung vorerst um Verständnis gerungen werden muss. Sie durch Ungeschicklichkeiten aufs Spiel zu setzen, daran kann besonders Pierre Aubert nichts gelegen sein.

Heinz Ruprecht

Schaffhauser Nachrichten, 1.2.1979

Wer sich von den gestrigen Ausführungen von Bundesrat und Afrika-Reisenden Aubert vor der Presse (siehe unseren Bericht auf Seite 5 dieser Ausgabe) etwas Konsistentes, wesentliche Aussagen über seine Kontakte auf dem schwarzen Erd-

Wenn einer eine Reise tut...

teil oder gar über die von ihm verfolgte konkrete Aussenpolitik erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Das brillante Feuerwerk eines grossen welschen Advokaten — an sich ein intellektueller Genuss — vermochte über Leere und Inhaltlosigkeit nicht hinwegzutäuschen, aber vielleicht gehört dies zur Diplomatie. Metternich und Talleyrand sprachen ähnlich...

Enttäuscht musste auch sein, wer von dieser Reise grosse wirtschaftliche oder aussenpolitische Erfolge erwartet hatte. Aber solche Erwartungen waren allesamt zu hoch gespannt. Bundesrat Aubert ist in seinem jugendlichen Enthusiasmus leider daran nicht ganz unschuldig. Die Ankündigung der Reise und das Trara mit den Medien ging über das gewohnte und

manchmal sicherlich kleinkarierte helvetische Mass hinaus.

Aber wenn man den Zweck dieser Reise wieder auf unsere Massstäbe zurückschraubt, wenn man die Realitäten nüchtern betrachtet, dann war dieser Reise ein gewisser Erfolg beschieden. Es war eine Goodwill-Tour — und als solche scheint sie weitgehend gelungen zu sein. Aubert hat offensichtlich für unser Land viel Sympathien erworben, er hat den gewünschten Goodwill geschaffen, und die Potentaten dieser Länder sollten jetzt ungefähr wissen, mit wem sie es zu tun haben: Mit einem sehr kleinen, neutralen Land, das die Fahne der Menschenrechte hochhielt, bevor man darüber schwülstige Deklamationen verfasste, mit einem Land, das arbeitsam und tüchtig ist, mit der ganzen Welt im Frieden leben will und nach soliden Grundsätzen Handel zu treiben wünscht.

Wer sich bescheidene Ziele setzt, erreicht sie gewöhnlich auch. Das scheint der Fall gewesen zu sein.

Aber es ist natürlich möglich, dass auch die Gesprächspartner zu hoch gesteckte Ziele hatten, dass sie von uns «Solidarität» erwarten, wo wir sie aus Neutralitätspolitischen Gründen nicht gewähren kön-

nen. Wenn Aubert feststellte, in diesen Ländern stecke eine «grosse Sehnsucht nach Unabhängigkeit» — so muss man nüchtern feststellen, dass alle diese Länder heute unabhängig sind. Aber innerhalb dieser Länder gibt es da und dort Bewegungen oder Volksgruppen, die sich nicht unabhängig fühlen und die ins Rampenlicht möchten. Damit können und dürfen wir uns nicht identifizieren.

Und hier scheint ja auch der Haken der ganzen Angelegenheit zu stecken. Kein vernünftiger Mensch wird etwas gegen Reisediplomatie an sich sagen. Sie soll sich nur an ein vernünftiges Mass halten und nicht allzu gehäuft auftreten. Sie soll auch rein äusserlich mehr unserm schlichten Stil entsprechen. Aber gewisse Aeusserungen Auberts scheinen zweideutig gewesen zu sein oder mindestens die Möglichkeit zu Missdeutungen gegeben zu haben. Und hier muss Klarheit herrschen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, dass es im Parlament zu einer Aussprache kommt. Sie ist sogar notwendig. Aber sie sollte weder im Polterstil von Anklägern noch im verwischenden Stil blosser Eloquenz geführt werden, sondern nüchtern und sachlich. Sonst stehen die Aussichten für einen Uno-Beitritt schlechter als vor dieser Reise. B. St.

Bündner Zeitung, 1.2.1979

Aussenpolitik als nationales Ereignis

Auberts Afrikareise verleitet zweifellos zur politischen Karikatur. Da ein Walther Hofer, der sich vor seinen Bauern und Gewerblern verzweifelt um die Verlängerung seines politischen Mandates bemüht, dort ein aufgeklärter Aubert, missverstanden in seiner tieferen, aussenpolitischen Einsicht, und der Vollständigkeit halber wird flugs als zweite Hintergrundkulisse eine parteigefärbte Flächenmalerei vorgeschoben. Das Bild mag prächtig sein, doch der Vergleich hinkt. Hofer weist für Erdgeruch und Hinterwäldlertum keinerlei Symbolwert auf. Er hat sich zwar mit seiner Rede über Auberts Afrika-Safari zweifellos stilistisch profiliert, was ihm auch kommentarweise mehr oder minder höflich bestätigt worden ist, nur blieb ob der Stilkritik der Inhalt seiner Stellungnahme beinahe unbeachtet. Hofers Anliegen kann nicht der Vorwurf

einer «dynamischen Aussenpolitik» sein, zu einer solchen Fehlwertung ist er fachlich bei weitem zu qualifiziert — und selbst hinlänglich vorbelastet. Was er meinte, war das in der Ausgabe des letzten Dienstages in dieser Zeitung im Wortlaut publizierte Nigeria-Communiqué. Nicht Hofer, höchstens der Wirbel um seine Person und vor allem die umstrittenen Passagen in diesem Communiqué, gehen echten Anlass zur Kommentarbeit.

Nach Hofers Ansicht hat Aubert die Chance verpasst, «aus der Sicht des neutralen Rechtsstaates sich zur Menschenrechtsfrage konkret zu äussern», weil in Einseitigkeit nur auf die Verhältnisse in Südafrika, nicht aber in anderen Staaten hingewiesen wurde. Eine Durchsicht der Papiere bestätigt den Sachverhalt, hingegen gibt das «Politische Departement» in Bern hinlänglich Aufschluss, wie der Text des Com-

muniqués entstanden ist: In mühsamen Verhandlungen mit Nigeria, so dass am Schluss weder die private Meinung Auberts, noch jene der offiziellen Schweiz, sondern eine zwischenstaatlich ausgehandelte Sprachregelung auf dem Papier ausgeschrieben stand. Das ist im Bereiche der diplomatischen Arbeit ein durchaus normaler Vorgang, in der innenpolitischen Wirkung auf die Schweiz, die sich seit 1933 der aussenpolitischen Stellungnahmen entzogen hat, ein nationales Ereignis — und darüber hinaus ein Testfall für die Belastung der innenpolitischen Diskussion durch aussenpolitische Entscheidungen. Der Fall «Aubert», der im Grunde ein Fall «Nigeria-Communiqué» ist, gibt einen Vorgeschmack für das, was etwa nach einem Uno-Beitritt zu einer permanenten Auseinandersetzung führen kann.

*

Damit wird der Gegenstand genannt, der an Hofers Stelle den Grund hergibt,

dass eine ganze Nation über Tage hinweg und über die Abstimmungsvorlagen des 18. Februars hinaus sich mit einer Afrikareise beschäftigt: Erträgt dieser neutrale Kleinstaat eine Oeffnung in seiner Aussenpolitik? Mit Hofer hat dieser Vorgang nur insofern etwas zu schaffen, als er zum Buh-Mann einer Nation geworden ist, die offensichtlich diese Oeffnung dringend herbeiwünscht. Bundesrat Aubert hat keinen Grund seine Freundschaft aufzukünden, weil kein PR-Büro und kein noch so gerissener Pressechef im EPD das Vorgelände einer aktiven Aussenpolitik besser hätte sichern können. Zu allem Unglück für den armen Walther Hofer tritt nun auch noch der Gralshüter neutraler Aussenpolitik, Professor Dr. Edgar Bonjour, aus seiner wissenschaftlichen Reserve heraus und warnt vor einer musealen Schweiz. Er, der Generationen von Schülern von den Vorzügen absoluter Neutralität überzeugt hat, schlägt sich heute auf die Seite Auberts und ruft zur Oeffnung auf.

Daniel Witzig

Nouvelliste, 1.2.1979

Une histoire de fiasco?

Avant même qu'il ne parte pour l'Afrique, M. Pierre Aubert fut l'objet d'une critique acerbe pour des propos qu'il aurait tenus sur la politique d'apartheid. Pendant qu'il se trouvait en Afrique, il fut l'objet de sarcasmes abondants pour des valises, qu'il aurait oubliées quelque part. A peine revenu d'Afrique, il est l'objet d'attaques sournoises pour des marchés, qu'il aurait manqués partout. Une telle appréciation du voyage de M. Aubert me laisse perplexe, car il y a trop d'acharnement dans le négatif. Aussi, prétends-je, par réaction inverse, que ce voyage ne fut pas et n'est pas une histoire de fiasco.

L'apartheid?... Pourquoi soudainement en faire toute une controverse, alors que M. Aubert a seulement réaffirmé un principe, vieux de dix ans déjà?... Les résultats économiques obtenus à Lagos?... Pourquoi tellement souligner leur maigreur, alors que ce voyage avait principalement pour but de « susciter de la compréhension à l'égard de no-

tre pays »?... Or, cette compréhension ne passe pas forcément ni d'emblée par la signature d'un contrat d'exportations. D'autant qu'il ne faudrait pas oublier que la Suisse ne bénéficie pas inévitablement d'un prestige immaculé à l'étranger.

M. Pierre Aubert pense que « ce voyage a été une réussite ». Pourquoi ne le croirais-je pas, jusqu'à démonstration du contraire, et malgré les insinuations de la grande industrie ?

Il faudrait se souvenir qu'il n'est pas toujours facile pour un Africain de comprendre le statut de neutralité de la Suisse, comme il n'est pas toujours facile pour un Suisse d'expliquer à son voisin qu'il importe de ne pas mélanger ce statut de neutralité et la liberté de commerce. Dans ce contexte, il n'est pas étonnant que M. Pierre Aubert ait rencontré parfois quelques difficultés à dissiper « une certaine méconnaissance de notre politique étrangère ».

Ce voyage a presque suscité de la polémique, surtout en Suisse

alémanique. En fait, il a d'abord surpris par son caractère peu ordinaire, car il est extrêmement rare qu'un ministre suisse des affaires étrangères se déplace si longuement, et sur un autre continent. Toutefois, comme l'a dit encore M. Aubert, il serait temps de réaliser que la Suisse a plus besoin du monde que le monde n'a besoin de la Suisse. Dès lors, c'est à la Suisse d'aller vers le monde, et non plus au monde de venir en Suisse. C'est pourquoi, malgré les mécontentements qui se manifestent, je m'obstine à croire que le voyage de M. Pierre Aubert n'est pas une histoire de fiasco, même si ce voyage, apparemment, ne fut pas suffisamment préparé. « Nous allons nous trouver devant un choix douloureux », a finalement relevé M. Aubert... Je n'en doute pas. Et ce choix, la Suisse ne pourra pas l'esquiver, puisqu'elle a besoin du monde. Si elle l'esquive, alors commencera l'histoire d'un fiasco.

Roger Germanier

Thurgauer AZ, 1.2.1979

Etwas über Pierre Auberts Afrikareise

Mk. Bundesrat Pierre Aubert, der Chef des Politischen Departements, zog gestern unmittelbar nach der Sitzung der Landesregierung vor der Bundeshauspresse eine erste Bilanz seiner vierzehntägigen Afrika-Reise. Vorgängig hatte er seine Bundesratskollegen informiert. Angesichts der in der Öffentlichkeit laut gewordenen Kritik hat nun der Gesamtbundesrat in einer Mitteilung festgehalten, dass «diese Mission eine wertvolle Gelegenheit bot, unsere Aussenpolitik darzulegen und für die Schweiz um Verständnis zu werben», und zudem bestätigt, dass er «der Idee einer Afrika-Reise» aus diesen Gründen im vergangenen September «ausdrücklich zugestimmt» habe.

Am Sonntag von der zweiwöchigen Parforce-Tour zurückgekehrt, blieb Bundesrat Aubert wenig Zeit, um für seine Bundesratskollegen einen umfassenden Bericht auszuarbeiten, und diesen wiederum blieb wenig Zeit, um die schon vorgelegten schriftlichen Unterlagen einlässlich zu studieren. Deshalb ist in der Mitteilung des Bundesrates von einer «ersten Orientierung» und von der Absicht die Rede, in einer späteren Sitzung sich «noch eingehender mit dieser Reise und der Aussenpolitik ganz allgemein zu befassen». Was Pierre Aubert gestern vor der Bundeshauspresse — auch im Sinne einer allerersten Bilanz — ausbreitete, war denn auch in persönlichem Namen gesprochen. Um es vorwegzunehmen: für ihn war diese Reise — in ihrer Art eine Premiere in der eidgenössischen Aussenpolitik — positiv verlaufen und keineswegs unnützlich. Das Echo in der Öffentlichkeit der bereisten Länder habe deutlich gezeigt, dass sie notwendig gewesen sei und ihr Ziel erreicht habe.

*

Das Ziel der Reise: Es ging darum, die schweizerischen Meinungen zu den bilateralen und internationalen Fragen darzulegen, unsere entsprechenden Thesen zu erläutern und unsere Interessen klar zu vertreten, und zwar immer in Einklang mit der von Bundesrat und Parlament bestimmten Aussenpolitik (auch in bezug auf die Apartheid), die auf den vier Pfeilern «Neutralität, Solidarität, Disponibilität und Universalität» ruht. Insofern war Pierre Auberts Reise eine Goodwill-Anstrengung im langfristigen Interesse unseres Landes; er hat damit die vielgepriesene «Aussenpolitik der Öffnung», die immer wieder geforderte «schweizerische Präsenz in der Welt» wenigstens ein bisschen prakti-

ziert. Öffnung und Präsenz ist heutzutage gerade gegenüber Ländern der Dritten Welt unerlässlich, nimmt doch deren Einfluss, global gesehen, zu. Unser Land ist aber in afrikanischen Staaten wenig bekannt. Der kleinen schweizerischen Delegation (mit Bundesrat Aubert reisten nur vier Mitarbeiter auf Staatskosten) gelang es anscheinend, Sympathien für die Schweiz zu wecken, die sich freilich erst mit der Zeit richtig entwickeln werden, Sympathien, die nur in persönlichem Kontakt auf höherer Ebene (Aubert traf — ausgenommen in Senegal — überall auch mit den Staatsoberhäuptern zusammen) richtig begründet werden können. Insofern ist die Reisediplomatie eine Notwendigkeit, ganz besonders für ein Land wie die Schweiz.

*

Besonders für die Schweiz: Vielleicht wäre weniger Reisediplomatie nötig, wenn unser Land der Uno angehörte, wenn unser «Aussenminister» von Zeit zu Zeit während der jährlichen Generalversammlung für einige Tage in New York weilen und wie seine sämtlichen Amtskollegen der Welt am Rande der Uno-Tagung jene notwendigen bilateralen Kontakte auf Ministerebene gleichsam nebenher erledigen könnte... Aber da tun wir uns Eidgenossen eben schwer mit diesem Uno-Beitritt... Und wenn der eidgenössische «Aussenminister» in Europa (nächstes Reiseziel ist Bonn) und ab und zu nach andern Kontinenten reist (Ende Mai nach Washington), ertönt sehr rasch argwöhnische Kritik... Nun, Bundesrat Aubert wird in Ermangelung der Uno-Kontakte mit dem Segen der Landesregierung diese Reisediplomatie fortsetzen müssen — im Landesinteresse. Insofern war auch diese Afrika-Reise — ob sie nun besser in

zwei Etappen ausgeführt worden wäre, ist nicht von so grosser Bedeutung — notwendig. Der Aussenminister sagte es gestern deutlich: «Wenn die Schweizer einmal begriffen haben, dass die Welt nicht auf die Schweiz, die Schweiz aber auf die Welt angewiesen ist, dann ist ein grosser Schritt in Richtung 'Aussenpolitik der Öffnung' getan.»

*

Im Landesinteresse: So unwichtig ist das «Image» nicht, das die Schweiz in andern Ländern hat. Vor dem Hintergrund eines guten «Bildes» und guter, durch persönliche Kontakte gefestigten Beziehungen lassen sich auch die wirtschaftlichen Interessen besser vertreten. Im zuerst besuchten Nigeria — neben Südafrika der wichtigste Handelspartner dieses Kontinents — gelang es immerhin, die Situation in bezug auf die Import-Restriktionen, von denen auch der schweizerische Export betroffen wird, zu «deblokieren» und entsprechende Verhandlungen in Gang zu setzen. Vielleicht ist dies für unser Land doch wichtiger als zahlreiche verbale Zutaten im gemeinsamen Communiqué, die sich Nationalrat Hofer so sehr gewünscht und deswegen Bundesrat Aubert so sehr gerügt hat.

*

Pierre Aubert wollte bei dieser ersten Bilanz nicht polemisieren, tat es dann doch auf sympathische Weise mit einer «Geschichte», die er in Afrika gelernt habe: Die Elefanten seien Herdentiere: Wenn ein Elefant das nahende Ende spüre, entferne er sich von der Herde und isoliere sich, gebe aber vorher noch einen gewaltigen Laut von sich... Der Leser erinnert sich: Nationalrat Hofer wurde von seiner Berner SVP am letzten Samstag nicht als Ständerat aufgestellt und sieht wegen der von seiner Partei bestimmten Amtszeitbeschränkung das Ende als eidgenössischer Parlamentarier vor sich.

Polemik möchten wir hier auch unterlassen, nicht aber den Wunsch für Pierre Aubert: Gute Reise nach Bonn im April und nach Washington im Mai!

La Suisse, 1.2.1979

Le dernier barrissement du vieil éléphant

Pierre Aubert a-t-il gagné sa bataille d'Afrique? Notre ministre des Affaires étrangères, mercredi, faisait face avec beaucoup d'aisance à une foule de journalistes inhabituellement nombreuse. Jetons ces quelques notes d'écoute.

Condamnation de la politique d'apartheid en Afrique du Sud: personne, au cours de la longue conférence de presse, ne s'est risqué à en faire le reproche à Pierre Aubert.

Préparation de l'opinion suisse à une sorte de mise au ban de l'Afrique du Sud par la communauté internationale: personne, ici encore, ne s'est hasardé à contester des prédictions aussi précises.

Critiques adressées au voyage de Pierre Aubert par le conseiller national sortant Walther Hofer: notre ministre des Affaires étrangères, drôlement, y voit le dernier barrissement du vieil éléphant de la politique, juste avant de se séparer du troupeau

et de mourir seul.

Mais d'autres échéances guettent Pierre Aubert. 5 et 6 février: réunion avec les commissions des affaires étrangères des Chambres. 14 février: discussion du voyage sur le fond avec le Conseil fédéral. Présentation, à la demande du président de la Confédération Hans Hurlimann, des options de politique étrangère de la Suisse. Mars (si tout va bien): réponse aux membres inquiets du Parlement. Course d'obstacles.

Georges PLOMB

Brückenbauer, 2.2.1979

Auberts Afrikareise:

Unglaubliche Kritik

Bundesrat Pierre Aubert, unser Aussenminister seit genau einem Jahr, hat sich seine Heimkehr von der ersten grossen Auslandsreise sicher anders vorgestellt. Mit seinem 14tägigen Monstertrip durch fünf afrikanische Staaten ist es ihm gelungen, dass von der Schweiz im Schwarzen Erdteil einmal nicht nur als zwielfacher Wirtschaftsmacht gesprochen wurde, sondern dass sie als politische Realität überhaupt wahrgenommen wurde.

Eine Vergnügungsreise, wie ihm das Kritiker nun vorwerfen, war es sicher nicht. Anhören musste er in dieser Zeit einige unangenehme Worte. Denn er vertritt eine Schweiz, die zwar die vorteilhaften Seiten des internationalen Zusammenlebens durchaus zu würdigen weiss in Form von meist sehr lukrativen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Eine Schweiz aber auch, die bisher ihren moralischen Verpflichtungen gegenüber der Welt und den vom Schicksal nicht verwöhnten Ländern der Dritten Welt nur sehr zögernd nachgekommen ist. In diesem Sinne war Auberts Reise durchaus kein Vergnügen, sondern eher ein Spiesstrümpfen.

Aber das merkt man halt nicht hinter dem warmen Ofen in unserer gut funktionierenden Schweiz. Dass unser wohlhabender Wohlstand, auf den wir zu

recht stolz sind, in den Augen der Habenichtse wie ein rotes Tuch wirkt, merkt man erst, wenn man den rauhen Wind der Welt und ihrer Wirklichkeit selber verspürt.

Da gibt es den «Sonderfall Schweiz» nicht mehr. Wer das noch nie erfahren hat, weil er kaum je im Ausland war, kann zwar kritisieren, muss sich aber die Frage gefallen lassen, ob er dazu die Voraussetzungen hat. Jene schwergewichtigen Aubert-Kritiker aber wie Nationalrat Walther Hofer oder Bundesrat Rudolf Gnägi können Unwissenheit nicht vortäuschen. Wenn sie aber ihre Kritik wider besseres Wissen vorbringen, stellt sich die Frage ihrer Glaubwürdigkeit. Und ob Bundesrat Gnägis bevorstehender Amerika-Abstecher bessere Ergebnisse bringen wird, ist eine offene Frage: Seine Wallfahrt nach Washington wird die Probleme um sein unmögliches Kompensationsabkommen mit den USA um den «Tiger»-Kauf nicht lösen.

Übrigens, Bundesrat Aubert hätte sich seine Afrikareise schenken können, wenn die Schweiz Mitglied der Uno wäre: Dort hätte er seine sämtlichen Amtskollegen am gleichen Ort sprechen können. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass auch die Schweiz Aussenpolitik betreiben muss!

Karl Vögeli

Vaterland, 2.2.1979

Die Reisediplomatie Bundesrat Pierre Auberts unter der Lupe

Odilo Guntern: «Grundsätzlich richtig, aber...»

Der Pressedienst der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz (CVP) hat den Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Ständerates, Dr. Odilo Guntern (CVP, Brig), über die einerseits recht hart kritisierte und andererseits durchaus begrüsste Reisediplomatie des schweizerischen Aussenministers interviewt. Hier das Ergebnis des Gesprächs.

CVP: Wie beurteilen Sie, Herr Guntern, ganz allgemein die Reisediplomatie unseres Aussenministers, die wegen ihrer «Hektik» und «Dramatik» und ihrer «Ueberrissenheit» an sich schon in Frage gestellt wird?

Antwort: Bundesrat Pierre Aubert hat grundsätzlich den richtigen Weg beschritten, wenn er sich nicht nur auf die neutralen Staaten in Europa, mit denen uns traditionell gute Beziehungen verbinden, oder auf Nachbarstaaten, mit denen man vor allem in letzter Zeit die Kontakte intensiviert hat, konzentriert. Ich halte es für grundsätzlich richtig, wenn er seine Kreise weiterzieht, als das bisher der Fall war, wenn er also mit seiner Afrikareise Länder der Dritten Welt besucht hat, mit denen die Schweiz besonders verbunden ist. Sei es nun als Partner der Entwicklungshilfe oder des Handels, wie das vor allem für Nigeria zutrifft. Man darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass unser Land in den nächsten zwei bis drei Jahren 1,4 Milliarden Franken für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden wird. Da scheint es mir auch richtig zu sein, dass man sich an Ort und Stelle informiert, wie das Geld verwendet wird oder verwendet werden soll. Weiter halte ich es für ein wichtiges Anliegen unserer Aussenpolitik, der wachsenden Bedeutung

der Entwicklungsländer, nicht zuletzt der afrikanischen, gerecht zu werden.

Eine solche, für unsere Aussenpolitik doch ungewöhnliche Reise, müsste man aber doch in der Vorbereitungsphase besser absichern. Wir müssen uns ja immer wieder versichern, dass unsere Aussenpolitik auch vom Volk getragen und ertragen wird, sonst riskiert man eben Reaktionen, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Frage: Was sagen Sie zur kritisierten Länge der Reise?

Antwort: Die Dauer der Reise kann man natürlich unter zwei Aspekten sehen. Klar ist, was der Aussenminister damit erreichen wollte, nämlich — wenn man schon nach Afrika reist — möglichst viele Staaten zu besuchen. Das ist die eine Seite. Dem steht gegenüber, dass das Reiseprogramm doch als überdimensioniert erscheint. In Zukunft dürfte es wohl kaum mehr vorkommen, dass man derartige Gross-Reisen inszeniert.

Frage: Und wie beurteilen Sie das gemeinsame nigerianisch-schweizerische Communiqué, das nur die Verletzung der Menschenrechte in aller Welt und die Apartheidspolitik im besondern verurteilt und nicht auch z. B. die Greuelthaten eines Idi Amin oder die sowjetischen Interventionen in Afrika?

Antwort: Dass die Schweiz die Verletzung der Menschenrechte oder die Apartheidspolitik verurteilt, ist eine Selbstverständlichkeit. Dies gilt für die Apartheidspolitik um so mehr, als gemäss Artikel 4 der Bundesverfassung bei uns alle Bürger gleich sind, unabhängig von Geburt, Familien oder Personen und damit der Rassen. In diesem Sinne sagte Bundesrat Pierre Aubert in Nigeria nichts Neues.

Man muss sich aber bewusst bleiben, dass auch Selbstverständlichkeiten in Communiqués diplomatisch sofort ausgenutzt werden können. Das gilt auch für Staaten wie Nigeria, das ja mit seinem Biafra-Konflikt nicht unbedingt ein Vorbild für die Wahrung der Menschenrechte war. Anscheinend gehören aber solche gemeinsame Erklärungen zum obligatorischen Programm von Staatsbesuchen. Da bleibt es natürlich immer eine Ermessensfrage, wie weit man mit konkreten Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen gehen will oder überhaupt gehen kann.

Frage: Welches politische Gewicht messen Sie den Angriffen Nationalrat Walter Hofers bei?

Antwort: Nationalrat Walter Hofer verfügt zweifellos über sehr gute aussenpolitische Kenntnisse und Qualitäten. Trotzdem glaube ich, dass man seine Äusserungen irgendwie im Zusammenhang mit dem wahlpolitischen Hintergrund seiner Ständerats-Kandidatur sehen muss. In diesem Sinne würde ich diesen Äusserungen ein nicht allzu grosses politisches Gewicht zumessen.

Frage: Wird Auberts Reise ein Nachspiel im Ständerat haben?

Antwort: Das ist möglich. Die aussenpolitische Kommission des Ständerates wird am 6. Februar 1979 zusammenkommen. Da werden wir sicher Gelegenheit haben, uns konkreter informieren zu lassen und die Angelegenheit in Kenntnis der ganzen Sachlage zu diskutieren.

Tribune-le Matin - 2.2.1979

Le voyage Aubert vu par la presse africaine L'ENTHOUSIASME

Bonne presse africaine pour la Suisse et son ministre des Affaires étrangères. De Lagos à Dakar, en passant par Yaoundé, Ouagadougou et Abidjan, les étapes de la délégation suisse ont été marquées par des grands titres, des comptes rendus attentifs et surtout de nombreux reportages photographiques montrant un Pierre Aubert détendu, ouvert, chaleureux — détails importants en Afrique où l'homme compte autant que le titre de ministre.

Partout les journaux soulignent que c'est la première visite en Afrique d'un ministre suisse des Affaires étrangères et «Cameroun-Tribune» donne le ton en disant: «C'est dire que M. Aubert a ouvert la voie de la Suisse à l'Afrique.»

Au Nigeria, la préoccupation essentielle est l'attitude de la Suisse à l'égard de l'apartheid. Mais après les explications de M. Aubert sur l'embargo des livraisons d'armes à l'Afrique du Sud et la signature du communiqué commun,

l'allégresse est à la une. «Le Nigeria et la Suisse condamnent le racisme» titre le «Daily Times». «Le Nigeria salue les sanctions de la Suisse contre l'apartheid» dit le «Daily Express». Une remarque du chef de l'Etat, le lieutenant-général Obansanjo est mise en évidence: «La Suisse, un pays connu pour son sens de l'humain, doit jouer un rôle dans l'élimination de l'apartheid.» Toujours au Nigeria mais sur une note moins sérieuse, un communiqué du

Ministère de l'information annonce que M. Aubert, à sa demande, a bu du vin de palme offert par des paysans. Un toast spontané qui a été mieux remarqué que ceux qui se font dans les salons avec des coupes de champagne.

Enthousiasme excessif !

«Non-alignement camerounais et neutralité suisse: une parenté certain-»

ne », c'est le titre de l'édition de « Cameroun Tribune » qui consacre plusieurs pages à la Suisse. Les thèmes de quelques articles: un pays jaloux de sa neutralité, sur les 28 montres produites chaque seconde dans le monde, 12 sont faites en Suisse, la Suisse ne fait pas partie de l'ONU. L'excellent confrère camerounais cite aussi le préambule du Pacte de 1291. Et emporté par son enthousiasme pour la Suisse, il va jusqu'à nous attribuer les richesses de la Suède, ses aciéries, son uranium et ses 2500 lapins de Laponie.

A Abidjan, nous trouvons « Fraternité Matin » et son titre: « La Suisse a une

place de choix dans nos cœurs et dans notre raison ». Titre qui reflète la chaleur de l'accueil du président Houphouët Boigny.

L'étape de Dakar a été un peu courte et les journaux sénégalais semblent d'abord montrer quelque froideur: « Dakar-Berne, aucun contentieux » note le « Soleil ». Malgré tout, le charme personnel de M. Aubert a fait son effet dans ce pays d'orateurs, les journalistes admirent son éloquence. De sorte qu'à l'heure du départ, le « Soleil » tire une conclusion réaliste mais positive: « Même s'il ne faut pas espérer de ce voyage un coup de fouet qui multiplie-

rait les échanges entre les deux pays, écrit le grand quotidien dakarois, la volonté politique affirmée de part et d'autre de développer des liens ne saurait manquer d'être suivie d'effets. »

Incontestablement, le chef du Département politique a fait bonne impression en Afrique de l'Ouest. Il a su expliquer notre politique, lui donner une dimension humaine et montrer que la Suisse est ouverte à un monde qui va au-delà du quadrilatère Paris-Londres-Berlin-Saint Petersburg.

Bernard Feller

SP - Pressedienst, 2.2.79

Zu den aussenpolitischen Aktivitäten von Bundesrat Aubert

AUF DEM RICHTIGEN WEG

von Peter Rüegg, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz

SPI. - Die jüngste Afrika-Reise von Bundesrat Pierre Aubert hat in den schweizerischen Massenmedien einigen Staub aufgewirbelt. Die Tournee durch fünf schwarzafrikanische Staaten ist aber nicht nur positiv gewürdigt worden, sie stiess auch auf Kritik.

Bereits innerhalb des Bundesrates war das Projekt dieser ersten grossen Reise Auberts umstritten. Nach der bisherigen Maxime, dass Aussenpolitik primär Aussenhandelspolitik ist, wurde festgelegt, dass Botschafter Moser von der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes mit auf die Reise geht.

Verschiedene Journalisten kritisierten die Ziele der Reise als zu hochgesteckt, das Programm als zu überhissen und zu anstrengend oder glaubten, der schweizerische Aussenminister trete zu salopp auf. Entwicklungsorganisationen bemängelten Auberts Besuchsprogramm. Leserbriefschreiber in diversen Blättern forderten - aus Sparsamkeitsgründen - einen Verzicht auf derartige Reisediplomatie. Und ganz Rechte, wie die Republikaner und SVP-Nationalrat Hofer, attackierten Auberts Verurteilung der Apartheidpolitik im südlichen Afrika. Kurz: Jedermann hat etwas zu kritisieren. Aber war an dieser Reise wirklich alles schief?

Billiger geht's nimmer

Schauen wir uns die Sache näher an: Da reist der Vorsteher des Politischen Departementes mit einer fünfköpfigen (!) Delegation nach Afrika. Er fliegt nicht - wie seine Amtskollegen in andern Staaten - mit einem Sonderflugzeug, sondern mit einer Kursmaschine, inmitten von Touristen und Geschäftsleuten! Und die Kosten für seine mitreisende Ehefrau bezahlt unser Aussenminister auch gleich aus dem eigenen Sack. Derartige Billig-Staatsbesuche unternehmen nicht einmal die Repräsentanten der ärmsten Nationen - es mutet geradezu lächerlich an, dass der Aussenminister eines der reichsten Länder auf diese Weise Staatsbesuche durchführen muss.

Der schweizerische Konservatismus feiert Orgien. Anders kann ein wesentlicher Teil der Kritik an Auberts Afrika-Reise nicht charakterisiert werden. Denn die Alternative lautet schlicht aussenpolitische Abstinenz und damit Isolation.

Selbstverständlich gab es auch ernstzunehmende Kritiken. Denken wir etwa an die Frage der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in afrikanischen Staaten. Verschiedene Projekte wurden und werden vonseiten der Entwicklungsorganisationen und der Linken kritisch hinterfragt. Die Diskussion um wie und wo in der schweizerischen Entwicklungshilfe muss intensiv fortgesetzt werden.

Neue Impulse

Pierre Aubert hat bei seinem Amtsantritt verstärkte aussenpolitische Aktivitäten angekündigt - und bislang danach gehandelt, denken wir nur an die jüngste Oeffnung nach Afrika hin. Die Anstrengungen in Richtung UNO-Beitritt sind wieder spürbarer und neue Impulse in der Europa-Politik sichtbar. Das ist zu begrüßen. Selbst die (konservative) "Frankfurter Allgemeine Zeitung" wertet diese Stiländerung im EPD positiv.

Auberts Bemühungen um eine aktivere Aussenpolitik sind auch in der Nahostfrage deutlich geworden. Nach dem Besuch des israelischen Aussenministers Dajan in Bern ist eine Einladung des EPD an den aussenpolitischen Repräsentanten der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Kaddoumi, ergangen. Kritik von rechts und Vorstösse konservativer Parlamentarier sehen darin nun eine anti-israelische Handlung. Wahrlich ein lachhafter Vorwurf an die Adresse des früheren Präsidenten der Gesellschaft Schweiz - Israel, Pierre Aubert.

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat auf diese Querschüsse von rechts die richtige Antwort gegeben: Eine Delegation der SPS wird Ende Februar ebenfalls mit dem PLO-Vertreter Kaddoumi zusammentreffen. Aktive Neutralität im Nahostkonflikt heisst nämlich: Mit allen Beteiligten sprechen!

Bundesrat Aubert ist auf dem richtigen Weg. Die Schweiz ist keine isolierte Insel inmitten "feindlichen" Auslands. Ein aktives Mitwirken unseres Landes innerhalb der internationalen Völkerfamilie ist die einzig richtige Antwort auf die Vielzahl der Probleme in aller Welt. Auf Kritiker, welche mit dem Rücken zur Zukunft stehen, darf keine Rücksicht genommen werden. Denn Stillstand in laufenden Entwicklungen war noch immer schädlich!

Commentaires sur les activités diplomatiques du conseiller fédéral Aubert

SUR LE BON CHEMIN

de Peter Rüegg, membre du Comité directeur du PSS

Le récent voyage du conseiller fédéral Pierre Aubert dans cinq pays d'Afrique noire a provoqué quelques remous dans les mass media suisses. Le projet du premier grand déplacement de Pierre Aubert était déjà contesté au sein du conseil fédéral. Selon la maxime qui veut que notre politique extérieure soit avant tout une politique de commerce extérieur, on décida que l'ambassadeur Moser de la Division du commerce ferait partie du voyage. Plusieurs journalistes critiquèrent les objectifs de cette tournée pour leur prétention, le programme exagéré et trop fatigant et jugèrent que notre ministre des affaires étrangères était trop décontracté. Les organisations au développement, elles, désapprouvèrent le programme de visite de la délégation suisse. Des lettres de lecteur dans différents journaux exigèrent le renoncement, pour des raisons d'économie, de ce genre d'activité diplomatique. Et, à l'extrême-droite, les Républicains et le conseiller national UDC Hofer s'attaquèrent à la condamnation de la politique de l'Apartheid au sud de l'Afrique. Bref, chacun avait quelque chose à redire. Mais ce voyage était-il vraiment aussi malvenu?

Impossible d'être meilleur marché

Voyons les choses de plus près: le chef du Département politique part accompagné d'une délégation de cinq personnes en Afrique. Il ne prend pas un avion spécial - comme ses collègues d'autres Etats - mais un avion de ligne avec des touristes et des hommes d'affaires! C'est de sa poche que notre ministre des affaires étrangères paie les frais de voyage de son épouse. Même les représentants des pays les plus pauvres n'entreprennent pas de visites d'Etat à aussi bon compte - il est franchement ridicule que le ministre des affaires étrangères d'un des pays les plus riches doive effectuer des visites d'Etat dans de telles conditions.

C'est le comble du conservatisme suisse. On ne peut expliquer autrement l'essentiel de la critique du déplacement d'Aubert en Afrique. Car l'alternative serait l'abstention d'une politique extérieure et, par conséquent, l'isolation.

Naturellement il y eut des critiques qu'il faut prendre au sérieux. La question, par exemple, de la coopération suisse au développement dans les pays africains. Plusieurs ont été mis en cause par les organisations au développement et la gauche. La discussion sur la nature et la destination de l'aide suisse au développement est de grande importance et il faut la poursuivre.

Un nouvel élan

Dès son entrée en fonction, Pierre Aubert avait fait connaître son intention d'activer la politique extérieure de notre pays. Et jusqu'ici, il a agi en conséquence, pensons seulement à la récente ouverture vers l'Afrique. Le débat sur l'entrée à l'ONU s'est ranimé et la politique européenne a pris un nouvel élan. Il faut s'en féliciter. Même le journal conservateur "Frankfurter Allgemeine" a loué le changement de style du DPF.

La question du Proche-Orient met également en évidence l'accroissement des activités en politique extérieure. A la visite du ministre israélien des affaires étrangères Dayan, à Berne, succéda une invitation au représentant diplomatique de l'OLP Kaddoumi. Les critiques venant de la droite et des interpellations de parlementaires conservateurs n'y ont vu qu'un acte hostile à Israel. Un reproche vraiment ridicule à l'égard de l'ancien président de la société Suisse-Israel, Pierre Aubert.

Le Comité central du PSS a bien répliqué à ces attaques: une délégation du PSS rencontrera également, à fin février, le représentant de l'OLP, Kaddoumi. Une neutralité active dans le conflit du Proche-Orient signifie en effet: parler avec tous les intéressés!

Le conseiller fédéral Aubert est sur le bon chemin. La Suisse n'est plus une île isolée au milieu de pays étrangers "ennemis". Notre collaboration active au sein de la famille internationale des peuples est la seule réponse possible à la multiplicité des problèmes dans le monde entier. Il ne faut pas tenir compte des critiques de ceux qui tournent le dos à l'avenir. L'immobilisme dans une évolution constante a toujours été dangereux.

* * *